Nr. 13.

17. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für gottesdienstliche und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506.
Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 17. Januar 1900. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Auf Befehl Krupps.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", das Interessenorgan Krupps, hatte neulich zornig darüber geklagt, daß die verbündeten Regierungen mit der Einbringung der Flottenvorlage zauderten, anstatt die „Konjunktur" auszunutzen, die angeblich herrschende Begeisterung, die sich nicht einpökeln läßt, spekulativ zu verwerten.

Herr Krupp winkt und die Regierungen laufen eiligst herbei. Es wird mitgeteilt, daß die **„Novelle" zum Flottengesetz am Dienstag dem Bundesrat zugegangen** ist. Man hat sich oben offenbar davon überzeugt, daß der Geschäftsinstinkt Krupps das Richtige getroffen, das Volk lasse sich nur im Rausch für die Marinelieferanten auspressen. Und um solchen Rausch heranzuziehen, spenden gleichzeitig mit der Ankündigung der Einbringung des Flottenplans die Offiziösen reichlich stimulierenden Freischnaps. Die „Kölnische Zeitung", die bisher auf Geheiß der Regierung sehr kühl in der Beschlagnahme-Affaire geblieben ist, jongliert jetzt, der Flottenvorlage zu Ehren, mit gewaltigen Felsblöcken, die centnerschwer scheinen sollen, während es federleichte Papieratrappen sind; sie schreibt:

„Wir sind uns jederzeit bewußt geblieben, wie billig, aber auch wie gefährlich es in diesen Zeiten ist, Oel ins Feuer zu gießen und die vorhandene große Aufregung zu steigern. Um so mehr aber glauben wir einen Anspruch darauf erworben zu haben, in England gehört zu werden, wenn wir mahnen, endlich einmal mit der bis jetzt beliebten Verschleppung ein Ende zu machen. Nach einer fast dreiwöchigen Untersuchung ist doch kein Zweifel über den Inhalt des Postdampfers mehr möglich. Von Tag zu Tag wird die deutsche öffentliche Meinung mit der Zusicherung vertröstet, die maßgebende Erklärung solle in den allernächsten Tagen erfolgen. Statt dessen bleibt sie immer länger aus und ein irgendwie begreiflicher Aufklärungsgrund wird nicht geboten. Nachdem die englische Regierung an drei auffälligen Beispielen erfahren hat, wie sehr die englischen Marinebehörden mit ihren Verdächtigungen im Unrecht gewesen sind und wie sehr dieselben durch falsche Berichte bedenklicher Spione und Agents provocateurs auf den Holzweg geführt worden sind, dürften Loyalität und politische Klugheit es umso mehr erheischen, daß aufs schleunigste das bedauerliche Vorgehen der englischen Kapitäne **wieder gut gemacht wird,** und daß **Sicherheiten gegen die Wiederholung solcher aufreizenden Beschlagnahmen deutscher Postschiffe** geboten werden. Legt die englische Regierung Gewicht darauf, die bisherigen Beziehungen zu Deutschland nicht **vollends zu untergraben,** so wird sie gut thun, der deutschen Volksstimmung eine größere Beachtung zu schenken, als sie dies bisher für gut befunden hat".

Wenn die Aufregung wirklich so wild sein sollte, wie die „Köln. Ztg." glaubt, so wäre das natürlich erst recht ein Grund, mit der Flottenvorlage zu warten. Wichtige politische Geschäfte erledigt man in kühler Berechnung, nicht im Taumel unzurechnungsfähiger Wut. Wäre die Mehrheit der Volksvertretung wirklich durch das Vorgehen der englischen Kapitäne dermaßen erbittert, so müßte sie sich eigentlich zur Zeit für befangen erklären und die Regierung ersuchen, mit der Flottenvorlage zu kommen, wenn sich die Gemüter beruhigt haben.

Die katholische „Germania" wendet sich auch gegen diese Delirium-Methode, Politik zu treiben. Da bleibe nichts anderes übrig, als den Rausch der Begeisterung sich austoben zu lassen, um dann erst nicht flottenbegeisterten und weihnachtberauschten Schwärmern, sondern ruhig und sachlich denkenden Naturen gegenüber eine ebenso ruhige und sachliche Diskussion zu eröffnen. Die „Germania", die den rechten Flügel des Centrums vertritt und sich bisher im Gegensatz zur radikaleren „Kölnischen Volkszeitung" sehr zurückhaltend gegenüber den Flottenplänen verhalten hat, meint heute mit größerer Entschiedenheit:

„Die Entstehung und Inscenierung der sogenannten „Novelle" zum Flottengesetze — wir haben dieselbe früher einmal als eine „Umsturzvorlage zum Flottengesetze" bezeichnet — hat denjenigen Parteien, die an dem in loyaler Weise abgeschlossenen Kompromiß über das Flottengesetz in loyaler Weise festhalten, eine so feste Position gegeben, wie sie, um einen strategischen Vergleich aus der Gegenwart herauszuziehen, die Boeren am Tugelafluß nicht stärker besitzen können. Die „Siegesdepeschen" vom Flottenverein können in dieser Beziehung ebensowenig Eindruck machen, wie die „Umgehungs-Versuche", wobei wir besonders an die wirtschaftliche und an die Deckungs-Frage denken.

Und weiter erklärt das Blatt:

„Von der politischen Frage der „Weltpolitik" wollen wir für heute absehen; die chaotischen Anschauungen, die darüber bis heute noch herrschen, sind nichts weniger als geeignet, einer solchen unabsehbaren Wendung unserer Politik durch eine unabsehbare Vergrößerung der Flotte eine Unterlage zu gewähren.

Dazu kommt noch die Deckungsfrage. In dieser Beziehung hat der Abg. Dr. Lieber bereits bei der Etatsdebatte im Reichstage die bestimmte Erklärung abgegeben, daß die Deckung durch Anleihen im Reichstage keine Mehrheit finden wird.

Der Bundesrat hat eine sehr schwere Arbeit vor sich, an die er unerwartet erst vor wenigen Monaten mit dem Gedanken nach, und auch da erst nachträglich, herangezogen worden ist. Wir hoffen und wünschen, daß er jetzt um so eingehender und sachlicher nach allen Seiten hin sich dieser Aufgabe unterziehen wird. Zeit genug wird ihm dazu vergönnt werden müssen."

In diesen ziemlich oppositionellen Darlegungen vermißt man die Erklärung, daß an die Annahme eines Flotten**plans**, eines für eine Reihe von Jahren den Reichstag bindenden Plans überhaupt nicht zu denken sei. Ueberhaupt haben die Meinungen der Centrumsblätter wenig wert. Im Reichstag handelt die Liebertruppe dann doch so, wie es das Parteigeschäft fordert.

Beachtlicher scheinen uns die Stimmungsäußerungen der konservativen Presse. Diese Blätter haben in der Flottenfrage seit dem Bekanntwerden des Plans Zickzackkurs gesteuert. Zuerst war z. B. die „Deutsche Tages-Zeitung" vom Bund der Landwirte ein Gegner der weltpolitischen Flottenphantasien. Dann schwenkte sie ein, aus parteipolitischen Rücksichten auf die Krone. Man ward außerordentlich meerpatriotisch und wetteiferte mit den National-Socialen und den Marinelieferanten in der Begeisterung für die Politik des Hans Dampf in allen Wassergassen. Neuerdings ist aber die Stimmung der Agrarier wieder umgeschlagen. Ihrer handelsfeindlichen Ueberzeugung nach müssen sie gegen die „Liebesgabe für den Handel" sein. Ihre Anhänger im Lande, die nicht um die Gunst des Hofes zu buhlen beflissen sind, zeigten eine so große Abneigung gegen die Hochsee-Romantik, daß die Führer des Bundes wieder einlenkten. Die „Deutsche Tages-Zeitung" äußerte sich dieser Tage unter dem üblichen nationalen Vorbehalt recht kühl. Sie forderte, daß man endlich aufhören möge, die Notwendigkeit der Flottenvermehrung im Interesse der Ausbreitung der deutschen Exportindustrie oder gar im Interesse der Sicherung überseeischer Getreideeinfuhr zu verlangen.

„Führt man diese Begründung an, dann zwingt man uns, die rein nationalen Gesichtspunkte aufzugeben und die wirtschaftspolitischen vorzuschieben. In den breitesten und urteilsfähigsten Kreisen des Mittelstandes und der Landwirtschaft ist man überzeugt, daß der jetzige Entwicklungszustand unserer Exportindustrie beinahe zur Hypertrophie, zur ungesunden Ueberentwicklung neige oder treibe. Wer diese Ueberzeugung hat, dem kann die Vermehrung der Flotte, wenn sie hauptsächlich im Interesse der weiteren Entwicklung unserer Exportindustrie erfolgen soll, nicht wunderbar gemacht werden. Man kann es dem Landwirte nicht verdenken, daß er sich für eine Flottenvermehrung nicht erwärmen kann, die nach der von gewisser Seite beliebten Begründung bestimmt sein soll, eine ungesunde wirtschaftliche Entwicklung noch künstlich zu fördern und ihm eine unnütze Konkurrenz auf alle Fälle zu sichern. . . .

„Wenn die Vorlage der Oeffentlichkeit unterbreitet sein wird, werden wir sie sachlich und ohne jedes Vorurteil prüfen. Unser Gesichtswinkel wird der nationale sein. Sorge man dafür, daß dieser Gesichtswinkel der alleinige bleibe! Das wird aber nur dann möglich sein, wenn man einerseits darauf verzichtet, die Notwendigkeit der Flottenvermehrung wirtschaftspolitisch so zu begründen, wie es bisher geschehen ist, und wenn man andrerseits dem Volke die unbedingte Ueberzeugung beibringt, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung fundamental anders ist als diejenige, welche in jener Begründung zum Ausdruck kam."

Das ist die alte Bundeshymne: „Kein Kanitz keine Kähne", die auch in einer Breslauer Versammlung des Bundes der Landwirte anklang. Dort erklärte der Freiherr v. Loë:

„Die Flotte dient ohne jeden Zweifel **in erster Linie den Interessen des deutschen überseeischen Großhandels, der exportierenden Großindustrie und derjenigen Großkapitalisten, welche ihre Mittel in überseeischen Unternehmungen, Staatsanleihen** usw. **angelegt haben.** Deshalb wäre die Forderung wahrlich nicht unbillig, daß die Mittel, welche die Flottenvermehrung erfordern wird, in erster Linie auch von denjenigen Bevölkerungsklassen aufgebracht werden sollten, welche den Hauptvorteil von der Vermehrung der Flotte haben und denen bei den Schiffsneubauten, z. B. durch Kruppsche Panzerplatten und Geschütze, enorme Verdienste zufallen werden. Ich erlaube mir deshalb in aller Form die parlamentarischen Vertreter des Bundes in den verschiedensten Parteien von dieser Stelle aus darauf aufmerksam zu machen, daß sie, wenn sie den Wünschen der Landbevölkerung Rechnung tragen wollen, mit allem Nachdruck darauf Bedacht nehmen mögen, daß die für die Flottenvermehrung benötigten Mittel nicht von den breiten Massen der Bevölkerung aufzubringen sein werden, sondern von den **beteiligten Interessentenkreisen.** Im besonderen würde ich deshalb mich für eine höhere Besteuerung der Umsätze der Börsen, vor allen Dingen in ausländischen Wertpapieren, besonders auch in Goldshares, für die volle Heranziehung der sogen. „Kompensationsgeschäfte" der Großbanken zur Börsensteuer, für entsprechende Stempelabgaben für die Konnossemente des überseeischen Verkehrs und ähnliche Besteuerungen aussprechen müssen, die das Großgeschäft treffen werden, das den Hauptvorteil sowohl von der Erbauung wie der späteren Verwendung neuer Schiffe haben wird."

Macht man mit dieser Betonung der Deckungsfrage Ernst, so würde die Flottenvorlage auf großen Widerstand gerade in den Kreisen stoßen, von denen die Marine-Agitation ausgeht. Diese Geschäftspatrioten versuchen zwar andre trunken zu machen, sie selbst aber bleiben so vollkommen nüchtern, daß sie nicht Gefahr laufen, aus nationaler Begeisterung versehentlich die Kosten auf sich zu nehmen. Sie wollen verdienen, das Volk soll zahlen; diese Scheidung trennt die Patrioten von den Vaterlandslosen.

Selbst Krupps Marinebegeisterung würde verfliegen, wenn er einen wesentlichen Teil seines Gewinnes als Kostenbeitrag hergeben müßte. Für die bürgerliche Opposition, so weit sie noch eine Spur von Ehrlichkeit besitzt, ergiebt sich daraus von selbst die notwendige Taktik. Sie mache die ganze Aktion zur reinen Deckungsfrage, und die Kruppiers an der Spielbank der marinistischen Weltpolitik werden vor dem Ansinnen, aus der eigenen Tasche zu zahlen, erbleichend fliehen. Vor der Drohung einer anständig progressiven Reichsmarinestener erlischt auch die feurigste Begeisterung für Deutschlands Macht und Herrlichkeit auf der See.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Januar.

Der Reichstag

hatte heute bei Beratung der Ausgaben für das „Reichsversicherungsamt" Gelegenheit, sich wieder mit dem Unfallgesetz und der ganzen Frage der Unfallversicherung zu beschäftigen. Die Debatte wurde von Genosse Stadthagen eröffnet, der die alten Vorwürfe in neuer verschärfter Form erhob und begründete. Unzulänglichkeit der Unterstützung, die bei absoluter Arbeitsunfähigkeit des Verunglückten bloß höchstens zwei Drittel des Verdienstes beträgt; ungerechte Bemessung der Unterstützung, und fortwährende Zunahme der Verunglückungen. Kein Krieg verschlingt so viel Opfer wie die Industrie. Und mit Fug und Recht fand unser Redner zwischen der Unzulänglichkeit der Unterstützung und der Zunahme der Unglücksfälle einen ursächlichen Zusammenhang. Wären die Verunglückungen etwas teurer, so würden die Herren Unternehmer zweifellos besser für Schutzvorrichtungen sorgen. Jetzt sind die Verunglückungen billiger als wirksame Schutzmaßregeln. Weder Graf Posadowsky noch Herr Rösicke, der sich heute als Vollunternehmer fühlte, vermochten die Ausführungen unseres Redners zu entkräften. Uebrigens war die heutige Debatte nur ein Vorspiel der eingehenden Debatten, zu denen die in nächster Woche bevorstehende erste Lesung der Unfallgesetz-Novelle den Anlaß geben wird.

Der zweite Punkt der Tagesordnung: Konsulargerichtsbarkeit wurde rasch erledigt. Das betreffende Gesetz kam an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Dasselbe geschah mit dem Gesetzentwurf betreffend die Patentanwälte, der jedoch zu einer längeren Debatte führte. An derselben beteiligte sich unsrerseits Stadthagen, der Garantien für die Interessen der armen Erfinder und Unabhängigkeit der Patentanwälte von polizeilicher Beeinflussung verlangte.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Etat des Reichsjustizamts ꝛc. Die Debatte über auswärtige Politik soll Freitag stattfinden. —

Die Etatsberatung im Abgeordnetenhause.

In der ersten Etatsdebatte am Dienstag hielten sich mit Ausnahme des Abg. Richter alle Redner streng an den Etat; sie erklärten sich mit der Finanzpolitik des Herrn v. Miquel im allgemeinen einverstanden und bemängelten nur Einzelheiten. Selbst Graf Limburg-Stirum, von dem wir uns nach der Kriegserklärung der Konservativen an die Regierung auf eine geharnischte Philippika gefaßt machen mußten, sprach so sanft und milde und zeigte sich so sehr mit fast allen Forderungen einverstanden, daß wir wirklich nicht begreifen können, warum er sich gegen den Etat zum Worte gemeldet hatte. Seine Mahnung an die Regierung, äußerst sparsam vorzugehen, erscheint höchst überflüssig, da so wie so im Etat, wenigstens soweit kulturelle Forderungen in Frage kommen, die größte Sparsamkeit, um nicht zu sagen Filzigkeit, beobachtet ist. Interessant ist es, einmal die Reden derselben Leute im Reichstage und im Abgeordnetenhause zu vergleichen. Dort werden, obwohl das Reich tief in Schulden steckt, fort und fort neue Ausgaben für kulturwidrige Zwecke gefordert, hier wird trotz der glänzenden Finanzlage Preußens vor Ausgaben im Interesse der Kultur gewarnt. Und derselbe Minister, der sich eigens in den Reichstag begiebt, um die Flottenvorlage als finanziell unbedenklich hinzustellen, erinnert im Landtage daran, daß die Einnahmen voraussichtlich zurückgehen werden und daß man deshalb keine zu hohen Anforderungen an den Staat stellen dürfe.

Herrn v. Zedlitz war es vorbehalten, eine Angelegenheit des Reiches, die Flottenvorlage, vor das Forum des Landtages zu ziehen und Propaganda für sie zu machen. Im übrigen gestaltete sich seine Rede zu einem Loblied auf den Finanzminister, dem er trotz Entlassung aus seiner Stellung doch immer noch zu großem Dank verpflichtet ist. Zwei edle Seelen!

Der Abg. Richter entfesselte gleich zu Beginn seiner Rede, als er in sarkastischer Weise auf das Doppelspiel des Freiherrn von Zedlitz anspielte, den Zorn der Rechten, der sich in kräftigen Pfui-Rufen Luft machte. Sodann verspottete er, nachdem er die Finanzgebahrung Miquels einer scharfen Kritik unterzogen hatte, die Zerfahrenheit der jetzigen Regierung, namentlich die schwächliche Haltung des Fürsten Hohenlohe den Konservativen gegenüber, und die Versuche des Ministers v. Miquel, es weder mit seinen Kollegen, noch mit den Junkern zu verderben. Ein Teil seiner Rede war dem Verlangen des Abg. v. Kröcher nach dem „starken Mann" gewidmet, der bekanntlich die Socialdemokratie erwürgen soll. Mit beißender Ironie fragte er, ob Herr v. Kröcher jetzt vielleicht das Suchen nach dem starken Mann aufgegeben habe, wo die Socialdemokratie nicht mehr eine hochverräterische Rotte, sondern „eine vorübergehende Erscheinung" sein soll, die sich „austoben müsse".

Die Richtersche Rede lockte noch einmal Herrn v. Miquel auf den Plan, bei dem, als er sich seinem alten Gegner

gegenübersah, die alte Lust am Streite erwachte, und man muß es dem Minister lassen: er hat — von seinem Standpunkt aus — die Hiebe Richters gut pariert. Wußte er auch nicht viel Sachliches vorzubringen, so zog er doch durch einige wohlgelungene Scherze die Lacher auf seine Seite.

Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

Deutsches Reich.

Militärrecht und Wahlrecht.

Die „Kreuz-Zeitung" gefällt sich in einem verspäteten Versuch, einen von uns bei Gelegenheit der Stadtverordneten-Wahlen wiederholt den Wählern gegebenen Ratschlag als falsch und für diejenigen gefährlich hinzustellen, die ihm Folge leisten.

Wir hatten geraten, daß Angehörige der Reserve, die am Tage der Stadtverordnetenwahl zur Kontrollversammlung einberufen worden sind, zwar jede sonstige Thätigkeit für die socialdemokratische Partei unterlassen, aber in der Ausübung ihres Wahlrechts sich keineswegs behindern lassen sollten. Wir hatten dabei auf den Erlaß des Kriegsministers vom 6. August 1897 hingewiesen, der den zur Kontrollversammlung einberufenen Reservisten „jede direkte erkennbar gemachte Bethätigung revolutionärer oder socialdemokratischer Gesinnung" verbietet. Das Verbot des Kriegsministeriums konnte natürlich nur soweit Geltung haben, als es sich innerhalb der Gesetze bewegt.

Die „Kreuz-Ztg." ist andrer Meinung. Sie sieht am liebsten diejenigen wegen militärischen Ungehorsams bestraft, die etwa unserm Rate gefolgt sind.

So albern der Vorstoß des Blattes ist, dem eine Ausdehnung des militärischen Gehorsams auf alle Handlungen der Staatsbürger — ausgenommen natürlich Landräte und andere Kanalrebellen — als politisches Ziel vorschwebt, so kann er doch gute Wirkungen haben. Es ist sehr an der Zeit, die Rechtsverhältnisse der Staatsbürger an militärischen Kontrolltagen einmal einer Klarstellung zu unterziehen.

Die „Volks-Zeitung", welche scharf gegen die frechen Zumutungen des fromm-militaristischen Blattes polemisiert, ist im Irrtum, wenn sie eine Ausdehnung des reaktionären Hoffens auf die Tage der Reichstags- und Landtagswahlen für möglich hält. In dieser Hinsicht ist Fürsorge getroffen durch besondere Bestimmung der Reichs-Wehrordnung, daß Kontrollversammlungen nicht auf die Tage solcher Wahlen verlegt werden dürfen. Für andre Wahlen ist allerdings nicht ausdrücklich Fürsorge getroffen. Es kann aber ganz und gar nicht in Frage gestellt werden, daß ein kriegsministerieller Befehl nicht eine Vernichtung staatsbürgerlicher Rechte bewirken darf. Wollte er dies unternehmen, so wäre er selbst ungesetzlich und derjenige, der einen Staatsbürger durch einen ungesetzlichen Befehl an der Ausübung seines Wahlrechts, auch des Gemeinde-Wahlrechts hindert, würde gegen § 107 Reichs-Strafgesetzbuchs verstoßen, der besagt:

„Wer einen Deutschen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft"

Wir glauben nicht, daß der Kriegsminister, als er jenen Erlaß hinausgehen ließ, beabsichtigt hat, die Militärbehörde zur widergesetzlichen Behinderung der staatsbürgerlichen Rechte zahlreicher Wähler aufzufordern. Derartige gesetzwidrige Absichten unterstellt nur das konservative Organ der Gesetzlichkeit und Ordnungsliebe einem hohen Staatsbeamten.

Es ist also kein Zweifel, daß der seiner Zeit von uns erteilte Rat durchaus richtig gewesen ist. —

Nochmals die „Hansa". Unsere Nachprüfung der dekorativen Ausstattung der Bülowschen Schiffstaufrede mit geschichtlichen Erinnerungen gefällt den Marinisten nicht, und man verweist uns auf einen der „berufensten Kenner der hansischen Geschichte", Professor Dr. Dietrich Schäfer und seine Schrift: „Deutschland zur See". Man führt uns gegenüber aus diesem Werke ein Citat an, das wir mit einigen Kürzungen, welche die Grundbeweisführung nicht berühren, wiedergeben:

„In ihrer Not hat die Hansa am Reich eine Stütze gesucht . . . Ohne Erfolg, nicht als ob es in Binnendeutschland an jedem Verständnis gefehlt hätte für das, was an der Seekante zu Grunde ging. . . . . Aber es waren Stimmen in der Wüste . . . Nie war ja das Reich politisch eine geringere Macht als in der Zeit von den Hussiten bis zum 30-jährigen Kriege, und an dieser Reichslosigkeit, an dem gänzlichen Verfall des politischen Könnens der Nation als solcher gingen die deutsche Hansa, der deutsche Handel und die deutsche Seemacht zu Grunde. **So ward den deutschen Städten und deutschem Handel verderblich und verhängnisvoll, was einst ihre Entwicklung begünstigt hatte.** Die Freiheit der Bewegung auf dem alten Reichsboden war ihnen zu gute gekommen; jetzt zeigte sich die Kehrseite. Sie entbehrten schmerzlich die Möglichkeit der Anlehnung an einen starken nationalen Staat. Das Fürstentum hätte diesen Mangel einigermaßen ersetzen können . . . Aber im 16. Jahrhundert hat **kein Fürst für die Städte eine Hand gerührt. Sie erschienen als fremdartige Bildungen am Körper des Reiches, als lästige Durchbrechungen des landesfürstlichen Princips.** Die Städte hatten ihre wirtschaftlichen Interessen oft einseitig und engherzig vertreten, zum Schaden des umgebenden Landes alles Gewerbs- und Verkehrsleben in ihren Mauern zu konzentrieren gesucht. Noch war die Zeit, wo man die oberste Aufgabe darin erblickte, sie wieder einzufügen in die Territorien, auf deren Entwicklung nun einmal die Zukunft beruhte. So sah man ihrer Bedrängnis teilnahmslos zu. Die Hansa selbst, von jeher in verschiedene, selten völlig geeinigte Interessengruppen gegliedert, hatte seit den Schlägen in Wullenwevers Tagen fast allen Zusammenhang verloren. So war überall Auflösung, Zersplitterung, nirgends ein Ansatz zu gesunder neuer Machtbildung; denn die an der See gelegenen fürstlichen Territorien waren entfernt nicht im stande, das Erbe der sterbenden Hanse anzutreten. Und das gegenüber der zielbewußten Politik festgefügter nationaler Staaten! Der Ausgang kann nicht wundernehmen."

Herr Dietrich Schäfer gehört zu den heutigen Flottenagitatoren, und seine Darlegungen sind nicht sonderlich durchsichtig. Gleichwohl eignen wir uns das Citat mit Vergnügen an; denn es beweist genau, wenn auch in minder straffer Formulierung, was wir behauptet haben. Herr von Bülow hatte erzählt, die Hansa sei zu Grunde gegangen, weil — das sollte doch der Zweck seiner historischen Parallele sein — damals noch nicht ein starkes deutsches Reich mit vielen Kriegsschiffen bestanden. Wir machten den schönredenden Grafen darauf aufmerksam, daß in der wirklichen Geschichte die Dinge sich umgekehrt begeben haben, und die Darlegungen Schäfers bestätigen unsere Meinung. Die Hansa konnte emporblühen, weil die staatlich-dynastischen Mächte in Deutschland kraftlos waren und die Entwicklung des Bundes der Handelsstädte nicht hemmten. Als die Gewalt der Fürsten zunahm, als die Einzeldynastien stärker wurden, ward von der Staatsmacht die Hansa gebrochen, und das war eine wesentliche Ursache für ihren Niedergang, wenn auch andere Ursachen rein wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Natur hinzukamen.

Es war etwa eine ähnliche Erscheinung, wie wenn heute unser Agrariertum noch mächtiger würde. Dann würde der Handel unter ihrer exportfeindlichen Politik zurückgehen, auch wenn das Deutsche Reich zehn Kriegsgeschwader hätte. Auf die staatliche Macht und ihre „Wehrhaftigkeit" kommt es an sich gar nicht an, sondern darauf, wie die herrschende Politik gerichtet ist. —

Die Interpellation in betreff der Maßnahmen der Regierung gegenüber der Beschlagnahme von Schiffen ist nunmehr im Reichstag von Mitgliedern aller Parteien mit Ausnahme der Socialdemokraten unterzeichnet worden und steht die Einbringung unmittelbar bevor. —

Flottenfiasko im Reichsland. Gar keine schweinbürgerliche Gesinnung ziert die Elsaß-Lothringer. Mit der Flottenagitation will es dort nicht vorwärts gehen, trotz aller Beeinflussung von oben. So besteht der Metzer Flottenverein, der „Frkf. Ztg." zufolge, aus zwei Dutzend Beamten und sieben „freien" Bürgern. —

Eine vorübergehende Erscheinung. So lange die Socialdemokratie nur ein kleines Häuflein war, erklärten sie die Gegner für eine nicht ernst zu nehmende Erscheinung, die alsbald verschwinden werde. Als die Partei dann wuchs und wuchs, wurde in der Presse die Weisagung stereotypiert: Die Socialdemokratie hat ihren Höhepunkt überschritten. Die „Rhein. Ztg." erinnert an einige solcher Versicherungen.

Im August 1868 schrieb die Berliner „Volks-Zeitung": „Bei uns sieht man, daß das ganze ABC der Socialdemokratie als eine leere Phrase im Volk erkannt wird, die kann mehr eine Aufregung erzeugt. Man läßt sie reden und kann sie reden lassen, weil man weiß, daß Irrtümer desto ungefährlicher werden, je schärfer sie ihre Konsequenzen zeigen." Das fortschrittliche Blatt wies auf Oestreich hin und meinte: „Dort können Phantasmen noch schwere Verwirrungen anrichten, und es ist natürlich, daß man dort noch fürchtet, was bei uns bereits zur Komik herabgesunken ist."

Dem Staatsanwalt Tessendorf dünkte im Jahre 1875 die Sozialdemokratie schon nicht mehr bloß „komisch", aber er glaubte doch mit ihr schnellstens fertig zu werden. „Zerstören wir die socialistische Organisation und es giebt keine socialistische Partei mehr!" — so rief der schneidige Herr den Berliner Richtern zu, als er am 16. März des genannten Jahres die Anklage gegen die Leiter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wegen Vergehens gegen das preußische Vereinsgesetz begründete und den Antrag auf Auflösung des Vereins stellte.

„Die Socialdemokratie überlassen Sie mir, mit der werde ich allein fertig", — sprach Kaiser Wilhelm bei seinem Regierungsantritt.

Auch wir haben den lebhaften Wunsch, als Partei sobald als möglich vorüberzugehen. Das ist aber nicht eher möglich, als bis wir mit der kapitalistischen Gesellschaft fertig geworden sind. —

Ein neuer Kriegsmann? Wie die „Köln. Volksztg." erfährt, soll an Stelle des scheidenden kommandierenden Generals des 7. Armeekorps, v. Milisch-Buchberg, der jetzige Kriegsminister v. Goßler das 7. Armeecorps erhalten. Kriegsminister werde Frhr. v. Gemmingen.

Sehr fest hat der Kriegsminister niemals gestanden, weil er über eine sehr geringe Schneidigkeit verfügte. —

Ein neuer Vorstoß der Postbehörde? Zu einem neuen Vorstoß der Postbehörde gegen den früheren Vorsitzenden des von Herrn v. Podbielski zwangsweise aus dem Leben beförderten „Verbandes deutscher Post-Unterbeamten", den pensionierten Postpackmeister Allert, scheint die am 21. d. Mts. stattfindende General-Versammlung der „Sterbekasse der Briefträger in Berlin" benutzt werden zu sollen. Seit Januar 1875, also seit 25 Jahren, ist Allert Vorsitzender dieser Kasse, deren Einrichtung in erster Linie seiner Initiative, deren Blüte seiner umsichtigen, uneigennützigen Leitung zu danken ist. Bis 1893 leitete er die Kasse unentgeltlich; erst von da ab bezieht er eine Entschädigung von jährlich 365 Mark. 1889 bei einer geringen Mitgliederzahl gegründet — jetzt zählt sie 7201 Mitglieder —, hat sich diese Kasse nach 30jährigem Bestehen zu einer für die Unterbeamten segensreichen Institution entfaltet. Die Generalversammlung wurde alljährlich mit Zustimmung der Berliner Ober-Postdirektion in dem Hörsaal des Postkasinos, Artilleriestraße, abgehalten. Diesmal hat Herr Griesbach dem Verein zum erstenmale **den Saal gesperrt**, so daß die Generalversammlung in der Brauerei Friedrichshain tagen muß. Die Gründe für den ablehnenden Bescheid, den der Vorstand erhalten hat, sollen in der Person des Vorsitzenden zu suchen sein; wie es heißt, hätte ein andrer den Saal bekommen, nur Allert nicht.

Es hat nur dieser von oben ausgegebenen Parole bedurft, um eine kleine Schar von liebedienerischen Mitgliedern zu veranlassen, zur „Feier" der verdienstvollen 25jährigen Thätigkeit des Vorsitzenden einen in der Generalversammlung einzubringenden Antrag vorzubereiten: Allert möge freiwillig sein Amt niederlegen. Sie glauben damit einem Wunsche der Verwaltung nachzukommen, die nichts lieber sähe, aus einem selbst so losen Zusammenhang mit den Beamten einen Mann zu entfernen, der der Behörde gegenüber eine anerkennenswerte Charakterstärke gezeigt hat.

Gelingt die Beseitigung des Vorsitzenden, so wäre es nicht unmöglich, daß die Selbständigkeit der Unterbeamtenkasse zu Gunsten des „Sterbekassen-Vereins für Reichs-Postbeamte" geopfert werden könnte, dessen Vorstand aus lauter hohen Postbeamten besteht. Den Vorstand bilden u. a. Direktor im Reichs-Postamt Sydow, den Verwaltungsrat u. a. der Ober-Postdirektor von Berlin Griesbach.

Diesem Verein wäre ein Uebertritt von 7201 Mitgliedern des Berliner „Sterbekassenvereins der Briefträger" sicherlich um so erwünschter, als er selbst, bestehend seit 1827, von 75 000 angestellten Beamten und Unterbeamten des Reichspostgebiets bisher nur die klägliche Anzahl von 2023 Mitgliedern unter seiner Fahne zu versammeln vermocht hat.

Es wäre übrigens erwünscht zu erfahren, zu welchem Satze die Reichsdruckerei die Drucksachen dieses Vereins herstellt und auf Grund welchen Rechtstitels dem behördlich protegierten Verein die **Portofreiheit** gewährt wird? —

Gegen die „Verherrlichung eines Umsturzapostels" in Berlin eifert die katholische „Märkische Volkszeitung". Gemeint ist die — Giordano Bruno-Feier. Das Kaplansblatt schildert diesen edlen Märtyrer also:

„Bruno, ein abgefallener Dominikanermönch und unruhiger Kopf, 1550 geboren, war ebensowohl ein politischer wie ein religiöser Revolutionär, der auch mit den schweizerischen und deutschen „Reformatoren" in Verbindung trat, sich aber mit ihnen überwarf, überall Umtriebe anzustiften suchte, wegen Empörung gegen die rechtmäßige Gewalt in Rom zum Tode verurteilt und nach damaliger Sitte am 17. Februar 1600 öffentlich verbrannt wurde. Es wäre in der That der gelungenste „Witz der Weltgeschichte", wenn in demselben Berlin, in welchem der **„zielbewußteste Vertreter der monarchischen Gewalt in ihrer höchsten Ausbildung residiert, einer der radikalsten Apostel des Umsturzes und ausgesprochenste Gegner der monarchischen Gewalt öffentlich gefeiert würde.** Eine blutigere Ironie ließe sich nicht denken."

Herr Kirschner kann sich gratulieren. Er findet wenigstens bei den Kaplänen Verständnis für seine Verweigerung des Rathaussaales. Wie wäre es, wenn Herr Kirschner, um sich die höchste Anerkennung der Mir- und Dasbäche zu sichern, am Bruno-Tage im Rathaussaal eine Gegenkundgebung veranstaltete, in der die Vertreter der „rechtmäßigen Gewalt", die Henker von 1000, gebührend für ihre gutgesinnte Mordbrennerei verherrlicht würden. —

Die „Kreuz-Zeitung" ist wieder einmal aufs Eis gegangen. Sie will uns nachweisen, daß man in England über die deutsche „Socialreform" günstiger urteile als wir es thun. Wäre sie mit den englischen Personen und Dingen etwas vertrauter, so würde sie verschiedene sogenannte „Autoritäten" in England haben anführen können, die für England „Socialreformen" nach deutschem Muster verlangen. Das sind aber insgesamt Leute, welche die englischen Arbeiter unter die Polizeifuchtel bringen möchten. Die Leute sind freilich recht selten, und dann wären es ja auch keine Autoritäten für uns gewesen. So ist sie denn darauf verfallen, uns jemand entgegenzustellen, der eine Autorität für uns sein soll — und hiermit ist sie reingefallen. Sie führt nämlich einen überaus optimistischen Bericht gegen uns ins Feld, den John Barnes, der Leiter des englischen Maschinenbauer-Vereins, über eine Reise in Deutschland veröffentlicht hat, und in dem er von den deutschen Arbeiterverhältnissen ein sehr rosiges Bild entwirft. Unser Freund Barnes ist in der That eine Autorität für uns, und er hat auch die deutschen Arbeiterverhältnisse im Vergleich zu den englischen sehr herausgestrichen. Aber ist uns Barnes auch eine Autorität, so ist die Wahrheit doch eine höhere Autorität. Und sie zwingt uns zu sagen: Freund Barnes hat in dem fraglichen Bericht vieles geschrieben, was den Thatsachen nicht entspricht.

Die „Kreuz-Zeitung" irrt, wenn sie meint, wir hätten den optimistischen Bericht von Barnes unsern Lesern unterschlagen. Wir haben ihn seiner Zeit wohl erwähnt und auch festgestellt, wie B. zu so rosigen Bildern gelangt ist.

Barnes ist der Führer einer der größten englischen Gewerkschaften; als solcher fühlt er in sich die Pflicht, seine Berufsgenossen in ihrem Bestreben, ihre Lage immer besser zu gestalten, anzuspornen. Er ist außerdem einer derjenigen nicht allzu zahlreichen englischen Gewerkschaftsleiter, die wirkliche Socialisten sind und auf dem Standpunkt stehen, daß die Gesetzgebung mehr für die Arbeiter thun müsse, daß nicht alles durch den gewerkschaftlichen Kampf zu erreichen sei. In dieser Beziehung gilt im Ausland Deutschland als mustergültig; man sieht von der Ferne eben nur das gute Princip der staatlichen Reform, die innere Misere lernt man nicht kennen.

Dazu kommt aber, daß Barnes infolge seiner Unkenntnis der deutschen Verhältnisse Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinlern in die Hände fiel, und daß er in den verhältnismäßig guten Betrieben, die man ihm zeigte, von den Direktoren selbst herumgeführt worden ist, die ihm selbstverständlich nicht die schlechtesten Partien ihrer Fabriken gezeigt haben. Es ist ja zur Genüge bekannt, wie es bei derartigen Besuchen gemacht wird. B. berichtet selbst, wie er überall in der höflichsten Weise empfangen, von englisch sprechenden Führern geleitet worden sei. An die Arbeiter konnte er sich, da er der deutschen Sprache nicht mächtig ist, natürlich nicht wenden. Vorsichtig genug schaltet er seinem Bericht denn auch häufig ein: . . . „wie mir gesagt wurde", oder: „wie mir der Direktor berichtete" usw.

Nicht bloß wir, sondern auch die Gewerkschaftspresse hat damals Stellung genommen zu B.'s Berichten, und die brave „Kreuz-Zeitung" hätte zum Beispiel in der „Metallarbeiter-Zeitung" nachlesen können, daß diese Barnes recht große Irrtümer nachgewiesen hat. Namentlich ist das geschehen in Bezug auf die Lohnhöhe verschiedener Arbeitergruppen. Das, was B. als den allgemein üblichen Lohnsatz angab (wahrscheinlich weil ihm so berichtet war), hatte vielfach nur Geltung für einzelne bevorzugte Arbeiter (Meister, Kolonnenführer 2c.). Barnes selbst aber hat am Schlusse seines Berichts ausdrücklich betont, daß seine Berichte weiter nichts wiedergeben als Augenblickseindrücke und keinen Anspruch auf umfassende Richtigkeit erheben. Uebrigens kann die „Kreuz-Zeitung" sich trösten. Auch Graf Posadowsky ist — in der gestrigen Reichstagssitzung — mit Barnes reingefallen. —

Prügelkultus in Bayern.

Ueber das Züchtigungsrecht der Lehrer hat der Münchener Verwaltungsgerichtshof eine Entscheidung getroffen, die mit dem bekannten Erlaß des preußischen Kultusministeriums scharf kontrastiert. Derselbe lautet: „Der Lehrer ist zur Vornahme empfindlicher körperlicher Züchtigungen und zwar sowohl bei Schülern einer anderen als auch bei solchen seiner eigenen Klasse absolut berechtigt. Da das Verhalten der Schüler auch außerhalb der Schule der Schulzucht unterliegt, so darf die Züchtigung seitens des Lehrers selbstredend auch außerhalb der Schullokalitäten stattfinden. Das gleiche Recht hat auch der Geistliche in seiner Eigenschaft als Religionslehrer. Die Schulzucht kann nur dann Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens werden, wenn eine wirkliche oder wesentliche Verletzung des Schülers stattgefunden hat. Als wirkliche oder wesentliche Verletzung gilt aber nur eine solche, die Gesundheit und Leben des Schülers nachweisbar gefährdet. Blutunterlaufungen, blaue Flecken und Striemen gehören nicht hierzu; denn jede empfindliche Strafe läßt eine solche Erscheinung zurück."

Moderne Lehrer und vielleicht auch Geistliche werden sich bedanken für die Rolle, die ihnen hier überwiesen wird: die ihnen zur Erziehung überwiesenen Kinder und jungen Leute in und außerhalb der Schule straflos zu verprügeln, daß die Pflegebefohlenen Blutunterlaufungen, blaue Flecken und Striemen davon nach Hause tragen. Die Pädagogen sind doch nicht dazu da, die Kinder, die sie erziehen sollen, zu verrohen. Wenn die Kinder wirklich solche Lehrer haben, dann wundre man sich auch nicht über die zunehmende Verrohung und Kriminalität der Jugendlichen, über die jetzt so viel geklagt wird. —

Eine fortgesetzte Belehrung über deutsche Rechtszustände empfängt Dr. Quidde in Leipzig. Er setzte am Sonnabend seinen Vortrag über die deutsche Rechtspflege fort. Als er aber auf das Urteil im Essener Meineidsprozesse zu sprechen kam, entzog ihm der überwachende Beamte wieder das Wort. Herr Quidde wird daraus die Belehrung schöpfen, daß er die deutschen Rechtszustände noch lange nicht in ihrer ganzen hehren Schönheit durchgekostet hat. —

Kiel, 12. Jan. (Eig. Ber.) Die **Dänenbekämpfung** im nördlichen Schleswig zeitigt die wunderbarsten Blüten. Wie der „Vorwärts" schon berichtete, wurde im Dezember der Stiefsohn eines dänisch gesinnten Nordschleswigers aus Preußen ausgewiesen, obwohl er selbst nicht in der geringsten Weise an der dänischen Agitation sich beteiligt hatte. In Dänemark jedoch wurde der Ausgewiesene auch nicht aufgenommen, weil er kein dänischer Staatsangehöriger. Nun machte der Ausgewiesene wieder Kehrt und wurde in Preußen bei seiner Ankunft erst in Haft genommen, dann aber bis zur gerichtlichen Entscheidung dieser Angelegenheit frei gelassen. Wie nun die „Schleswigsche Grenzpost" meldet, ist diese für die nordschleswigschen Optantenkinder so wichtige Frage in erster Instanz vom Sonderburger Schöffengericht entschieden. Der Ausgewiesene wurde wegen unerlaubter Rückkehr nach Preußen zu einer Woche Haft verurteilt. Zunächst liegen also die Dinge auf Grund dieses Gerichtserkenntnisses so, daß die in Preußen geborenen Optantenkinder weder in Preußen noch in Dänemark heimatsberechtigt sind. Der Grundsatz der Regierung, daß sie das Recht habe, diese in Frage kommenden Personen von der heimatlichen Scholle, aus dem Lande, in dem sie geboren und groß geworden, fortzuweisen, ist also zu Recht bestehend angesehen worden.

Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die höheren Gerichtsinstanzen sich auch noch mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben. —

Kandidaten der Zwangserziehung. 1. Vor dem Schöffengericht in Erlangen wurde gegen eine Anzahl von Studierenden der Medizin eine Verhandlung durchgeführt, die ein lehrreiches Bild von dem Leben und Treiben unserer akademischen Jugend entrollte. Angeklagt waren die Mediziner Helbing, Knopp, Herter und Eckart wegen Körperverletzung, Hausfriedensbruchs, Widerstands gegen die Staatsgewalt, verbotenen Werfens 2c. Die Angeklagten verkehrten in einer Weinkneipe, deren Besitzerin eine Frau List ist. Diese hat eine 16jährige Tochter, die für die Musensöhnlinge den Köder bildete. Das Mädchen bevorzugte den Studenten Wenzing, der sich an der Erlanger Universität darauf vorbereitet, dereinst als Richter oder Staatsanwalt eine flotte Stütze der Ordnung zu sein. Dadurch erregte er den Neid seiner Kommilitonen und da W. gar nicht mehr aus der Küche herauskam, wo er

„Fräulein Gretchen" die Cour schnitt, wurde er, so oft er sich blicken ließ, mit einer Hundeleine mißhandelt. Der Mißhandelte flüchtete in ein Nebenzimmer und seine Gegner begaben sich auf die Straße, wo sie rondalierten. Ein im gleichen Hause wohnender Gendarmeriewachtmeister, der vom Fenster herab das Treiben der Musensöhne beobachtete, wurde von ihnen mit einem Schwall von Ausdrücken belegt, die in keinem Komplimentierbuch stehen. Dann kam die Polizei und begleitete den Rechtspraktikanten, der sich noch im Restaurant versteckt hielt, in seine Wohnung. Alsdann nahmen sie einen Studenten fest, weil er fortgesetzt schrie und lärmte und führten ihn auf die Polizeiwache. Zwei von den andern Angeklagten liefen den Schutzleuten nach, beschimpften sie und drangen in die Polizeiwache. Am schlimmsten führte sich dabei der Student Helbing auf, dem Wenzing trotz mehrfacher Aufforderung „Fräulein Gretchen" nicht überlassen wollte. Er erhielt 11 Tage Gefängnis und 20 M. Geldstrafe wegen eines ganzen Rattenkönigs von Strafthaten, Knopp und Herter erhielten je 10 Tage Gefängnis und 10 M. Geldstrafe, Eckart wurde freigesprochen.

2. In einer Heidelberger Schöffengerichtssitzung im Juli gegen stud. med. Willy Schmidt von Frankfurt a. M. wegen eines nächtlichen Exzesses bezeichnete der fungierende Amtsanwalt in seinem Plaidoyer das Benehmen des Angeklagten beim Begehen der Strafthat als unverschämt. Schmidt fühlte sich hierdurch beleidigt und ließ den Amtsanwalt zur Zurücknahme seiner Aeußerung auffordern. Dieser lehnte jedoch das Verlangen ab und wies auf seine Eigenschaft als Reserveoffizier hin. Darauf ließ Schmidt, der Reserveoffiziers-Aspirant ist, ihm durch den stud. Emil Müller aus Mannheim eine schwere Säbelforderung überbringen. Das Offiziersehrengericht, dem der Gefordete die Angelegenheit vorlegte, verbot den Zweikampf. In der Strafkammersitzung wurde nun Schmidt wegen Herausforderung zu zwei Monaten und Müller wegen Kartelltragens zu einem Monat Festungshaft verurteilt.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Vom neuen Ministerium. Wien, 16. Januar. Nahezu übereinstimmend erwarten die Blätter den Amtsantritt des Ministeriums Körber für das Ende der Woche. Das Handelsportefeuille sei noch unbesetzt; auch über die Person des polnischen Ministers ohne Portefeuille lauten die Angaben widersprechend. —

Schweiz.

Bern, 11. Januar. (Eig. Ber.) Für das Referendum, betreffend die Versicherungsvorlage, ist die unerwartet große Unterschriftenzahl von 113 000 aufgebracht worden. Sie ist unerwartet und überraschend, weil die öffentliche Agitation für die Referendumsbewegung sich in so bescheidenem Rahmen hielt, daß man bezweifeln konnte, ob überhaupt die erforderlichen 30 000 Unterschriften werden aufgebracht werden. Man muß daher annehmen, daß hauptsächlich zahlreiche Fabrikanten daran mitgearbeitet und ihre Arbeiter veranlaßt haben, in der bekannten „freiwilligen" Weise in den Fabrikcomptoirs die Unterschriftenbogen zu unterzeichnen ferner dürften auch die bäuerlichen Kreise viele Unterschriften geliefert haben. Von den Kantonen steht die Waadt mit ihren zahlreichen Föderalisten obenan, indem sie 16 000 Unterschriften lieferte. Dann folgen die Kantone Zürich mit 15 500, Bern mit 13 000, Luzern mit 5500, Neuenburg mit 6000, Freiburg mit 5000, Wallis mit 6000, St. Gallen mit 6000, Aargau mit 4500, Schwyz mit 3500, Schaffhausen und Genf mit je 3000, Tessin mit 2800, Glarus mit 2000 rc. Die radikale Presse ist ersichtlich erschrocken von der großen Unterschriftenzahl und ihre stolze Siegeszuversicht auf die Volksabstimmung ist stark erschüttert. Die Unterschriftenzahl ist um 20 000 größer als 1890 bei der Volksabstimmung über den neuen Verfassungsartikel betreffend die Einführung der Kranken- und Unfallversicherung die Zahl der verwerfenden Stimmen war, die nur 92 200 gegenüber 283 228 annehmenden Stimmen betrug. Das herrschende Regiment bedarf im Hinblick auf die kommende Volksabstimmung sehr der Mitwirkung der Socialdemokraten, wenn nicht das Versicherungsgesetz als Ergebnis einer jahrelangen Arbeit verworfen werden soll. So weit scheint man aber in jenen Kreisen nicht zu denken. So wird bereits mit erneuter Kraft die Hetze gegen die Doppelinitiative betrieben und die Socialdemokratie verleumdet; ferner hat der Bundesrat durch Beschluß es abgelehnt, in dem Lesezimmer der Bundesversammlung außer dem „Grütlianer" auch noch andere socialdemokratische Blätter, wie das Züricher „Volksrecht", den „Basler Vorwärts" rc. aufzulegen. Man wird im Auslande das sonderbare Verhältnis nicht verstehen, daß die Regierung den Parlamentsmitgliedern vorschreibt, was sie lesen und nicht lesen sollen und man wird auch dafür kein Verständnis haben, daß neben der großen Zahl der aufliegenden bürgerlichen Blätter nicht auch die zwei socialdemokratischen Tageszeitungen sollen aufliegen dürfen. Diese Boykottierung unserer Presse ist nicht geeignet, die Socialdemokraten den Radikalen sympathischer gesinnt zu machen. —

Frankreich.

Paris, 16. Januar. Der „Gaulois" verzeichnet die Meldung, daß der deutsche Kaiser im Sommer mit einem Geschwader Frankreich besuchen wolle, und knüpft daran einen Artikel, der mit den Worten schließt: Diese Reise wäre weder politisch noch vorsichtig. —

Portugal.

Der deutsch-englische Geheimvertrag in der portugiesischen Deputiertenkammer. Vor einigen Tagen haben wir schon kurz von der Interpellation berichtet, die der Deputierte Franco, bis 1897 Minister des Innern, an die Regierung richtete, um Aufschluß über den deutsch-englischen Geheimvertrag in Bezug auf portugiesischen Kolonialbesitz zu erhalten.

Der Minister des Aeußern erklärte nach jetzt vorliegenden näheren Mitteilungen, daß der portugiesischen Regierung der Text des Abkommens nicht mitgeteilt sei und daß, als man von dem Vertrage zuerst sprach, die Regierung von beiden Mächten die ausdrücklichsten und offensten Erklärungen der Achtung der portugiesischen Souveränität und der Integrität des portugiesischen Kolonialbesitzes erhielt.

Joao Franco erwiderte heftig, daß die ausweichende Antwort des Ministers sehr zu bedauern sei, da Portugal, ja ganz Europa großes Interesse an der Sache hätten. Es dürfe nicht mit Portugal so kommen, wie mit China. Eher müsse man allen nationalen und privaten Besitz in Portugal verbrennen und erschöpfen, bevor man irgend welche Ueberweisung kolonialer Zolleinnahmen vornehme. Man müsse wissen, daß kein portugiesischer Minister auch nicht die kleinste Parzelle kolonialen Besitzes preisgeben werde. Portugal habe in der letzten Zeit ganz von seinen Kolonien gelebt, ohne dieselben hätte es bereits den Bankrott erklären müssen.

Der Minister des Auswärtigen beschränkte sich wiederum auf die Mitteilung, daß die Regierung keinerlei Vertrag abgeschlossen habe, der vermuten ließe, daß sie beabsichtige, sich der kolonialen Souveränität zu entledigen oder dieselbe auch nur in Gefahr zu bringen. —

Rußland.

Newel (Gouvernement Witebsk). 300 jüdische Arbeiter veranstalteten hier eine Demonstration bei der Angelegenheit der Rekrutenversendung. Man sang auf der Straße revolutionäre Lieder und bei Begegnung der Offiziere schrie man „Nieder mit dem Militarismus". 6 Mann wurden festgenommen.

Wilna. Am 29. Dezember wurden von der Polizei 30 Haussuchungen unter den jüdischen Arbeitern vorgenommen.

Türkei.

Der Sultan und sein Volk. In Konstantinopel sieht man dem 15. des Fastenmonats Ramasan, wo der Sultan zur Anbetung des Mantels des Propheten nach dem alten Serail in Stambul fährt, nicht ohne Besorgnis entgegen.

Die Polizei hat außerordentliche Vorsichtsmaßregeln ergriffen, da man angeblich die Nachricht von einem Komplott besitzt. Außer dem gewöhnlichen Spalier von Truppen zu Fuß und zu Pferde und dem Aufgebot sämtlicher Polizeimannschaften auf allen Wegen, welche der Sultan von Yildiz Kiosk nach dem alten Serail in Stambul zur Verehrung des Mantels des Propheten eventuell nehmen könnte, bewachen seit einigen Tagen schon über zweihundert Geheimpolizisten alle Zugänge der Palais von Tschragan, Dolma Bagtsche und Serail sowie die Brücke von Galata nach Stambul. Das Ganze erscheint als eine Polizeimache. Man spricht übrigens wieder von Verhaftungen von Offizieren und Palaisbeamten wegen angeblicher jungtürkischer Verbindungen.

Der Sultan scheint an die Liebe seiner Unterthanen zum „angestammten Herrscherhause" nicht zu glauben.

Serbien.

Von einer Ministerkrise aus Anlaß der beabsichtigten Amnestie wurde gestern berichtet. Heute wird aus Nisch gemeldet: Von zuständiger Seite werden die in der auswärtigen Presse verbreiteten Gerüchte über eine Ministerkrise für völlig unrichtig erklärt. Das Ministerium Georgiewitsch stehe ebenso fest wie bisher. König Alexander erwiderte auf die Neujahrswünsche der Skuptschina, er setze volles Vertrauen in das gegenwärtige Kabinet. —

Asien.

Revolte in Indien. Aus Bombay wird berichtet: Mehrere hundert Eingeborene bemächtigten sich der Kaserne von Chutia Nagpur. Ein ganzes Regiment eingeborener Soldaten mußte gegen die Rebellen entsandt werden. Es kam zu einem blutigen Zusammenstoß, wobei eine große Anzahl Eingeborener getötet und viele gefangen genommen wurden. Die Behörden haben Maßregeln ergriffen, um ähnliche Vorkommnisse zu verhüten. —

Aus China. Den „Times" wird aus Hongkong berichtet, daß Li-Hung-Tschang dem Gouverneur von Hongkong, Blake, einen offiziellen Besuch abgestattet habe. Die dortigen Kaufleute lebten der Hoffnung, daß die Reise Li-Hung-Tschangs zur Wiederherstellung der Sicherheit von Leben und Eigentum in der Provinz Kwangtung, wo sie nie stärker als gegenwärtig gefährdet war, führen werde, wie auch zur Einführung von Verbesserungen und zu einer wesentlichen Ausdehnung des Handels. —

Berichtigung. In unserer gestrigen politischen Notiz „Socialdemokratische Spitzel" ist der Ort des Vorkommnisses Düsseldorf und nicht Elberfeld.

In der Notiz „Folgen der Germanisierung, 3. Seite, 2. Spalte, muß es heißen, „je mehr man die Polen zwangsweise entnationalisiert, um so bedeutender wird der Einfluß des Polentums", nicht „des Junkertums".

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde heute die Beratung des **Postetats** fortgesetzt. Bei Titel 22 der Ausgaben gelangte folgende vom Abg. **Eickhoff** (frs. Vp.) beantragte Resolution zur Annahme: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch einen Nachtragsetat für das Jahr 1900 die Gehaltsstufen für die Bureau-Assistenten und Kanzlisten der Reichspost- und Telegraphenverwaltung, sowie für die Ober-Post- und Ober-Telegraphenassistenten, Post- und Telegraphenassistenten und Postverwalter anstatt auf 1500, 1700, 1900, 2100, 2300, 2500, 2700, 3000 M. festzusetzen auf 1500, 1800, 2000, 2200, 2400, 2600, 2800, 3000 Mark." — Bei Titel 29 (zu Stellenzulagen 484 850 M.) weist Staatssekretär **v. Podbielski** darauf hin, daß es sehr schwer gewesen sei, die Teuerungsverhältnisse der einzelnen Orte festzustellen. Der ortsübliche Tagelohn sei als Maßstab unzureichend, es müssen auch die Preise der Lebensmittel, Wohnungsmiete u. a. in Betracht gezogen werden. Nach reiflicher Prüfung sei jetzt seitens der Postverwaltung eine Liste der teureren Orte aufgestellt worden. Die Ansätze für Besoldungen und für Betriebskosten der Post werden durchweg unverändert bewilligt. Bei der Forderung für Vervollständigung der Telegraphenanlagen 28 340 000 M. regt Abg. Dr. **Hasse** (natl.) an, deutsche Weltkabel zu schaffen. Dieselben müßten in schnellerem Tempo gelegt werden. Die Not sei groß. Wir müßten uns von England unabhängig machen. Staatssekretär **v. Podbielski** macht vertrauliche Mitteilungen technischer Art. — Die weitere Beratung wird auf Freitag vertagt.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags hat in ihrer Sitzung am Dienstag den Antrag Kopsch (frs. Vp.) abgelehnt, durch den das Mandat des Abg. Jakobsen, Vertreter des Wahlkreises Schleswig-Eckernförde und Hospitant der freisinnigen Volkspartei, wegen Konkurses für ungültig erklärt werden sollte. Die Ablehnung erfolgte mit 8 gegen 3 Stimmen. Singer (Soc.), Roeren (C.), Büsing (natl.) sprachen gegen den Antrag; auch Abg. Levetzow (L) erklärte sich schließlich dagegen, da die Verfassung das Erlöschen des Mandats für diesen Fall nicht vorschreibt. —

In der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags wurde heute die Wahl des Abg. Baron de Schmid (12. Elsaß-Lothringen; Saargemünd-Forbach, fraktionslos) beanstandet. Es sollen Erhebungen über verschiedene Protestbehauptungen stattfinden. —

Partei-Nachrichten.

Das niederrheinische Agitationskomitee erstattet seinen Jahresbericht für 1899. An allgemein interessierenden Thatsachen entnehmen wir dem Bericht, daß im Bezirk 160 Versammlungen abgehalten wurden und daß der Agitationskalender in 65 000 Exemplaren verbreitet wurde. Außerdem wird ein monatlich erscheinendes Agitationsblatt „Morgenrot" regelmäßig verbreitet. Ueber die Zahl der durch die Einzelorganisationen herausgegebenen Flugblätter kann das Komitee keine Auskunft geben. Vereinsorganisationen bestehen 20 mit rund 3500 Mitgliedern. Die Vertrauensleute hatten eine Einnahme von 12 300 M.

Der „Weckruf" in Essen soll vom 1. April an in Bochum gedruckt werden und die bisher wöchentlich dreimal erscheinende „Arbeiterstimme" in Solingen soll vom 1. Mai an täglich erscheinen.

Totenliste der Partei. In Bremen starb das älteste Parteimitglied, die 81 Jahre alte frühere Wickelmacherin Marie Hoppe. Namentlich unterm „Socialistengesetz" hat sie unvergeßliche Dienste geleistet. In ihrer Behausung sammelten sich die thätigen Genossen in der bedrängten Zeit, dort berieten sie über das, was gegenüber den Verfolgungen der Behörden geschehen sollte. Ihr lebhaftes Interesse an den Fortschritten der Bewegung ließ sie Gefährliches wagen. So verstand sie den „Züricher Socialdemokrat" in geschicktester Weise den Spürnasen der Polizei zu entziehen. Sie steckte u. a. die neuen Pakete in einen Brotkorb und trug sie so an einen sicheren Platz in die Kasernen, wo sie bis zur Verbreitung in der That stets wohl verwahrt waren. Das geschah in der ersten Periode des Schandgesetzes, wo es galt, große Opfer zu wagen. Auch finanziell hat die Genossin nach Kräften Großes geleistet. Die Partei wird sie in ehrendem Andenken behalten.

In Essen starb nach kurzem Krankenlager der Maurer Philipp Kohns. Der Verstorbene stand seit Jahren in den vordersten Reihen der Partei in Essen und sein Tod ist für die dortigen Genossen ein fühlbarer Verlust.

Oestreichische Parteipresse. Die Gründung eines polnischen Tageblattes in Krakau ist von unseren polnischen Genossen ernstlich in Aussicht genommen. Eine Parteikonferenz in Przemysl beschloß, alle Vorbereitungen zu treffen, um unser Krakauer Partei-Organ „Naprzod" so bald als möglich täglich erscheinen zu lassen.

Die ruthenische Socialdemokratie hat ihr erstes eigenes Parteiblatt gegründet, das unter dem Namen „Wola" monatlich zweimal in Lemberg erscheint.

Ueber den außerordentlichen Kongreß der belgischen Parteigenossen, der am Sonntag in Brüssel tagte, wird uns von dort berichtet:

„Wie schon mitgeteilt, hatte der Kongreß einige höchst wichtige Fragen zu erledigen bezüglich der nächsten Parlamentswahlen, die im Mai stattfinden. Der Generalrat der Partei berief den Kongreß, der sonst regelmäßig zu Ostern tagt, schon jetzt ein, um für den Wahlkampf rechtzeitig Vorbereitungen treffen zu können. In allererster Linie galt es, die Frage, ob Wahlkompromisse oder nicht, zur Erledigung zu bringen. Nach langer, heftiger Debatte wurde eine Resolution mit 114 gegen 70 Stimmen angenommen, die für das Verhalten der Parteigenossen bei den nächsten Wahlen folgende Richtschnur giebt:

Die Beschlüsse des vorjährigen Kongresses von Quaregnon, welche den einzelnen Kreisorganisationen Autonomie zusichern, bleiben aufrecht erhalten. Der Kongreß spricht jedoch die Erwartung aus, daß Wahlbündnisse nur dann abgeschlossen werden, wenn die absolute Notwendigkeit dazu zwingt. In Wahlkreisen, wo nur die Zusammenfassung aller oppositionellen Stimmen zu einem Sitze der Opposition verhelfen kann, oder da, wo das Bündnis geeignet ist, die demokratische Opposition zu kräftigen, soll es gestattet sein. Jedenfalls soll der Wahlkampf auf dem Boden des Klassenkampfes geführt werden.

Für vollständige Bündnisfreiheit trat Anseele, der Deputierte von Gent, mit großer Wärme ein. Gent sei typisch für die Allianzen zwischen dem Proletariat und den bürgerlichen Parteien. Nichtsdestoweniger habe Gent die beste socialdemokratische Organisation und die Socialisten Gents seien ebenso revolutionär, wie die irgend einer andern Stadt. Die Bündnisse hätten die Principien durchaus nicht verwässert. Bei den Bündnissen mit bürgerlichen Parteien hätten stets nur die Socialisten gewonnen. Gerade die großen, starken Organisationen brauchten die Bündnisse am wenigsten zu fürchten, noch eher die kleinen schwachen. Nicht die alten Matronen, die Jugend muß man gegen „schlechte Gesellschaft" schützen. (Große Heiterkeit.)

Die Versammlung hatte auch die Frage des Senats zu erledigen. Das passive Wahlrecht zum Senat ist an die Zahlung einer Grundsteuer von 1200 Fr. gebunden. Die Zahl der Socialisten, die eine solche Steuer zahlen, ist natürlich sehr klein; mir ist in der That kein einziger bekannt. Unser einziger Senator ist ein Provinzial-Senator, d. h. von einem Provinzialrat gewählter. Der Kongreß hat beschlossen, diejenigen Kandidaten zu unterstützen, die für das allgemeine Wahlrecht und die Arbeiterversicherung einzutreten versprechen.

Ein besonderes Wahlprogramm für die Wahlen im Mai wird nicht aufgestellt; der Kampf ist zu führen auf Grund des allgemeinen Parteiprogramms. Ferner wurde beschlossen, jedes Wahlbündnis mit jenen fünf liberalen Deputierten abzulehnen, die in der letzten Session die Abmachungen bezüglich des Proportionalsystems so schmählich verraten haben. Dem Kongreß lag es auch ob, Beschlüsse bezüglich einer Demonstration zu Gunsten der Alters- und Invalidenpension der Arbeiter zu fassen. Diese Frage wurde jedoch dem Generalrat zur Entscheidung überwiesen."

Die gemeinsame Parteibehörde, welche der französische Einigungs-Kongreß geschaffen hat, — das Comité Général — besteht gegenwärtig seine Probe. Wie schon aus dem Bericht unseres Pariser Korrespondenten zu ersehen war, hat das Kinderschutz-Gesetz, welches Millerand als Mitglied des Ministeriums der Kammer unterbreitete, zu Differenzen zwischen den verschiedenen Fraktionen geführt, und die „Frage Millerand" wieder aufgerollt. Der Standpunkt Vaillants und seiner Fraktion wird von der „Arbeiterpartei" — den sogenannten Guesdisten, geteilt, die in dem Millerandschen Gesetzentwurf einen Rückschritt erblicken. Es entstand eine Polemik, die jedoch — und das ist eine der guten Wirkungen des Einigungskongresses — ohne alle persönliche Bitterkeit geführt wurde. Um nun zu einer Erledigung der Sache zu kommen, hat man sich dahin geeinigt, die Streitfrage vor das Comité Général zu bringen, in welchem, nach Maßgabe ihrer Stärke, alle socialistischen Fraktionen vertreten sind. Das Comité Général hat die Aufgabe übernommen und ihr schon zwei Sitzungen gewidmet. Zwischen den beiden Anschauungen wurde scharf debattiert, ohne daß ein Beschluß gefaßt worden wäre. Die Hauptrepräsentanten der beiden einander entgegen stehenden Richtungen: auf der einen Seite Vaillant, Guesde und Lafargue, auf der anderen Viviani (Millerands Freund), Jaurès und Allemane, haben in längeren Reden ihre Anschauungen dargelegt; in einer dritten Sitzung, die auf heute (Mittwoch) anberaumt ist, soll die Debatte abgeschlossen werden, was freilich noch keineswegs sicher ist. Untrennbar von dieser Streitfrage ist die andere, die Anwesenheit Millerands im Ministerium. Diese, die ursprüngliche Streitfrage, wird vielleicht durch den in Paris allgemein erwarteten Sturz des Kabinetts Waldeck-Rousseau schon in nächster Zeit, wenn nicht ihre Lösung, doch ihr thatsächliches Ende finden. Denn mit dem Sturz des Kabinettes würde selbstverständlich auch Millerand sein Portefeuille verlieren, und in ein neues Kabinett könnte er nicht eintreten, ohne die Genehmigung der Partei. Indes auch wenn diese Lösung ausbleiben sollte, so liegt es jetzt in der Hand des Comité Général, durch einen den Parteiprincipien und Partei-Interessen entsprechenden Beschluß in Sachen des Millerandschen Elfjundengesetzes auch eine Lösung der Frage Millerand anzubahnen. Und dann wäre die Einheit der französischen Socialdemokratie in der That eine Wahrheit geworden. —

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Beschlagnahmt** wurden in Herzberg (Merseburg) bei zwei Parteigenossen 600 Exemplare des Agitationskalenders. Die Beschlagnahme geschah auf Anordnung der Staatsanwaltschaft, weil auf dem Kalender kein Druckort und kein Verleger angegeben ist.

Die Vergiftungs-Affaire Berndt-Markwitz.

Erster Tag der Verhandlung.

Liegnitz, den 16. Januar.

Gegen 9½ Uhr vormittags werden die beiden Angeklagten auf die Anklagebank geführt. Markwitz ist ein großer, schlanker, dunkelblonder junger Mann. Er macht einen ziemlich schneidigen Eindruck. Die neben ihm sitzende mitangeklagte Frau Rittergutsbesitzer Berndt ist eine mittelgroße, schlanke, sehr hübsche, dunkelblonde Frau. Sie macht zunächst einen sehr unbefangenen Eindruck, sehr bald bricht sie aber in heftiges Schluchzen aus. Unter den Zeugen, einige 50 an der Zahl, befindet sich der Rittergutsbesitzer Rittmeister der Landwehr-Kavallerie Heinrich Berndt. Markwitz ist 1876 geboren, katholischer Konfession. Als Frau Berndt ihre Personalien angeben soll, bricht sie wiederholt in lautes Schluchzen aus. Der Präsident bemerkt der Angeklagten: Es liege in ihrem Interesse, ihre Gefühlserregungen nach Möglichkeit zu unterdrücken und sich zu beherrschen. Die Angeklagte giebt schließlich an, sie sei 1865 geboren, katholischer Konfession und unbestraft. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Ziehe, beantragt, die Oeffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung auszuschließen. Das Motiv der That soll Ehebruch sein. Es werde daher nötig sein, festzustellen, welch' physischer Einfluß auf den Angeklagten eingewirkt habe. — Staatsanwalt Schmidt beantragt, einstweilen öffentlich zu verhandeln. — Der Gerichtshof beschließt demgemäß.

Der Angeklagte Markwitz erzählt alsdann: Er sei zunächst in Rackwitz von einem Hauslehrer unterrichtet worden. Nach zurückgelegten 13. Lebensjahre sei er auf das Progymnasium nach Wollstein gekommen. Im April 1890 sei er nach Posen aufs Gymnasium gekommen. Dies mußte er nach einem halben Jahre wieder verlassen, da er ein Zeugnis gefälscht hatte. Er sei alsdann aufs Gymnasium nach Meseritz gekommen. Dort sei er von einem umherziehenden Hypnotiseur mehrfach hypnotisiert worden. Auf Befehl dieses Hypnotiseurs sei er einmal im Winter barfuß im Schnee gelaufen. Später sei er noch mehrfach von seinen Mitschülern hypnotisiert worden. Er sei dadurch sehr nervös geworden. Im Jahre 1893 sei er aufs Gymnasium

nach Frankfurt a. O. und von dort auf die Vorbereitungsanstalt nach Ostrau bei Filehne gekommen. Dort habe er das Einjährig-Freiwilligen-Examen gemacht. Im Januar 1894 sei er aufs Gymnasium nach Fraustadt, von dort nach Schrimm und endlich aufs Magdalenen-Gymnasium nach Breslau gekommen. Von diesem sei er im Juli 1895 als Obersekundaner abgegangen. Er sei alsdann eine Zeitlang zu Hause gewesen und habe sich nur mit dem Lesen der Schillerschen Werke ꝛc. beschäftigt. Alsdann sei er auf das Gut seines Onkels Adam Markwitz nach Alt-Kloster gekommen, um daselbst die Landwirtschaft zu erlernen. Von dort sei er zu einem Rittergutsbesitzer Wallmann zu Powallek als Volontär gekommen. Dort sei er Knall und Fall entlassen worden, da sein Dienstherr vermutete, daß ihm (Angeklagten) die Frau Rittergutsbesitzerin zu sehr entgegengekommen sei. Er habe dann beim Infanterie-Regiment in Polnisch-Lissa sein Jahr abgedient und sei als Gefreiter abgegangen. Hierauf sei er zu dem Gutsbesitzer Hübner nach Wackenau bei Neustadt, Oberschlesien, als Wirtschafts-Assistent gekommen. Dort sei er ebenfalls als Mitglied der Familie behandelt worden. Hübner machte ihm den Vorschlag, das Gut Wackenau zu kaufen. Hübner ließ durchblicken, daß er (Angeklagter) eine seiner Töchter heiraten solle, er sollte aber vorher erst auf einem fremden Gute sich als Landwirt ausbilden. Er ging deshalb ab und wurde im April 1898 in Nieder-Schützendorf von dem Rittergutsbesitzer Berndt als Wirtschafts-Assistent gegen ein anfängliches Gehalt von jährlich 300 Mark, das sehr bald auf 400 Mark erhöht wurde, engagiert. Auch in Nieder-Schützendorf sei er als Mitglied der Familie behandelt worden. Er habe stets mit der Herrschaft zusammen am Tische gegessen. Er gebe zu, daß er sehr bald zu der Frau Rittmeister in Beziehungen getreten sei. Er hatte die Vollmacht, in Abwesenheit seines Dienstherrn Telegramme zu öffnen. Am Sonntag, den 2. Juli 1899, sei an seinen Dienstherrn ein Telegramm gekommen, in dem angezeigt war, daß der Großvater der Frau Berndt in Breslau gestorben sei. Er hatte kurz vor dem Eintreffen des Telegramms seinem Dienstherrn im Schweinestall einen Eber gezeigt. Sein Dienstherr habe, als das Telegramm ankam, gerade einen kleinen Spaziergang gemacht. Er sei mit der geöffneten Depesche zu Frau Berndt, die sich gerade in ihrem Ankleidezimmer befand, gegangen. — Präs.: Hielten Sie es denn für passend, zu Frau Berndt ins Ankleidezimmer zu gehen? — Angeklagter schweigt. — Präs.: Sie hielten es also für passend? — Angekl.: Ich fand nichts darin, ich hielt mich allerdings nur kurze Zeit in dem Ankleidezimmer auf, damit ich dort nicht von Herrn Berndt überrascht wurde. Inzwischen erschien Berndt. Dieser befahl, das Essen aufzutragen und den Wagen anspannen zu lassen, da er mit seiner Frau sofort zur Beerdigung nach Breslau fahren wolle. Während Frau Berndt sich noch ankleidete, wurde in dem parterre belegenen Eßzimmer das Essen aufgetragen. Ich habe zunächst mit meinem Dienstherrn zusammen die Suppe gegessen. Alsdann wurde der Schweinebraten, Klöße und Sauce in einer Sauciere aufgetragen. Noch ehe davon etwas gegessen war, habe ich mit Berndt zusammen das Eßzimmer verlassen und zwar ich, um das schleunige Anspannen zu bewirken. Berndt begab sich in das Ankleidezimmer seiner Frau, um diese zur Eile zu veranlassen. Als ich ins Eßzimmer wieder zurückkam, schrie mir Berndt schon entgegen: Essen Sie um Gottes willen nichts von der Sauce, diese scheint vergiftet zu sein. Ich kostete von dem Schweinebraten und den Klößen, diese waren tadellos, alsdann kostete ich auch von der Sauce, diese schmeckte so furchtbar bitter, daß mir sehr übel wurde und ich mich erbrechen mußte. Gleich darauf kam auch Frau Berndt ins Eßzimmer und kostete ebenfalls. Auch dieser wurde von der Sauce sofort sehr übel. Sie rief: Um Gottes willen, was ist denn mit der Sauce passiert, die schmeckt ja gottsjämmerlich. Frau Berndt mußte sich ebenfalls sofort erbrechen. Ich aß trotzdem von dem Schweinebraten und den Klößen etwas. Auch Berndt und Frau aßen etwas von dem Schweinebraten und den Klößen. Berndt befahl mir alsdann, die Sauce aufzuheben, da er dieselbe untersuchen lassen wolle. Alsdann fuhr er mit Frau Berndt nach Breslau. Ich befahl dem Dienstmädchen, das Essen abzutragen, die Sauce aber aufzuheben. Ich begab mich in die Küche und fragte die Mädchen, was denn mit der Sauce passiert sein könnte. Die Mädchen sagten: In der Küche ist jedenfalls nichts passiert, denn der nicht aufgetragene Teil der Sauce, der in der Küche geblieben sei, schmecke nicht bitter. Ich gab nun einen Teil der bitteren Sauce einem alten schwarzen Hund zum Fressen. Der Hund krepierte sehr bald. Ich begab mich schließlich in mein Zimmer, um ein Nachmittagsschläfchen zu halten. Nach kaum einer Stunde weckte mich das Dienstmädchen Pauline Walter mit der Mitteilung, daß auch der weiße Hund krepiert sei. Ich stellte die Walter zur Rede, weshalb sie auch dem weißen Hund, einem Foxterrier, von der Sauce zu fressen gegeben habe. Den weißen Hund verscharrte ich, den schwarzen Hund ließ ich liegen, da der Tierarzt sagte: es wird notwendig sein, diesen Hund an das chemische Untersuchungsamt nach Breslau zur genauen Untersuchung zu schicken. Am Mittwochabend kam Herr Berndt aus Breslau zurück. Am folgenden Tage befahl Berndt, nachdem er gehört, daß der schwarze Hund durch das Fressen von der Sauce krepiert war, daß derselbe an das chemische Untersuchungsamt nach Breslau gesandt werde. Am Donnerstagnachmittag kam Frau Berndt zu mir und sagte: Denke nur, die Mädchen sagen: das ist nicht in der Küche, sondern oben und zwar von Dir und mir geschehen, weil wir zusammen ein Verhältnis haben. Ich sagte, ich halte es für richtig, die Sache der Staatsanwaltschaft anzuzeigen. Um Gotteswillen thue dies ja nicht, versetzte Frau Berndt, mein Mann möchte die Sache vertuschen. — Präs.: Das war doch aber kaum ausführbar, nachdem die Sache schon im Dorfe allgemein bekannt war? — Angekl.: Frau Berndt sagte mir aber: ihr Mann wolle die Sache vertuschen, Frau Berndt machte mir auch Vorwürfe, daß ich die Sache dem Rittergutsbesitzer Dr. Hennemberg erzählt hatte. — Präs.: Die Sache wurde aber doch dem Amtsvorsteher angezeigt? — Angekl.: Jawohl.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

In der Filzschuhfabrik von Kusche, Berlin, Büschingstr. 24, ist am Montag infolge der Entlassung zweier Arbeiter eine Differenz entstanden. Durch sofort eingeleitete Verhandlungen wurde zwar dieser Konflikt erledigt, jedoch erlangten einige von den Arbeitern und Arbeiterinnen erhobene sehr minimale Forderungen, namentlich die Teaksvergütung für die Zwickerinnen keine Anerkennung seitens des Fabrikanten. Es erfolgte deshalb der Ausstand; an demselben sind 18 Personen, darunter 6 Zwickerinnen, beteiligt. Sämtliche Ausständige sind organisiert. Wir ersuchen die Kollegen und Kolleginnen, den Zuzug fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Schuhmacher.

An die Arbeitervertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden und Schiedsgerichte der Invaliditätsanstalten Berlin und der Provinz Brandenburg!

Nachdem nunmehr wohl überall die Wahlen der Vertreter resp. Schiedsgerichtsbeisitzer vollzogen und die Gewählten amtlich benachrichtigt sind, dürfte es zur besseren Information für den Einzelnen notwendig sein, daß eine allgemeine Besprechung der Neuerungen des Invaliditätsgesetzes vom 13. Juli 1899 stattfindet.

Auf Wunsch von verschiedenen Seiten findet am Sonntag, den 21. Januar, vormittags 11 Uhr, hier in Berlin, „Arminhallen", Kommandantenstr. 20, eine Versammlung dieser Vertreter statt mit der Tagesordnung:

Vortrag über das neue Invaliditätsgesetz vom 13. Juli 1899 und dessen Anwendung im Interesse der Versicherten, insbesondere über die Pflichten und Rechte der gewählten Vertreter.

Die Vertreter der genannten Körperschaften sind hierzu freundlichst eingeladen.

Da dem Unterzeichneten die Namen der Gewählten in der Provinz Brandenburg bis auf einige wenige nicht bekannt sind, so kann eine besondere Einladung an diese nicht mehr erfolgen. Sie werden daher dringend ersucht, sich rechtzeitig einzufinden.

J. A.: A. Dähne, Vertrauensmann der Berliner Arbeitervertreter.
Berlin N, Pflugstr. 17, I.

Deutsches Reich.

Der Streik der Straßenbahn-Angestellten in Kiel ist beendet, nachdem die Direktion die Forderungen der Ausständigen bewilligt hatte.

Verbotener Vortrag. Je „dreißig Mark" Strafe soll der Bevollmächtigte des Porzellanarbeiter-Verbandes in Unterpörlitz bei Ilmenau wegen vorschriftswidriger Abhaltung einer Gewerkschaftsversammlung und Frau M. Greifeld wegen eines ihr unter Strafandrohung in der betreffenden Versammlung verbotenen und dennoch gehaltenen Vortrages bezahlen. — Am 25. November v. J. war eine öffentliche Porzellanarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung in Unterpörlitz geplant, Frau Greifeld sollte über das Thema: „Welches Interesse haben die Arbeiterinnen an der Gewerkschaftsbewegung?" sprechen. Kurz vor Beginn wurde der Vortrag verboten, darauf hielt die Filiale eine Mitgliederversammlung ab, und an der allgemeinen Diskussion beteiligte sich auch Frau Greifeld. Da plötzlich nach beinahe zwei Monaten soll diese Missethat mit rund 60 Mark geahndet werden, trotzdem am 5. Dezember, also zehn Tage nach dem Geschehnis, der Ressortminister Hans Lutze von Wurmb im weimarischen Landtage erklärte: „Jetzt kann jeder mit einem andern im Großherzogtum sich zusammen thun und einen Verein gründen, sogar einen politischen Verein gründen, er braucht weder die Mitglieder noch den Vorstand der Polizei anzugeben, er kann Versammlungen abhalten so viel er will, er kann politische Gegenstände besprechen, ohne irgend welche Hindernisse seitens der Polizei."

Die ausständigen Textilarbeiter in Mülhausen i. E. finden bei der dortigen städtischen Verwaltung ein anerkennenswertes Entgegenkommen. Während die vom Ausstand betroffene Firma Läderich u. Co. jedes Verhandeln mit den Streikenden schroff ablehnte, hat der um seine Vermittlung gebetene Vertreter des Bürgermeisters sich zur Uebernahme dieses Amtes sofort bereit erklärt. Einer Bitte der Streikenden, die am Ausstand beteiligten mittellosen Arbeiter auf Rechnung der Stadt zu speisen, ohne daß sie dadurch ihrer politischen Rechte verlustig gehen, ist von der städtischen Verwaltung ebenfalls entsprochen worden. Einbegriffen sind dabei auch die Frauen und Kinder der Streikenden, denen außerdem noch Brot geliefert wird.

Ausland.

Die Bergleute des Pilsener Reviers haben in einer großen Versammlung folgende Forderungen aufgestellt: Achtstündige Arbeitszeit, Minimallohn für die Häuer 3 Kronen 60 Heller, für Förderer 3 Kronen, für alle andern Arbeiter eine 20prozentige Lohnerhöhung. Ferner Freikohle für sämtliche Arbeiter, unentgeltliches Gelenchte und wöchentliche Auszahlungen. Binnen acht Tagen wird von den Grubeninhabern eine bestimmte Antwort verlangt.

Der Streik der Bergleute im Mährisch-Ostrauer Revier wird, wenn der bereits gemeldete Beschluß der Delegierten aller Gruben in und um Mährisch-Ostrau, den sie in einer Versammlung Sonntag, den 14. Januar, in Polnisch-Ostrau (bei Mährisch-Ostrau) faßten, aufrechterhalten und durchgeführt wird, nicht nur nicht, wie bürgerliche Blätter meldeten, zu Ende gehen, sondern fortdauern und sich ausdehnen. Dienstag, so hofften die Delegierten, sollen 10 000 Mann im Ausstande sein. Alle Warnungen der socialdemokratischen Führer, der Reichsrats-Abgeordneten Berner, Cingr, Dafzynski nutzten nichts mehr.

Die Lage der Arbeiterschaft des Ostrauer Reviers ist allerdings sehr schlimm. 30 Gulden ist der durchschnittliche Häuerverdienst im Monat, freie Kost giebt's nicht, und dabei sind Wohnungs- und Lebensmittelpreise so teuer wie in Preußisch-Oberschlesien. Eine betrügerische und brutale Beamtenschaft thut noch das übrige, um die Arbeiter zur Verzweiflung zu bringen. Auch die Frauen der Bergleute treten energisch für die Fortsetzung des Streiks ein. Die Haltung der Ausständigen ist vortrefflich, dazu trägt vielleicht die Thatsache bei, daß die Behörden äußerst zurückhaltend sind und die Arbeiter in keiner Weise provozieren, wie das sonst vorkommt. Die Gemeindevertretungen haben den Streikenden Unterstützung versprochen, allerdings noch nicht gegeben. Die Fabrikarbeiter drohen, sich den Bergleuten anzuschließen. Hundert Gendarmen sind nach Kladno abgegangen. Die Gemeindevertretung Kladnos weigert sich, den Gendarmen Quartier zu geben. Die Arbeiter der Brüxer und Falkenauer Kohlenreviere beabsichtigen ebenfalls in den Ausstand zu treten.

In Schlan (Böhmen) ruht im Maxischachte, Johannschachte und Ferdinandschachte der Betrieb vollständig; in drei andern Schächten sind von 950 Arbeitern 800 ausständig.

Socialeo.

Die Arbeitszeit der Eisenbahnbeamten.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat in einem Erlaß vom 5. d. M. die Dienst- und Ruhezeiten der Eisenbahnbetriebsbeamten neu geregelt. Danach gelten fortan folgende Bestimmungen:

1. Für Stationsbeamte, Telegraphisten, Rangiermeister, Haltestellen-Aufseher und Weichensteller: Wenn der Dienst eine ununterbrochene angestrengte Thätigkeit erfordert, soll die durchschnittliche tägliche Dauer 8 Stunden, die Dauer einer einzelnen Dienstschicht 10 Stunden nicht überschreiten. Im übrigen kann die durchschnittliche tägliche Dienstdauer bis zu 12 Stunden, die Dauer einer einfachen Dienstpflicht bis zu 14 (bei einfachen Betriebsverhältnissen mit längeren Pausen in der Dienstpflicht bis zu 16) Stunden betragen; 2. für Bahnwärter und Haltepunktwärter soll die Dauer der täglichen Dienstschicht 14 Stunden nicht überschreiten; nur bei einfachen Betriebsverhältnissen ist eine Ausdehnung bis zu 16 Stunden zulässig; 3. für das Zugbegleitungspersonal soll die tägliche Dienstdauer im monatlichen Durchschnitt nicht mehr als elf Stunden und 4. für das Lokomotivpersonal nicht mehr als zehn Stunden (bei einfachen Betriebsverhältnissen bis zu elf Stunden) betragen. Bei letzteren beiden Beamtenkategorien darf die einzelne Dienstschicht 16 Stunden nicht überschreiten; überdies müssen derartig lange Schichten durch ausgiebige Pausen unterbrochen werden.

Aus den allgemeinen Bestimmungen ist zu erwähnen: Jeder im Betriebsdienste ständig beschäftigte Beamte soll monatlich mindestens zwei Ruhetage von je 24 Stunden erhalten. Bei einfachen Betriebsverhältnissen, so namentlich auf Nebenbahnen, kann die Zahl der Ruhetage des unter 1 und 2 aufgeführten Personals auf einen im Monat eingeschränkt werden. Im Nachtdienst darf kein Beamter mehr als sieben Nächte hintereinander beschäftigt werden.

Es soll also im preußischen Eisenbahndienste immer noch eine täglich sechzehnstündige Arbeitszeit mit 29 bis 30 Arbeitstagen im Monat möglich sein.

Bauarbeiterschutz. Die Polizeiverwaltung in Flensburg hat eine Verordnung betreffend den Arbeiterschutz im Baugewerbe erlassen, nach welcher für je 10—25 Personen ein Abort und eine Baubude von 2,2 Meter Höhe zu beschaffen ist. Vom 15. November bis zum 15. März sind Fenster und Thüren in Bauten, auf welchen Töpfer- und sonstige Arbeiten errichtet werden, luftdicht zu schließen. Abort und Baubude dürfen nicht mehr als 750 Meter vom Bau entfernt sein. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Vom Kriegsschauplatz

bei Ladysmith liegen noch immer keine Nachrichten von irgend einer Entscheidung vor. Zu verzeichnen sind nur zwei Depeschen aus dem Hauptquartier der Boeren bei Ladysmith. In der ersten, die vom 12. d. M. datiert ist, heißt es, in Ladysmith und längs des Tugela herrsche unheimliche Stille. Die zweite Depesche, vom 13. d. M. datiert, berichtet: Der Angriff auf die Platrand-Hügel am letzten Sonnabend soll für die Engländer verhängnisvoll gewesen sein. In Ladysmith scheint es schlecht zu stehen. Daraus erklärt sich die bemerkbar werdende lebhafte Thätigkeit der Truppen Bullers, die jetzt drei große Lager südlich des Tugela haben, welche sie beständig verstärken.

In London vertreibt man sich inzwischen die Zeit — da das Kriegsamt keine Nachrichten herausgiebt — indem man sich die Kriegspläne Bullers ausmalt und sich eine gänzliche Niederlage der Boeren zurechtkonstruiert. Der militärische Mitarbeiter des „Morning Leader" erfährt, daß Bullers Kolonne Montag noch in Springfield war, während Warrens Division eine Stellung auf dem Hügel zwischen Springfield und Bethany bezogen hat. Der Uebergang über den Tugela ist noch nicht erfolgt und dürfte verschoben werden, bis der Fluß gefallen ist. Inzwischen sei ein gehörig bemannter verschanzter Brückenkopf gesichert worden.

Bullers Plan sei, die Anhöhen im Norden und Nordwesten von Colenso zu umgehen, dadurch deren Räumung zu erzwingen, dann die zwischen ihm und White stehenden Boeren anzugreifen und mit Whites Truppen Fühlung zu erlangen. Alsdann dürfte Buller die Transvaaler bis Langsnek oder Charlestown zurückdrängen oder auch beschließen, die Oranje-Boeren von den Transvaal-Boeren zu trennen und mit seinem Gros nach Harrismith und Bloemfontein vorzudringen, während Clertys Division eine befestigte Stellung vor Ladysmith einnehmen würde, bis die Kanonen, die Kranken, sowie die Frauen und Kinder aus der Stadt geschafft worden sind.

Der Plan wird jedenfalls sehr gut sein. Die Frage ist nur, ob die Boeren bei der Durchführung keine Schwierigkeiten machen werden.

Von den andern Kriegsschauplätzen verzeichnen wir die folgenden Meldungen:

Rensburg, 14. Januar. Oberst Porter unterhält ein stetiges Granatfeuer auf den Feind, der eine starke Stellung zwischen Colesberg und Slingersfontein inne hat.

Nach amtlicher Meldung hat General French am Sonnabend die fahrbare Brücke bei Colesberg mit Granaten beschossen.

Rensburg, 15. Januar. Die Boeren machten heute vormittag den Versuch, einen von einer Compagnie des Yorkshire-Regiments und Neu-Seelandtruppen besetzten Hügel zu nehmen, wurden jedoch mit dem Bajonett zurückgeworfen. Der Feind verlor 21 Tote und ungefähr 50 Verwundete.

Pretoria, 13. Januar. Amtlich wird gemeldet, das Ergebnis der gestrigen Beschießung Mafekings sei die Zerstörung des von den Boeren angegriffenen Forts gewesen. Auf seiten der Boeren sei ein Mann leicht verwundet worden.

Modder-River, 14. Januar. Die Marinegeschütze feuerten heute morgen wie gewöhnlich, doch wurde das Feuer vom Feinde nicht erwidert.

Friedensbestrebungen

sollen auf mehreren Seiten bestehen, und zwar wird gemeldet, daß man von mehreren Seiten auf den **deutschen Kaiser** einzuwirken suche, um diesen zu einer Intervention zu Gunsten des Friedens zu bestimmen. Petersburger Meldungen zufolge soll von politischen Kreisen in den Grafen Murawiew gedrungen, dem deutschen Kabinett einen direkten und dringlichen Vorschlag zu machen zu Gunsten eines gemeinschaftlichen Anerbietens der Vermittlung zwischen England und Transvaal. Die Idee werde von mehreren hervorragenden russischen Blättern angelegentlich befürwortet.

Ferner ist es aufgefallen, daß der frühere belgische Staatsminister, jetzige Kammerpräsident Beernaert am Sonntag vom deutschen Kaiser empfangen worden ist. Aus Brüssel wird gemeldet, man glaube Grund zu der Annahme zu haben, daß die Reise Beernaerts nach Berlin mit dem Wunsche König Leopolds und der Königin Wilhelmina im Zusammenhange stehe, gemeinsam auf den Kaiser behufs Vermittlung zwischen Transvaal und England einzuwirken. Beernaert war bekanntlich Vertreter der belgischen Regierung auf der Friedenskonferenz im Haag.

* *

London, 16. Januar. Wie aus Pretoria gemeldet wird, bestätigt „Volksstem" die Nachricht, wonach die Boeren beschlossen haben, die Goldminen mit einer 30prozentigen Kriegssteuer zu belegen. —

Letzte Meldungen.

Rensburg, 15. Januar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Von einem Hügel in der Nähe von Colesberg wurde beobachtet, daß die Zelte der Boeren ostwärts fortgeschafft werden und zwar geschieht dies infolge des britischen Geschützfeuers.

London, 16. Januar. Unter dem Vorsitze des Unterhausmitgliedes und früheren Vicepräsidenten des Unterhauses Courtney hat sich hier ein Komitee gebildet, das sich zur Aufgabe setzt, genaue Nachrichten über den Stand der Dinge in Südafrika zu veröffentlichen und auf die politische Wichtigkeit einer Versöhnung der englischen und holländischen Rasse in Südafrika hingewiesen, um den jetzigen Konflikt so schnell als möglich ein Ende zu machen. Zu den Mitgliedern des Komitees gehören der Afrikareisende Selous, Lord Cambridge, der frühere Minister Schaw Lefevre, Herbert Spencer und andere bekannte Persönlichkeiten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Dresden, 16. Januar. (W. H.) **Ein furchtbares Verbrechen** ist, den „Dresd. Neuest. Nachr." zufolge, in der Nacht zum Sonntag in Kaitz bei Dresden verübt worden. Die Wohnung des Schuhmachers Schneider, die seit Sonntag verschlossen war, wurde gestern nacht polizeilich geöffnet. Ein schreckenerregender Anblick bot sich den Eintretenden dar. Die Frau und das Kind des Schneider lagen tot, mit durchschnittenen Kehlen im Bett, während dieser selbst am Lampenhaken erhängt aufgefunden wurde. Man nimmt an, daß Schneider seine Frau und sein Kind ermordet und sich dann selbst erhängt hat. Ein altes, blutiges Küchenmesser, welches in der Wohnung vorgefunden wurde, läßt diese Vermutung aufkommen. Das Motiv der That soll Furcht vor Strafe wegen eines in Dresden verübten Lederdiebstahls sein.

Paris, 16. Januar. Die „Agence Havas" meldet über Hongkong: Die **Philippinos** griffen die Amerikaner in San Mateo und Paranaque bei Manila an; 146 Amerikaner, darunter ein Oberst, wurden getötet. Die amerikanischen Behörden ließen 25 angesehene Bewohner von Ilo-Ilo erschießen. Der Unwille ist allgemein; die Armee der Philippinos ist entschlossen, die Unabhängigkeit bis zum äußersten zu verteidigen.

Turin, 16. Januar. Heute nachmittag 3 Uhr 25 Min. wurden hier zwei starke Detonationen gehört; bald darauf traf die Nachricht ein, daß die **Dynamitfabrik** in Avigliana in die **Luft geflogen** sei.

Soweit bisher festgestellt, sind zehn Personen getötet und viele verwundet worden. Auch Häuser in den benachbarten Ortschaften sind infolge der Explosion beschädigt worden.

Verantwortlicher Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

128. Sitzung vom 16. Januar 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky.

Die zweite Etatsberatung wird fortgesetzt beim **Etat des Reichsamt des Innern**, Kapitel 13a

Reichs-Versicherungsamt.

Abg. **Stadthagen** (Soc.)

Ich möchte auf einen Zustand aufmerksam machen, der aus den Ergebnissen der Berechnungen der Berufsgenossenschaft hervorgeht, daß nämlich einerseits sich die **Unfälle** der **Arbeiter** fortwährend **steigern** und andrerseits ebenso der **Gewinn** der **Unternehmer** infolge dieser Unfälle sich **erhöht**, weil die Arbeiter nicht berechtigt sind im Falle einer Verletzung **vollen Schadensersatz** zu verlangen, sondern nur eine sogenannte Rente. Das Jahr 1898 allein weist auf eine Armee von 90 039 in Ausübung ihres Berufs verwundeter Arbeitet. 7984 Todesfälle sind in diesem Jahre vorgekommen. Was sind das für ungeheuerliche Zahlen, wenn wir dagegen den Gesamtverlust nehmen, den wir im französischen Kriege 1870/71 gehabt haben. Die Zahl der Getöteten betrug in diesem Kriege an Offizieren 1871, also ungefähr den sechsten Teil der 1898 im Betriebe getöteten Arbeiter. Die Gesamtzahl der 1870/71 verwundeten Mannschaften betrug 26 397, während die Zahl der 1898 im Betriebe verwundeten Arbeiter 90 039 betrug; diese Zahlen sind um so erschreckender, als wir sehen, daß von Jahr zu Jahr die Zahl der Unfälle erheblich zunimmt. Da ist es durchaus notwendig, was wir fortwährend betont haben, daß die Arbeiter das Recht erhalten mit zu helfen, mit zu raten, den Betrieb mit zu überwachen. Die Ergebnisse der Berechnungen der Berufsgenossenschaften zeigen andrerseits deutlich, daß, je höher die Zahl der verwundeten Arbeiter steigt, ebenso der Profit steigt, den das Unternehmertum dadurch hat, daß der Arbeiter nicht vollen Schadensersatz verlangen kann. Jetzt, wo wir ein einheitliches Recht auf dem Gebiete des Schadensersatzes haben, ist es möglich auszurechnen, wie viele Millionen infolge der Verkürzung des natürlichen Rechtes der Arbeiter auf vollen Schadensersatz die Unternehmer gewinnen. Ich stütze mich bei dieser Berechnung auf die vorliegenden Zahlen der Jahre 1896 bis 1898. Uebrigens muß ich vorausschicken, daß in diesen Berechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaften durchaus nicht alle Unfälle und Tötungen verzeichnet sind, die die Arbeiter bei der Ausübung ihres Berufs überhaupt erleiden, da bei weitem nicht alle Arbeiter versichert sind, sondern nur etwa 3½ Millionen. Wenn wir nun die Vorteile der Unternehmer ausrechnen wollen, so müssen wir zunächst Rücksicht nehmen darauf, daß der Arbeiter im allergünstigsten Falle nur ⅔ des Schadens ersetzt bekommt, auch bei der sogenannten Vollrente. Die Gesamtsumme der gezahlten Renten betrug 1896 ca. 50½ Millionen, im Jahre 1897 ca. 57½ Millionen und im Jahre 1898 ca. 61 Millionen. Der Gewinn, den die Unternehmer haben, deckt sich genau mit der Hälfte der eben angeführten Ziffern. Das ist der Vorteil, den das Unternehmertum hat gegenüber dem Fall, daß es sich handelt nicht um Arbeiter, sondern um andere Leute, vielleicht Zuschauer, denn diese würden nach Maßgabe des Bürgerlichen Gesetzbuches volle Entschädigung für den Schaden bekommen. Der Vorteil für die Unternehmer betrug also im Jahre 1896 ca. 20 Millionen, 1897 ca. 28 Millionen und im letzten Jahre 1898 ca. 31 Millionen.

Ein zweiter Vorteil erwächst den Unternehmern dadurch, daß sie die Entschädigungen nicht von Anfang an zu zahlen haben, sondern erst nach 13 Wochen. Jedenfalls haben sie in den ersten vier Wochen überhaupt nichts zu zahlen und bis zur 13. Woche sehr wenig. Der Vorteil, der sich hieraus ergiebt, beträgt für die Unternehmer im Jahre 1896 ca. 21 Millionen, für 1897 ca. 22 Millionen und für 1898 ca. 24 Millionen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt die Zahl derjenigen, die vor Ablauf der 13 Wochen wieder gesund werden. Berechnet man diese noch mit, so beträgt der Vorteil für die Unternehmer im Jahre 1896 ca. 43 Millionen, 1897 ca. 45 Millionen und 1898 ca. 48 Millionen.

Der dritte Vorteil der Unternehmer besteht darin, daß der Kreis der zu ernährenden Hinterbliebenen der Verunglückten ein ganz erheblich geringerer ist, als nach Maßgabe der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Die Witwen und Kinder erhalten niemals vollen Schadensersatz, sondern im Höchstfalle 20 Proz. als Vollrente. Dieser Vorteil beträgt 1896 ca. 22 Millionen, 1897 ca. 25 Millionen und 1898 ca. 28 Millionen. Im ganzen würde also für das Unternehmertum durch die Verkürzung der Schadensersatzrechte der Arbeiter herauskommen im Jahre 1896 etwa 86 Millionen, 1897 etwa 100 Millionen und 1898 etwa 108 Millionen. Man könnte allerdings einwenden, daß hierbei auch die Zahlen derjenigen Entschädigungen mit eingerechnet sind, bei denen Fahrlässigkeit oder gar Schuld der Arbeiter vorläge. Ich will darauf nicht näher eingehen, sondern nur darauf hinweisen, daß die Statistik, die sich doch auch nur auf Angaben der Berufsgenossenschaften, also der Vertreter des Unternehmertums stützt, beweist, daß ca. 25 Proz. der Unfälle auf Fahrlässigkeit der Unternehmer beruhen. Diese Zahlen legen die Frage nahe, ob es nicht dringend geboten ist, endlich diese Ausnahmezustände zu beseitigen, daß der Arbeiter gegen Unternehmer auf vollen Schadensersatz klagen kann. Es ist unbegreiflich, welcher Grund dagegen vorhanden sein soll, daß der Arbeiter dies nicht thun kann, während jeder andere, der das Glück hat, nicht Arbeiter zu sein, das Recht auf volle Entschädigung hat. Es ist dringend nötig, daß die Regierung dafür sorgt, daß dem Arbeiter das Recht eingeräumt wird, in den Betrieben, wo er sein Leben aufs Spiel setzt, das Recht zur Aufsicht hat, und das Recht, Schutzmaßregeln anzuordnen. Noch auf einen Punkt will ich hinweisen, den schon mein Kollege Molkenbuhr öfters hervorgehoben hat, nämlich auf die Thatsache, daß bei der Verhandlung über die Höhe des Schadensersatzes derjenige, der den Ersatz zu leisten hat, der **Unternehmer**, als **Richter in eigener Sache** entscheidet. Die Folge davon ist, daß das Bestreben herrscht, die **Höhe der Renten** immer mehr **herabzusetzen**. Wir müssen also verlangen, daß die Regierung, ganz unbekümmert um das Ergebnis der Beratung der neuen Unfallversicherungsgesetz-Novelle, das Verlangen der Arbeiter insofern befriedigt, als ihnen das Recht auf vollen Schadensersatz und das Aufsichtsrecht in den Betrieben eingeräumt wird. Wenn man immer von einer Macht Deutschlands nach außen hin spricht, so ist es geradezu beschämend, daß wir zugeben müssen, die Zahl derer, die in Ausübung ihres Berufes als Arbeiter verunglücken, vermehrt sich von Jahr zu Jahr. Ich bitte Sie, die Bestrebungen der Arbeiter zu unterstützen im Interesse der Arbeiter selbst, im Interesse ihrer Familie, aber nicht zum mindesten im Interesse der Gesamtheit. **Deutschland kann es unmöglich weiter, wie bisher, mit völlig verschränkten Armen mit ansehen, daß das Schlachtfeld der Arbeit in einem Jahre 7984 Tote und 90 039 Verwundete aufweist.** (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Ein Vergleich der Unglücksfälle im gewerblichen Leben mit den Todesfällen und Verwundungen im deutsch-französischen Kriege ist nicht zum erstenmale gezogen worden. Ich hatte diesen Vergleich schon einmal für bedenklich erklärt, weil die Todesfälle und Verletzungen auf so verschiedene Weise eintreten. Außerdem aber zeigt die Zusammenstellung des Herrn Vorredners, daß die Zahl unserer heutigen Arbeiter unendlich weit hinausgeht über die Zahl derer, die 1870 ins Feuer gekommen sind. Daß die Zahl der Unglücks- und Todesfälle zugenommen hat, erklärt sich anders, als der Abg. Stadthagen meint. Der gewaltige Aufschwung der Industrie hat zur Folge gehabt, daß eine große Zahl ungelernter Arbeiter, namentlich aus den landwirtschaftlichen Betrieben, zur Industrie übergegangen sind. Dazu kommt, daß, je länger das Gesetz in Kraft ist, um so mehr die Arbeiter mit ihm vertraut werden und jede Gelegenheit benutzen, um eine Entschädigung geltend zu machen. Der Herr Vorredner hat weiter erklärt, der Arbeiter befinde sich in einer Ausnahmestellung. Jeder andere könne, wenn er geschädigt wird, volle Entschädigung verlangen. Der Arbeiter müsse mit einer bestimmten Rente zufrieden sein. Dabei läßt er aber außer Acht, daß der Arbeiter umgekehrt auch in den Fällen die Rente beanspruchen kann, wo keine Schuld des Arbeitgebers nachgewiesen wird, wo vielmehr eine eigene Schuld des Arbeitnehmers vorliegt. Nach der letzten Statistik waren von den Fällen, die festgestellt waren, in 26 Fällen schuld die Arbeiter, die Arbeitgeber nur in 20 Fällen. In 8 Fällen war die Schuld geteilt. Ich meine, da ist nun gerade ein Vorzug unserer Zustände, daß der Arbeiter in jedem Falle Entschädigung bekommt, gleichviel ob er schuld hat oder unschuldig ist. Im übrigen könnten wohl solche Fragen wohl besser beim Unfallversicherungs-Gesetz vorgetragen werden. Zum Schluß noch eine Bemerkung. Wenn der Herr Vorredner bemängelt hat, daß die Rechtsprechung nach ihrer formalen Seite eine mangelhafte sei, so hat ihm die Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz nachgewiesen, daß wir eine Verbesserung auf diesem Gebiete anstreben. Ich verspreche mir, wenn unsere Vorschläge die Genehmigung des hohen Hauses finden würden, wesentliche Verbesserungen. Im übrigen versichere ich dem Abgeordneten Stadthagen, wenn seine Ausführungen den Zweck haben sollten, zu erreichen, daß die zuständigen Behörden fortgesetzt ihre Aufmerksamkeit darauf richten, die Einrichtungen zur Verhütung von Unfällen zu verbessern, ich mich mit ihm durchaus einverstanden erklären kann. Daß unsere Einrichtungen in dieser Beziehung für gut gelten, das mag sich daraus ergeben, daß ein Vertreter der englischen Gewerkvereine, der Deutschland besuchte, erklärte, daß allerdings die Einrichtungen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter in Deutschland sehr gut wären, daß sie einen Vergleich mit den Einrichtungen anderer Länder aushalten, ja als besser bezeichnet werden könnten.

Abg. **Röficke**-Dessau (wildlib.):

Ich halte es für gut, daß Einspruch erhoben wird gegen die Ausführungen des Abg. Stadthagen. Was die Entschädigung der verletzten Arbeiter betrifft, so ist heute der Unternehmer haftbar auch in allen Fällen, wo sich der Arbeiter die Verletzung durch eigne Schuld zugezogen hat. Würden die Arbeitgeber sagen, wir können nicht zu Entschädigungen gezwungen werden in Fällen, die durch die Schuld der Arbeiter eingetreten sind, so würden die Arbeiter schlecht dabei wegkommen. Nach meiner Meinung haben wir in der Arbeiterfürsorge große Schritte vorwärts gemacht, und mit der Novelle, die uns vor einigen Tagen zugegangen ist, werden wir wieder einen Schritt zu Gunsten der Arbeiter thun. Der Abgeordnete Stadthagen hat weiter auf den Umstand hingewiesen, der schon wiederholt von ihm und dem Abg. Molkenbuhr betont worden ist, daß die Zahl der Unglücksfälle fortwährend steigt. Wir bedauern alle, daß dies der Fall ist; aber immerhin giebt es eine Erklärung, die nicht auf eine Schuld der Arbeitnehmer hinweist. Die Entwicklung der Industrie hat eine große Zahl Arbeiter, leider auch ungeübte, herangezogen. Dann hat in den letzten Jahren unter den Arbeitern ein großer Wechsel stattgefunden. Und schließlich ist noch zu berücksichtigen, daß sich die arbeitenden Klassen immer mehr von dem Vorteil der Unfallversicherung überzeugt haben; ist der Unfall noch so klein, sie wissen, daß ihnen Entschädigung zu teil werden muß. So ist es zu erklären, daß die Zahlen der Unfälle so gewaltig anwachsen. Die Steigerung der Todesfälle ist lediglich hervorgerufen durch die vermehrten Todeszahlen in den Knappschafts-, Tiefbau- und Steinmetz-Berufsgenossenschaften. Die allgemeinen Schlußfolgerungen des Abg. Stadthagen sind also unzutreffend. Bei den hier in Frage kommenden Todeszahlen handelt es sich um Massenunfälle und bei diesen wieder hängt es vom Zufall ab, ob mehr oder weniger Personen verunglückten, die Unfallrente beziehen oder nicht. Zudem werden in den Listen ja auch vielfach die gleichen Personen erst eine Zeitlang als dauernd erwerbsunfähig geführt und dann, wenn sie an den Folgen des Unfalles gestorben, zu den Toten gezählt. Daß verhältnismäßig so wenig Leute als völlig erwerbsunfähig angesehen werden, liegt einmal an den Fortschritten der ärztlichen Kunst, dann kommt in Betracht, daß Leute, die für die ersten Wochen völlig erwerbsunfähig sind, sich an den Zustand gewöhnen können (Lachen links) und nicht mehr dauernd erwerbsunfähig sind. Die Unfallziffern haben nicht dauernd zugenommen, sie haben abgenommen. Herr Abg. Stadthagen hat an der Tendenz der Rechtsprechung Kritik geübt. Das hat mich gewundert, da doch früher gerade das Reichs-Versicherungsamt immer von der Socialdemokratie gelobt worden ist. Seit dem Wechsel im Präsidium des Reichs-Versicherungsamts ist die Rechtsprechung höchstens noch mehr arbeiterfreundlich geworden. Die Zahl der abgewiesenen Rekurse von Berufsgenossenschaften ist stets gewachsen. In den Fragen der Unfallverhütung haben wir große Fortschritte gemacht. Daran ist nicht die Liebenswürdigkeit der Berufsgenossenschaften schuld, sondern diese haben erkannt, daß möglichst wenig Unfälle auch ihnen nur von Vorteil sein können. Unfälle kommen auch in socialdemokratischen Betrieben vor, sie sind völlig nicht zu vermeiden. Hoffen wir, daß die neue Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz auch nach dieser Richtung hin segensreich wirken wird. Ich hoffe weiter, daß auch die Socialdemokratie trotz ihres heutigen Widerspruchs schließlich der Novelle zustimmen wird. (Beifall.)

Abg. Dr. **Böckel** (wild. Antis.):

Daß die Arbeiterversicherungsgesetze einen großen socialen Fortschritt bedeuten, ist ganz zweifellos. Woran liegt es nun, daß sich noch immer eine solche Mißstimmung gegen diese Gesetze im Volke zeigt? Das liegt vor allem daran, daß die **Gesetze** nicht in **humanem Sinne** ausgelegt werden, sondern nur nach dem genauen Wortlaut. Ich möchte wünschen, daß die Rechtsprechung in diesem Falle möglichst warmherzig ausgeübt werden möchte. Es handelt sich hier **nicht um juristische Spitzfindigkeiten, sondern um ein Werk der Menschlichkeit.** — Weiter halte ich es auch bei einem Werk der Menschlichkeit nicht für richtig, daß Berufungen, wenn sie auch ganz berechtigt sind, abgewiesen werden, nur weil der vorgeschriebene Termin verstrichen ist. Sehr wünschenswert wäre auch die Einführung einer Mindestrente.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Die Aufhebung der Berufungsfrist, wie sie der Herr Vorredner wünscht, halte ich für ganz ungangbar. Die neue Novelle enthält aber hier eine wesentliche Milderung. Daß die Entscheidungen der Berufsgenossenschaften nicht so ganz ungünstig für die Arbeiter sind, wie Herr Stadthagen meinte, geht aber daraus hervor, daß nur 1½ Proz. aller Entscheidungen derselben vom Reichs-Versicherungsamt abgeändert worden sind, davon 1 Proz. zu Gunsten der Verletzten.

Abg. **Stadthagen** (Soc.):

Gegenüber dem Herrn Abg. Röficke muß ich betonen, daß ich keinem einzelnen Unternehmer Vorwürfe gemacht habe; so lange aber der Zustand besteht, daß die Unternehmer den Arbeitern gegenüber, die durch ihre Fahrlässigkeit in den Betrieben zu Schaden gekommen sind, nicht für den vollen Schaden haften, so lange bestehen gewissermaßen **Prämien** für das **Unternehmertum** für **Außerachtlassung von Schutzmaßregeln.** — Wenn der Herr Staatssekretär mir gegenüber anführt, daß nach seinen Zahlen nur 20 Proz. aller Unfälle durch die Schuld der Unternehmer herbeigeführt sind und nicht wie ich sagte, 25 Proz., so bemerke ich, daß in meiner Zahl auch die Unfälle mitgerechnet sind, die teilweise infolge mangelhafter Einrichtungen und teilweise durch Unachtsamkeit der Arbeiter entstanden sind. Außerdem bemerke ich, daß diese Zahlen von den Berufsgenossenschaften, also den Vertretern des Unternehmertums aufgestellt sind.

Herr Röficke meinte, man könne doch nicht annehmen, daß das Reichs-Versicherungsamt, dessen Thätigkeit auch die Socialdemokratie stets volles Lob zolle, zu Ungunsten der Arbeiter entschieden habe. Ich will zugeben, daß wir in den ersten Jahren der Thätigkeit des Reichs-Versicherungsamts es allerdings mit Freuden begrüßten, daß es zweifellos in der Absicht dieses Amtes lag, daß in etwas vernünftigerer Weise als auf Grund des alten Haftpflichtgesetzes geurteilt wurde, und daß die Arbeiter nach Möglichkeit zu ihrem Recht kämen. Es ist aber nicht zu leugnen, daß die Thätigkeit des Reichs-Versicherungsamts von Jahr zu Jahr immer mehr unter dem Einfluß der Berufsgenossenschaften steht. Ich erinnere nur daran, daß z. B. jetzt Bruchschäden gewöhnlich wie als nicht vorhanden betrachtet werden. Ich wiederhole nochmals, nur die Mittel, die ich vorhin angeführt habe: **voller Schadensersatzanspruch** des verletzten Arbeiters und das **Recht** für die **Arbeiter**, selbst in den Betrieben **mitthätig** zu sein **bei Erlaß, Einrichtung und Ueberwachung von Schutzmaßregeln** — nur diese Mittel sind geeignet, der ungeheuren Steigerung der Unfälle entgegenzutreten. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**:

Ich muß dabei bleiben, daß nur 20 Proz der Unfälle durch die Unternehmer verschuldet sind. Die Art der Berechnung des Abg. Stadthagen führt uns zurück auf das alte Haftpflicht-Gesetz, das seiner Zeit so lebhaften Widerspruch hervorgerufen hat.

Abg. **Franken** (natl.):

Mit ihrer Forderung, an der Ausführung der Unfallverhütungs-Vorschriften mitzuwirken, wollen sich die socialdemokratischen Arbeiter nur zu den Herren der Betriebe machen. Ich kann Sie versichern, die Berufsgenossenschaften lassen oft viel mehr das Herz mitsprechen als den Kopf. Es giebt Arbeiter, die leichtsinnig Unfälle verschulden.

Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel wird **bewilligt**; ebenso der Rest des Ordinariums des Etats des Reichsamts des Innern debattelos und sodann die Einnahmen. (Das Extra-Ordinarium ist an die Budgetkommission überwiesen.)

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die

Konsular-Gerichtsbarkeit.

Unterstaatssekretär Frhr. **von Richthofen** hebt hervor, daß das neue Gesetz infolge des neuen Bürgerlichen Gesetzbuchs notwendig geworden sei. Die Grundsätze des neuen Rechts hätten nun auch auf die Konsular-Gerichtsbarkeit Anwendung finden müssen.

Abg. **Schrader** (freis. Vg.) beantragt die Verweisung des Gesetzentwurfs an eine Kommission.

Nach unwesentlicher Debatte wird der Gesetzentwurf **an eine Kommission von 14 Mitgliedern** verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die

Patentanwälte.

Abg. **Schrader** (frs. Vg.)

ist mit der Tendenz des Gesetzentwurfs einverstanden. Der Soliditätsnachweis sei wünschenswert im Interesse der vielen unerfahrenen Leute, die eine Erfindung gemacht oder gemacht zu haben glauben und oft gewissenlosen Patentanwälten ein willkommenes Objekt der Ausbeutung werden. Zweifelhaft sei es ihm, ob der Gesetzentwurf in allen Einzelheiten das Richtige treffe, so bei den Bestimmungen über den Befähigungsnachweis. Ueberhaupt scheine ihm von den künftigen Patentanwälten zu viel verlangt zu werden. Es frage sich, ob eine so kostspielige Vorbildung sich später durch den Beruf bezahlt mache. Die praktische Vorbildung sei die Hauptsache, besser wie Rechtskenntnisse seien Geschäftskenntnisse. Er beantrage, den Entwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen. (Beifall.)

Abg. **Möller**-Duisburg (nat.):

Ich kann mich dem Vorredner fast vollinhaltlich anschließen. Bedenken habe ich gegen den § 3, der das Reifezeugnis einer ausländischen höheren Lehranstalt ausnahmsweise zulassen will. Für die vorgeschriebenen Ehrengerichte sollte man mehr Ingenieure und Patentanwälte wählen. Auch ich meine, es kommt viel mehr auf geschäftliche und technische Tüchtigkeit an, als auf juristische Vorbildung der Patentanwälte. Für die Uebergangszeit sollte man möglichste Milde walten lassen. Dem Mißbrauchen unerfahrener Leute muß aber streng entgegengetreten werden. Alles in allem ist die Befriedigung groß, daß der Gesetzentwurf eingebracht worden ist.

Abg. Dr. **Oertel** (k.):

In dem Gesetze ist die richtige Mitte zwischen Freiheit und Zwang innegehalten worden. Unsympathisch sind mir die gehäuften Prüfungen. Bei guter Vorbildung sind sie überflüssig. Die Anforderungen des Entwurfs an den Patentanwalt sind sehr groß. Die Gegenleistung, die wir ihm bieten, ist sehr gering. Sie besteht im wesentlichen in der Erlaubnis, den Titel Patentanwalt führen zu dürfen. Es wird sich fragen, ob wir ihm nicht ein Vertretungsmonopol beim Patentamt geben könnten. Die Uebergangszeit muß anders als in der Vorlage gefaßt werden. Den Entwurf begrüße ich als Durchbrechung der schrankenlosen Gewerbefreiheit und ich wünschte nur noch, daß der Befähigungnachweis nicht nur für die Patentanwälte, sondern auch für die Handwerker eingeführt werde.

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky**:

Die Vorlage ist eine Folge der hohen Anforderungen, welche sachlich an die Patentanwälte gestellt werden müssen. Man muß von ihm verlangen, daß er auf technischem wie juristischem Gebiet allgemeine Vorkenntnisse hat. Wie soll jemand ein chemisches Patent vertreten können, ohne eine Ahnung von Chemie zu haben. Und ganz so ist es mit mechanischen Dingen. Was die Uebergangsbestimmungen betrifft, so kann ich versichern, sie sollen möglichst milde gehandhabt werden. Es ist dann die Konstruktion moniert worden, wie das ehrengerichtliche Verfahren geordnet ist. Ich halte es vorläufig für ausgeschlossen, den Patentanwälten ein Verfahren wie den Rechtsanwälten zu geben. Die Rechtsanwälte sind ein Stand mit einer fest abgeschlossenen Bildung, die Patentanwälte dagegen Personen mit ganz verschiedener Vorbildung. Die Zweifel schließlich, die der Abg. Müller angeregt hat, sind meines Erachtens durch den § 3 schon erledigt.

Abg. **Müller**-Meiningen (frs. Vp.)

führt aus, seine Partei stehe im wesentlichen auf dem Boden der Regierungsvorlage; sie wünsche eine vollkommen unabhängige Stellung des Patentanwalts. Seine politischen Freunde würden für Kommissionsberatung stimmen.

Abg. **Stadthagen** (Soc):

Dem Antrage, diesen Gesetzentwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen, kann ich ja nicht widersprechen; im übrigen bin ich weder mit dem Inhalt der Vorlage, noch mit den einzelnen Ausführungen der Vorredner einverstanden. Der Patentanwaltstand, der hier geschaffen werden soll, wird ein neues Privilegium für die Wohlhabenden sein zum Nachteil der Arbeiter. Meiner Ansicht nach sollte das Patentamt solche Richter in seiner Mitte haben, die mit den Erfindern selbst verkehren können. Durch die Ernennung von Patentanwälten wird ein weiterer Schritt gethan, um die Kluft zwischen denen, die zu entscheiden haben, und den Erfindern beträchtlich zu vergrößern. Wozu sollen wir wieder eine Klasse schaffen, die privilegiert ist durch Bildung und Besitz? Wollen wir Examina einführen, dann müssen es doch solche sein für Erfinder! (Heiterkeit.) Aus welchem Grunde auf einmal der Jurist, der Techniker befähigt sein soll, dem Patentamt darzulegen, was der Erfinder will, ist mir unverständlich. Das ist eine Art Armutszeugnis für die Behörden, daß **sie nicht direkt vertreten können, sondern Leute brauchen, die eins**

besondere Sprache ihnen gegenüber sprechen, weil sie die Sprache des einfachen Mannes nicht verstehen. Auch durch diesen Gesetzentwurf können wir nicht verhindern, daß der Erfinder sich unzuverlässiger oder unkenntnisreicher Elemente bedient. Es soll ja lediglich die Vertretung vor dem Patentamt examinell approbiert werden. Wenn man meint, daß durch diese Examen ein Hinweis gegeben wird für die Erfinder, so rechnet die Regierung nicht mit dem Mißtrauen, das gerade solchen approbierten Leuten gegenüber besteht, und das ist berechtigt, wenn die Patentanwälte auf Grund der Bestimmungen zugelassen werden sollen, die hier vorhanden sind. Es ist hier darauf aufmerksam gemacht worden, daß nur Leute zugelassen werden sollen gegen die nichts vorliegt. Das ist aber ein sehr unklarer Ausdruck. Wir kennen die Maßregelung von Aerzten, Anwälten wegen ihres politischen Verhaltens und wir wollen nicht wieder einer Verwaltungsbehörde die Befugnis geben, die politische Gesinnung der Patentanwälte, ihre Charakterfestigkeit und ihre Tüchtigkeit für ein unwürdiges Verhalten erachten zu können. Das heißt nichts anderes, als die Machtbefugnisse der politischen Behörden, denn es sind Behörden, die von politischen Behörden abhängig sind, zu erweitern und auch in dieses Gebiet Streitigkeiten hineinzutragen. Ich hoffe, es wird in der Kommission gelingen, einen Gesetzentwurf zu stande zu bringen, der den durch die Großindustrie arg ausgebeuteten armen Erfindern die Möglichkeit giebt, sich an einer behördlichen Stelle Rat zu holen, zu der sie Vertrauen haben. Einen neuen besonders examinierten privilegierten Stand für Privilegierte aus den höheren Klassen wollen wir nicht. In diesem Sinne werden wir in der Kommission thätig sein. (Bravo bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky**:

Was der Vorredner will, ist unausführbar. Der arme Erfinder hat gar nicht einen Patentanwalt nötig, wenn er sich für fähig hält, sein Patent selbst zu vertreten. Wenn der Vorredner verlangt, daß im Patentamt Beamte gratis Rat erteilen sollen, das wäre gerade so, als wenn man bei den Gerichten die Rechtsanwälte abschaffte und den Parteien Rat erteilte. (Abg. Stadthagen: Das sollte man auch!) Das ist unausführbar. Ich nehme an, daß sich der Vorredner nie mit dieser Frage beschäftigt hat, sonst würde er wissen, daß oft die ganze Kraft eines einzelnen Mannes dazu gehört, ein Patent zu vertreten und durchzufechten. Wie soll das so nebenbei ein Beamter des Patentamts machen. Es hat uns selbstverständlich ganz fern gelegen, hier politische Motive maßgebend sein zu lassen und etwa Leute wegen politischer Gründe auszuschließen. Es sind so schwere Mißstände hervorgetreten, daß eine Ordnung der Materie im Stande selbst notwendig war. Das ist der einzige Grund der Vorlage.

Abg. Dr. **Zwick** (frs. Vp.)

ist mit der Vorlage im großen und ganzen einverstanden. Es gehe aber nicht an, die jetzt als Hilfsarbeiter der Patentanwälte fungierenden Ingenieure, Juristen 2c. brotlos zu machen. Deshalb müsse man in den Uebergangsbestimmungen so milde als möglich sein.

Abg. **Kirsch** (C.) glaubt nicht, daß die Rede des Abg. Stadthagen ernsthaft zu nehmen sei. Die Aenderung des Gesetzentwurfs sei durchaus billigenswert. Einzelne Unklarheiten und Schwierigkeiten werde die Kommissionsberatung beseitigen.

Die Diskussion ist hiermit erschöpft.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Etat des Reichsjustizamts. Kleinere Etats.)

Schluß 5¾ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 16. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. v. Miquel, Dr. Studt, Brefeld, Thielen, Schönstedt.

Das Haus tritt in die

Erste Beratung des Etats.

Abg. Dr. **Sattler** (natl.):

(auf der Tribüne schwer verständlich, da er vom Platz aus spricht und der Tribüne den Rücken zuwendet): 85 Millionen Mark Ueberschüsse im abgelaufenen Jahre, ebenso viel im laufenden, ein Zuwachs am Nationalvermögen, um 4½ Milliarden allein bei den Vermögen von mehr als 6000 M., das ist ein glänzendes Bild. Und in der That, wir befinden uns noch immer im wirtschaftlichen Aufschwung. Freilich nicht die gesamte Industrie; aber ein großer Teil derselben kann auf günstige Ergebnisse zurückblicken. Die Landwirtschaft dagegen befindet sich noch immer in der Notlage. Der Etat selbst zeigt ein so günstiges Bild, wie wir es wohl noch nicht erlebt haben. Das Bild könnte aber noch wesentlich günstiger sein, wenn nicht die Eisenbahn-Ueberschüsse diesmal in außerordentlich vorsichtiger Weise veranschlagt worden wären. Ebenso sind eine große Anzahl von Bauten, die sonst aus Anleihen gedeckt zu werden pflegten, aus laufenden Mitteln gedeckt, so der Hafen von Emden und die Flußkorrektionsarbeiten in Schlesien. So erfreulich das ist, den Grundsätzen, die wir sonst bei der Aufstellung unserer Etats verfolgt haben, entspricht es nicht. Weiter sind die Erträge der direkten Steuern so niedrig veranschlagt, daß man schon heute sagen kann, das neue Etatsjahr muß mit einem hohen Ueberschuß abschließen. Auch die Ueberschüsse aus der Forst- und Bergverwaltung sind viel niedriger angesetzt, als den Thatsachen entspricht. Alles in allem ist die Aufstellung des Etats so vorsichtig vorgenommen, daß wir, auch wenn er um 100 Millionen schlechter veranschlagt wäre, einer Anleihe nicht bedürfen würden. Es hätten also getrost höhere Summen für kulturelle Zwecke eingestellt werden können. So halten meine Freunde den Dispositionsfonds für die Landwirtschaft noch lange nicht in genügender Höhe für eingestellt. (Sehr richtig! rechts.) Wir wollen der Landwirtschaft in ihrer schwierigen Lage so weit wie irgend möglich entgegenkommen. (Beifall rechts.) Ferner bedauern wir, daß man im Justizetat nicht an eine Ermäßigung der hohen Gerichtskosten herangetreten ist. Bei der glänzenden Lage des Etats wäre das jetzt leicht durchführbar gewesen. Ebenso wäre jetzt der richtige Zeitpunkt gewesen, um die Eisenbahn-Ueberschüsse nicht mehr in den allgemeinen Staatssäckel fließen zu lassen, sondern sie zur Ausgestaltung der Verkehrsverhältnisse zu verwenden. Redner bemängelt noch eine Reihe weiterer Einzelheiten, die aber im Zusammenhange unverständlich bleiben; man kann nur entnehmen, daß sie sich auf den Domänenetat, auf die Förderung des Deutschtums im Osten und auf die Rentengüter-Gesetzgebung beziehen. Es sei ja nicht zu verkennen, daß der Finanzminister sehr schwere Jahre habe durchmachen müssen, ehe es ihm gelungen ist, soweit Ordnung in die Etats der einzelnen Ressorts zu bringen. Aber er dürfe nun nicht bloß an die Vergangenheit, er müsse auch an die Zukunft denken. Da sei es besonders zu bedauern, daß er in seiner Etatsrede die beiden großen Aufgaben, welche der preußischen und der deutschen Nation für die nächste Zeit gestellt sind, garnicht erwähnte, nämlich die Kanalvorlage und die Flottenvorlage. (Beifall.) Es sei ja nicht zum wenigsten sein Verdienst, daß man im Reiche wie in Preußen an diese Aufgaben herantreten könne. Hoffentlich gelinge es hier im Landtage diesmal, die Kanalvorlage zur Annahme zu bringen. (Beifall.) Abg. v. Köller habe freilich auch neulich gegen dieselbe gesprochen, er habe aber dabei zugestanden, daß er selbst nicht einsehen könne, inwiefern der Mittelland-Kanal der Landwirtschaft des Ostens schaden könne. Wo seien denn dann die Gründe der Kanalgegner auf der Rechten. (Sehr gut! links.) Auch außerhalb des Rahmens des Etats sei das dem Landtage angekündigte Material dürftiger, als man erwartet habe. Neu sei eigentlich nur das Gesetz über die Zwangserziehung verwahrloster Kinder. Die Sekundärbahn-Vorlage werde hoffentlich recht reichlich dotiert werden, da ja bekanntlich in der vorigen Session keine solche Vorlage gebracht worden sei. Die neue Steuer auf die Warenhäuser werde hoffentlich auch auf diejenigen für Offiziere und Beamte ausgedehnt werden; was dem einen recht sei, sei dem andern billig. — Die angekündigte Kommunalreform berücksichtige hoffentlich die Wünsche des Landes, wie sie im vorigen Jahre bei der damaligen Vorlage zum Ausdruck gebracht worden seien. Bei der Kanalvorlage möchte er nicht die ganze Summe der von der Regierung als berechtigt anerkannten Kompensationen in das Gesetz aufgenommen wissen, denn dadurch würde man die Annahme desselben nur erschweren. Meinen Freunden liegt aber daran, daß die Vorlage diesmal zur Annahme gelangt und daß es damit der Regierung gelingt, diese Session zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Wenn das im vorigen Jahre nicht der Fall gewesen ist, so hat das vor allem an der Art der Vertretung seitens der Staatsregierung gelegen. (Sehr richtig! links.) Wenn die Regierung nicht diesmal ein ähnliches negatives Ergebnis haben will, muß sie ihre ganze Kraft einsetzen, damit wird sie dem Lande den besten Dienst erweisen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **v. Strombeck** (C.):

Der Vorredner hat bereits darauf hingewiesen, daß der Etat wieder außerordentlich vorsichtig veranschlagt ist. Das war auch bei den früheren Etats bereits der Fall, daher die Ueberschüsse und die reichliche Schuldentilgung. Wir sind zwar auch für Schuldentilgung, aber es giebt doch auch kulturelle Aufgaben, die nicht darunter leiden dürfen. So ist noch immer keine Regelung des Gerichtskostenwesens erfolgt, und doch ist sie durchaus notwendig, da große Härten zu mildern sind. Leider aber erfüllt die Regierung trotz der günstigen Finanzlage die Wünsche der Volksvertretung in dieser Hinsicht nicht. Beständig weist sie auf die Kosten dieser Reform hin. — Die Notlage der Landwirtschaft ist zu unserem Bedauern noch immer die gleiche. (Zustimmung rechts.) Der Osten und der Westen werden von der Regierung nicht gleichmäßig behandelt. Bei der Erhöhung des Dispositionsfonds ist nur die ostelbische Landwirtschaft berücksichtigt worden. Die westliche Landwirtschaft geht leer aus. Die Grundsteuer wird von den ärmeren Landwirten besonders drückend empfunden. Vielfach wurde Klage darüber geführt, daß der Bau von Kleinbahnen sich verzögert, weil der Staat sagt: die Bahn baue ich selbst. Dadurch wird der Bahnbau häufig um 4, 5 Jahre verzögert und die Beteiligten haben den Schaden davon. Unsere Wünsche auf paritätische Behandlung der katholischen Bevölkerung sind noch immer nicht erfüllt. In der Rüstkammer des Staates befinden sich immer noch die Waffen, die vor zwei Jahrzehnten sehr scharf gegen uns gebraucht worden sind. Behält man diese Waffen noch immer, so heißt das doch, daß man sie bei Gelegenheit gegen uns benutzen will. Darin liegt ein verletzendes Mißtrauen gegen die katholische Bevölkerung. Im Interesse des innern Friedens sollte die Regierung diese Waffen von sich werfen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Graf **v. Limburg-Stirum** (kons.):

Ich freue mich, daß die Nationalliberalen die fortdauernde Notlage der Landwirtschaft anerkennen. Früher thaten sie es nicht. Daß der Notstand fortdauert, ergiebt sich aus dem ständigen Rückgang der Erträge der Domänen. An dem allgemeinen Aufschwunge hat die Landwirtschaft keinen Anteil. Die Absicht, Domänen in angemessener Weise zu verkaufen und dafür andre Domänen und Forsten anzukaufen, können wir nur billigen. Doch verlangen wir noch genauere Auskunft darüber. Mit den dürftigen Mitteilungen lassen wir uns nicht abspeisen, die der Etat darüber enthält. Große Vorsicht in der Abschätzung der Einnahmen, die in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs sehr hoch sind, kann nicht oft genug gepredigt werden. So erscheint mir das Mehr bei der Einkommensteuer mit 14 Millionen Mark zu hoch veranschlagt. Bei der Bergwerks- und Salinenverwaltung habe ich darauf hinzuweisen, daß der Kohlenmangel im Inlande zum Teil auf die mit dem Auslande abgeschlossenen Kohlenlieferungsverträge der Gruben zurückzuführen ist. Unsere Kohlen kommen ins Ausland, und wir müssen englische Kohlen beziehen. Weiter empfehle ich der Eisenbahnverwaltung große Sparsamkeit in den Ausgaben und große Vorsicht in der Abschätzung der Einnahmen. Das ewige Drängen hier im Hause auf Tarifherabsetzungen ist eine höchst verwerfliche Sache. Höchstens kann von einigen kleinen Ermäßigungen die Rede sein. Gegen die Einschließung andrer bundesstaatlicher Eisenbahnen ins preußische Eisenbahnnetz erklären wir uns mit aller Entschiedenheit. Meine politischen Freunde wollen von einer Reichseisenbahn nichts wissen. Bei dem Ankauf des Akademiegrundstücks für den Neubau der königlichen Bibliothek kann auch ich den Wunsch nach größerer Sparsamkeit nur unterstützen. Die Trennung der Kesselrevision von der Fabrikinspektion ist durchaus kein neuer Gedanke. Er ist schon häufig erörtert worden. Ich weise heute nur darauf hin, daß dem Staat dadurch ein Einnahmeausfall erwachsen wird. — Für den Dortmund-Ems-Kanal sind wir bereit, die verlangten Ausgaben zu bewilligen. Doch sollte man sich vorher über die Natur des Kanals, die notwendigen Ausbesserungen und die Schwierigkeiten der Arbeit klar werden. Im landwirtschaftlichen Etat stehen eine Reihe Positionen, die durchaus nicht für die Landwirtschaft ausschließlich bestimmt sind, sondern im Interesse der gesamten Bevölkerung liegen, z. B. die Flußregulierungen. (Beifall rechts.) Seit Jahren fordern wir den Erlaß eines Volksschulgesetzes, um den unerträglichen Zuständen auf dem Gebiete des Volksschulwesens ein Ende zu nehmen. (Sehr richtig! rechts.) Beim Kultusetat werden wir weiter darüber reden. Zu Klagen hat heute nur die Landwirtschaft Anlaß; wenn ihr nicht vom Staate geholfen wird, muß sie zu Grunde gehn. (Sehr richtig! rechts.) Die **Finanzlage** beurteile ich nicht so günstig, wie Abg. Sattler. (Sehr richtig! rechts.) Ich halte sie **für sehr unsicher.** Kommt der wirtschaftliche Niedergang, so fällt das glänzende Gebäude zusammen. Die Vorschläge des Herrn Sattler kann ich nicht acceptieren, da sie alle darauf hinauslaufen, dauernde Ausgaben auf vorübergehende Einnahmen zu stellen. Wir sollten einen Ausgleichsfonds schaffen, aus dem in schlechten Jahren das Deficit gedeckt werden kann. Alle Versuche einer festen Abgrenzung unserer Finanzen von denen des Reiches sind bisher ebenso mißlungen, wie die Schaffung eines solchen Fonds. Aeußerste Sparsamkeit ist dringend geboten. Die Finanzpolitik des Herrn Sattler aber würde zu einer kolossalen Erhöhung der direkten Steuern führen. (Bravo! rechts.)

Finanzminister **v. Miquel**:

Der Herr Abg. Sattler hat von dem Reichseisenbahn-Gedanken gesprochen. Ich **halte diesen Gedanken** für einen frommen Wunsch, der noch lange frommer Wunsch bleiben wird. Den Etat hat Herr Dr. Sattler so aufgefaßt, daß man gegen das, was darin steht, nichts einwenden kann, daß aber manches nicht darin steht, was er darin zu sehen wünscht. Wenn man alle diese Wünsche berücksichtigen wollte, würde man auf sehr große Schwierigkeiten stoßen. Herr Dr. Sattler hat jene Wünsche wieder einmal in Erinnerung gebracht, und damit ist es gut. (Heiterkeit.) An der Schuldentilgung habe ich auch in Jahren, wo wir ein Deficit hatten, festgehalten, weil ich der Ansicht bin, daß es sehr schwer ist, eine solche Position wieder einzuführen, wenn man sie einmal aufgegeben hat. Redner verbreitet sich über die Domänenverkäufe und verteidigt die von ihm dabei eingeschlagene Methode. Von einer Verschleuderung darf keine Rede sein. Daß die Kosten für die Medizinalreform noch nicht im Etat eingestellt sind, liegt an der Schwierigkeit der Materie, die drei Ministerien berührt. Daß das Extra-Ordinarium so hoch bemessen ist, liegt darin, daß eine Reihe von Ausgaben eingestellt ist, die zweifellos in Zukunft kommen müssen, aber ganz gut noch eine Reihe von Jahren hätten zurückgestellt werden können. Wenn sie doch schon heute eingestellt worden sind, so geschah es zur Entlastung der Zukunft, falls wirtschaftliche Rückschläge kommen sollten. Die Erfahrung zeigt uns die regelmäßige Wiederkehr solcher Rückschläge, und wir wären sehr leichtsinnige Leute, wenn wir diese Lehre nicht beachten wollten. Die Zukunft wird einer Regierung dankbar sein, die zeitig Vorsorge getroffen hat. Wenn sich ein Finanzminister bloß populär machen wollte, müßte er allerdings anders verfahren. Für die Landwirtschaft sind höhere Beträge verlangt. Aber dieser Etat enthält über eine Million mehr für diesen Zweck, als der vorjährige. Ich gebe zu, daß für Meliorationen noch viel zu thun ist. Der Herr Abgeordnete Sattler hat bedauert, daß ich in meiner Etatsrede nicht zum Schluß versichert habe, daß wir sehr gut in der Lage sind, gleichzeitig die Flotte zu vermehren und den Kanal zu bauen. Die Notwendigkeit einer Flottenvermehrung in diesem hohen Hause zu beweisen, erschien mir überflüssig. (Sehr richtig!) Aus meinen Ausführungen über die allgemeine Finanzlage ergeben sich die Schlüsse auf die Möglichkeit der gleichzeitigen Erledigung beider Aufgaben von selbst. Schlüsse, die sich von selbst ergeben, sind überzeugender, wenn sie der Betreffende, der sie ziehen soll, selbst zieht, als wenn sie die andre Seite unnötigerweise ausspricht. (Heiterkeit links.) Doch erkläre ich gern: ich bin mit dem Herrn Abg. Sattler ganz einverstanden, wir können das Erforderliche ohne Gefährdung unserer Finanzen gleichzeitig leisten. Diesen Schluß konnte jeder schon aus meiner ersten Rede ziehen, den brauchte ich nicht selber ausdrücklich zu ziehen. (Heiterkeit links.) Ueber den Kanal sprechen wir ausführlich bei der Kanalvorlage; der kann bei dieser Generaldebatte nicht ausführlich erörtert werden.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (fk.):

Ein Finanzminister, der nach dem finanzpolitischen Programm wirtschaften wollte, wie es uns Herr Dr. Sattler vorschlug, würde mit Recht ein Minister gegen die preußischen Finanzen genannt werden. (Zustimmung rechts. Oho! bei den Nationalliberalen.) In der schwungvollen Hamburger Rede, deren besondere Hervorhebung durch den Abg. Sattler zu eigentümlichen Gedanken Anlaß geben kann, ist mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß unsre gesamte nationale Produktion, also auch die Landwirtschaft geschützt werden muß. An der Politik der Sammlung muß festgehalten werden. Unsere günstigen Finanzen sind das Verdienst unseres Finanzministers und seiner großen Finanzreform. Abg. Sattler meinte, im Etat seien 100 Millionen Reserven enthalten; ich glaube, diese Schätzung greift noch zu niedrig. Deshalb brauchen wir keine Besorgnis wegen der Aufbringung der Kosten für die Flottenvermehrung zu hegen. Die Notwendigkeit der Flottenvermehrung scheint jetzt von allen Seiten anerkannt zu werden. Nannte doch der Abg. Richter jüngst unsere Flotte erbärmlich, . . . (Heiterkeit rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident **v. Kröcher**: Ich habe Herrn Richter nicht so verstanden. Hätte er unsre Flotte erbärmlich genannt, so wäre ich mit den schärfsten Mitteln eingeschritten. Seine Worte bezogen sich auf die noch nicht gebauten, zukünftigen Schiffe, auf die Flottenvorlage.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (fortfahrend): Wenn also schon der Abg. Richter ein solches Urteil fällt, müssen bei uns alle Bedenken schwinden. (Lachen links.)

Abg. **Richter** (frs. Vp.):

Ich habe die Worte des Herrn Abg. v. Köller über den „erbärmlichen Kanal" citiert und bedingungsweise hinzugefügt: Was würden Sie dazu sagen, wenn wir von einer erbärmlichen Flotte sprechen wollten. (Sehr richtig! links.) Freiherr v. Zedlitz hat den Sinn meiner Worte vollständig verkehrt. Er hat ein lautes Loblied auf die Verdienste des Herrn v. Miquel gesungen. Ich will dem nur hinzufügen, daß Herr v. Miquel in der Besetzung des Postens eines Seehandlungs-Präsidenten keine glückliche Hand bewiesen hat. (Lebhafte Heiterkeit links. Auf rechts: Pfui!) Ich halte die gesamte Finanzpolitik des Herrn v. Miquel **für verkehrt.** Seine Politik der Sammlung soll ja dazu führen, **die Zölle auf die notwendigen Lebensmittel zu erhöhen.** Der Herr Finanzminister bedauerte es, daß wir jetzt prozentual nicht mehr so viel Schulden tilgen, wie zu Anfang des Jahrhunderts. Aber die Schulden jener Zeit waren Kriegsschulden, die so rasch wie möglich getilgt werden mußten; die heutigen sind durch Ankauf von Eisenbahnen entstanden und stellen werbendes Staatsvermögen dar. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen heute 11½ M. mehr an Vermögen aus werbenden Mitteln als an Staatsschulden, während früher die Staatsschulden pro Kopf 1 M. mehr ausmachten, als das werbende Staatsvermögen. Das ist gewiß eine Aenderung. Aber dem Herrn Finanzminister liegt der Hinweis auf die preußische Finanzpolitik zu Beginn des 19. Jahrhunderts deshalb so nahe, weil er eine automatische Regelung der Finanzen, wie sie damals war, anstrebt. Er geht in seiner Vorliebe für diese automatische Regelung so weit, daß er sie für das Reich einführen will. Leider ist das Centrum diesen Wünschen des Finanzministers schon zu weit entgegen gekommen, indem es den Anfang einer solchen automatischen Regelung gemacht hat. Eine völlige Trennung der Finanzen Preußens von denen des Reichs würde auch ich für ein großes Unglück halten. In Wirklichkeit ist die preußische Finanzlage glänzend; es hat eine Vermehrung des wirklichen Vermögens stattgefunden, sei es durch Schuldentilgung, sei es auf andrem Wege, während es im Reiche grade umgekehrt ist. Doch davon wollte Herr v. Miquel im Reichstage nichts wissen. Er war ja dort auch nur erschienen, um uns Mut zu neuen Flottenausgaben zu machen. Hier im Abgeordnetenhause warnt er vor Ansprüchen an die Staatskasse. In der Darstellung des Finanzministers nimmt die Finanzlage ein ganz anderes Gesicht an, je nachdem es sich um das Reich oder Preußen, je nachdem es sich um **Wehr**zwecke oder um **Lehr**zwecke und andere **Kultur**aufgaben handelt. (Sehr richtig! links.)

Nun zu den Einzelheiten. Die Erhöhung des sogen. Polenfonds bedaure ich. Manche Ausgaben daraus scheinen direkt das Licht zu scheuen. Ueberrascht hat auch die Forderung von 11 Millionen für die Erwerbung des Akademiegebäudes, die die Krone erhalten soll. Höchstens könnte aus Billigkeitsgründen eine Entschädigung an das Hausministerium gezahlt werden. So freigebig der Minister nach oben gewesen ist, so karg war er nach unten. (Sehr richtig! links.) Der Finanzminister hat dem Eisenbahnminister die verlangten Eisenbahnsekretärstellen gestrichen, und im Reiche hat er, der Vater aller Hindernisse (Große Heiterkeit), Herrn v. Podbielski die Vermehrung der Postassistentenstellen verwehrt. Wer könnte es denn auch sonst gewesen sein? (Große Heiterkeit.) Unsere Forderung, wie im Reiche so auch in Preußen die Teuerungszulagen von den Funktions-Zulagen für Beamte zu trennen, ist nicht erfüllt worden. Wir dürfen hierauf nicht verzichten. Die Wohnungsmieten sind gestiegen und die Teuerungszulagen müssen deshalb wesentlich erhöht werden. Der Minister rühmt sich der Millionen, die er für Erhöhung der Beamtengehälter nach dem neuen Besoldungsplan hergegeben hat, aber das Geld verteilt sich auf viele, und die höheren Beamten haben auch davon erhalten. (Sehr richtig! links.) Zwei neue Herren haben wir unter den Ministern. Ich bin natürlich weit davon entfernt, ihnen Vertrauen entgegenzubringen (Heiterkeit), möchte sie aber doch um Beseitigung der Härten beim Schulkasten-Gesetz bitten. Bei dem wieder angekündigten Kommunal-Wahlgesetz wird es vor allen Dingen darauf ankommen, eine Neueinteilung der Wahlkreise durchzusetzen. Nun zum **Kanal!** Herr v. Miquel meinte zwar, darüber brauche jetzt nicht gesprochen zu werden. Aber warum denn nicht? (Heiterkeit.) Wer ein reines Gewissen hat, kann es ruhig thun. (Große Heiterkeit.) Redner bekämpft die Bedenken, die gegen den Kanalbau erhoben worden sind. Ich trete hier als freiwilliger Regierungskommissar auf (Heiterkeit), aber ich gestehe, die Rolle fällt mir schwer. (Große Heiterkeit.) Die Interpellation über die Beamtenmaßregelungen hat zu der Anregung geführt, in einer Resolution die Meinung des Hauses über die Rechte der Volksvertretung auszudrücken. Nun, die Herren auf der Rechten sind ja die nächsten zu einem solchen Antrage. Den gemaßregelten Landräten gönne ich die Beförderungen, mit denen sie jetzt bedacht werden. Als unpolitische Beamte werden sie ja dem Kanal nicht mehr schaden (Heiterkeit), wenn ihre Beförderung auch wohl nicht als Entschädigung für unschuldig Verurteilte anzusehen ist. (Große Heiterkeit.) Die Stelle in der Freitagrede des Herrn von Miquel, worin er von Ministern spricht, die mit bestimmten Maßregeln nicht ganz einverstanden sind, ist von der

„Deutschen Tageszeitung" — es giebt ja solche böse Menschen — dahin ausgelegt worden, daß Herr v. Miquel gegen die Maßregelung war. Bei den Agrariern gilt eben Fürst zu Hohenlohe als der Verführer, als der Mann mit der großen Energie. (Stürmische Heiterkeit.) Im Reichstage bekämpfen die Konservativen den Fürsten Hohenlohe als den schwachen Mann. Hier aber gilt er ihnen als starker Mann. Er ist doch aber derselbe Mann hier wie dort und hat nichts im Widerspruch zu seinen Kollegen gethan. Selbst an der Aufhebung des Verbindungsverbots für Vereine ist sogar Herr von Miquel beteiligt. (Große Heiterkeit.) Wie steht es denn jetzt mit Ihrem (nach rechts) Suchen nach dem starken Mann? Haben Sie das Suchen etwa aufgegeben nach dem famosen Entschuldigungsbrief für den Reichskanzler in der „Nordd. Allgem. Ztg." am Neujahrstage? Oder bedürfen Sie des starken Mannes nicht mehr, nachdem die Socialdemokratie an bestimmter Stelle nicht mehr als hochverräterische Rotte, nicht wert den Namen deutsch zu tragen", sondern als eine „vorübergehende Erscheinung" gilt, die sich austoben muß. (Große Heiterkeit.)

Im Reichstage hat ein Führer der Konservativen, der in diesem Hause einen hohen Platz einnimmt, von diesem „starken Manne" keine besondre Intelligenz verlangt, wohl aber einen starken Willen und Nerven bis zum äußersten, **bis zur Beschreitung des Schafotts.** Sein Kollege von Köller aber erklärt hier im Abgeordnetenhause, er halte es für ausgeschlossen, daß ein preußisches Ministerium die Wege Straffords und Polignacs gehen könne, also Wege, die zum Schafott führen. Wie erklärt sich dieser Zwiespalt in dem Qualifikationsverlangen? (Heiterkeit.) Oder meinen die Konservativen, der starke Mann sitze schon im Ministerium? Man hat herumgeraten. Ein Märker muß es sein, denn die sind zu besonderen Dingen berufen. (Heiterkeit.) So hat man schließlich auf Herrn v. Podbielski geraten. (Große Heiterkeit.) Aber das sind schließlich Interna der Konservativen. Herr Dr. Sattler ist als künftiger Finanzminister bezeichnet worden. Ich glaube das nicht. In Preußen sind die Konservativen die regierende Partei. Das wird nicht eher besser werden, als bis **das Bürgertum selbstbewußter und steifnackiger geworden ist.** Aus den Maßregelungen der Landwirte hat man hoffentlich gelernt, daß kleinliche und gehässige Verfolgungen einer Partei nur das Gegenteil bewirken. (Lebhafter Beifall links.)

Staatsminister **v. Miquel:**

Herr Richter wundert sich über die Auffassung der „Deutschen Tagesztg.". Ich wundere mich, daß er sich nicht wundert über die groben Unwahrheiten und Erfindungen über meine Stellung zu den Beamtenmaßregelungen, die in der „Freis. Ztg." gestanden haben. (Bravo! und Unruhe.) Redner verteidigt seine Finanzpolitik gegen die Angriffe Richters und weist darauf hin, daß das in den Eisenbahnen angelegte werbende Staatsvermögen an sich unsichere Chancen habe, die die Schuldentilgung rechtfertigen. Herr Richter habe auch einige kleine Bedenken gegen den Kanal geäußert. Wenn er (Miquel) diese Rede gehalten hätte, würde morgen in der „Freisinnigen Zeitung" stehen: Seht, Miquel hat wieder gegen den Kanal gesprochen. (Große Heiterkeit.)

Die Weiterberatung wird hierauf auf Mittwoch 2 Uhr vertagt. Schluß 4¼ Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr abends statt.

R. B. 1000. Die Nachwahl nach Hasenclevers Tod fand statt am 30. August 1888. Liebknecht erhielt 26 067 Stimmen; Holtz, Kartellkandidat 3849; Knörcke, Freisinnig 7496 und Dr. Förster, Antisemit 4331. —

A. M. 100. Der Verein für Feuerbestattung befindet sich in Berlin C., Breitestr. 5.

P. L. 1881. 1. Sie können sich freiwillig melden, so lange Sie nicht zum Musterungstermin herangezogen worden sind. 2. Die Meldung geschieht bei dem Civilvorsitzenden der Ersatzkommission des Aufenthaltsortes.

M. H., Potsdam. In der Sonntagsnummer erledigt.

L. H. Brauer. Vielleicht können Sie veranlassen, daß die Betroffenen sich selber an uns wenden.

H. G., B. 22 und andere. Namensänderung des unehelichen Kindes. Erster Fall. Verheiratet sich die Mutter mit einem andern als dem Vater seines Kindes, so giebt das Bürgerliche Gesetzbuch dem Stiefvater das Recht, dem Kinde seinen Namen beizulegen. Es ist dazu die Zustimmung der Mutter und des Kindes (beziehentlich seines Vertreters) in notariell oder gerichtlich beglaubigter Form erforderlich, aber auch ausreichend. Hierdurch ist für viele Fälle die Möglichkeit gegeben, das Kind in seiner ersten Jugend vor Sticheleien wegen seines Namens zu bewahren. Zweiter Fall. Der Vater heiratet die Mutter seines Kindes. Dann erlangt sein Kind durch diese Eheschließung die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes. Die Anerkennung des Kindes bedarf keiner bestimmten Form. Indes ist es zweckmäßig, die Unterschrift bereits vor der Heirat zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll zu erklären. Dritter Fall. Will oder kann der Vater die Mutter nicht heiraten, so kann er bei der Verwaltungsbehörde die Ehelichkeitserklärung seines Kindes beantragen. Erforderlich ist sein gerichtliches oder notarielles Anerkenntnis seines Kindes, die Einwilligung des Kindes, und wenn dasselbe noch nicht 21 Jahre alt ist, die Einwilligung seiner Mutter. Ist der Vater selbst verheiratet, so bedarf er auch der Einwilligung seiner Ehefrau. Verweigert die Mutter des Kindes ihre Einwilligung, so kann diese auf Antrag des Kindes durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden, wenn das Unterbleiben der Ehelichkeitserklärung dem Kinde zum unverhältnismäßigen Nachteil gereichen würde. Die Behörde ist leider befugt, solchen Antrag auf Ehelichkeitserklärung abzulehnen. Genehmigt sie ihr, so erhält das uneheliche Kind seinem Vater gegenüber die Rechte eines ehelichen. Vierter Fall. Wer keine ehelichen Kinder hat, kann einen anderen durch einen gerichtlichen oder notariellen Vertrag an Kindesstatt annehmen (adoptieren). Solcher Vertrag bedarf der Bestätigung des Amtsgerichts. Ist der Adoptierende verheiratet, so ist die Zustimmung seines Ehegatten erforderlich. Erforderlich ist auch bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres des zu Adoptierenden die Zustimmung der Eltern, falls das Kind ein eheliches, und der Mutter, falls das Kind ein uneheliches ist. Der an Kindesstatt Annehmende (Adoptivvater oder Adoptivmutter) muß mindestens 50 Jahre alt sein.

B. B. 1900. Lohnklassen bei der Invalidenversicherung. Welche von den fünf Arten Beitragsmarken zu 14, 20, 24, 30, 36 Pf. zu verwenden ist, richtet sich nach der Höhe des Jahres-Arbeitsverdienstes des Arbeiters. Zu kleben ist: Für Lohnklasse I bei einem Jahres-Arbeitsverdienst bis 350 M. eine 14 Pf.-Marke, für Lohnklasse II bei einem Jahres-Arbeitsverdienst von mehr als 350—550 M. eine 20 Pf.-Marke, für Lohnklasse III bei einem Jahres-Arbeitsverdienst von mehr als 550—850 M. eine 24 Pf.-Marke, für Lohnklasse IV bei einem Jahres-Arbeitsverdienst von mehr als 850—1150 M. eine 30 Pf.-Marke, für Lohnklasse V bei einem Jahres-Arbeitsverdienst von mehr als 1150 M. eine 36 Pf.-Marke. Es kommt der wirkliche Jahres-Arbeitsverdienst nur dann in Betracht, wenn im voraus für Wochen, Monate, Vierteljahre oder Jahre eine feste bare Vergütung vereinbart und diese höher ist als der nach im Gesetz festgelegten Regeln maßgebende Durchschnittsbetrag, der als Jahres-Arbeitsverdienst erachtet ist. Der Durchschnittsbetrag ist für Mitglieder von Zwangskassen der 300fache Betrag des Tagelohns, der nach dem Kassenstatut für die Berechnung des Krankengeldes zu Grunde gelegt ist. Für Landarbeiter setzt die höhere Verwaltungsbehörde einen Durchschnittsbetrag als Jahres-Arbeitsverdienst fest, wenn die Landarbeiter seiner Zwangskasse angehören, für Seeleute ist der für die Unfallberechnung festgesetzte Jahres-Arbeitsverdienst, für Knappschaftsmitglieder der 300fache des von dem Kassenvorstand festzusetzenden, durchschnittlichen, täglichen Arbeitsverdienstes maßgebend, wenn dieser den ortsüblichen Tagelohn überschreitet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 17. Januar.

Opernhaus. König Drosselbart. Rotbold. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Verschwörung des Fiesco zu Genua. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Der Probekandidat. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Der Tugendhof. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Das Erbe. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. In Behandlung. Anfang 8 Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Der Zigeunerbaron. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Arme Reiche. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Carl Weiß. Kinder der Hölle. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Venus von der Markthalle. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Im weißen Röß'l oder: Als ich wiederkam . . . Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Gastspiel des Schlesischen Bauern-Theaters. Almenrausch und Edelweiß. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Leute von heute. Specialitäten-Vorstellung. Anf. 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Dr. Wegner: „Durch Ceylon und Indien".

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr: **In Behandlung.** Komödie in 3 Akten von Max Dreyer.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Freudvoll und leidvoll.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Das Käthchen von Heilbronn.**

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440. Dresdenerstr. 72/73.
Täglich: **Noch nie dagewesener Possen-Lacherfolg! Zum 25. Male: Im Himmelhof.**
Thomas, Thielscher, Helmerding, Junkermann, Paulmüller, Margarete Arosep, Ada Milani, Valerie Schäffer. Anfang 7½ Uhr.

Apollo-Theater.
Sensationeller Erfolg! **Im Reiche des Indra.**
Anfang 8½ Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater, sowie im „Invalidendank" und „Künstlerdank".

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr: **Dr. Georg Wegener: Durch Ceylon und Indien.**
Invalidenstr. 57/62: Tägl. **Sternwarte.**
Nachmittags 5—10 Uhr.

Passage-Panopticum.
Der amerikanische Haar-Athlet **Sascha** hebt mit den Haaren bis 300 Kilo
Théâtre variété 7—10½ Uhr.
Anatomisches Museum Dienstags für Damen.

CASTANS PANOPTICUM
Neu! Neu! Neu!
Cecil Rhodes
Chamberlain
Ohm Krüger
General Joubert
Boerensoldaten.
Cindarella.
Drei Märchengruppen.

Cirkus Schumann.
Heute Mittwoch, den 17. Januar, abends präcise 7½ Uhr: **Extra-Vorstellung.**
Ganz exquisites Programm.
Neu! Mlle. Zephora, Travail sansselle. Neu! Mr. Orlando, Reitkünstler.
Neu! Neu! Neu!
Die ersten tauchenden und schwimmenden Edelbirsche in Deutschland. Der phänomenale Sprung aus einer Höhe von 50 Fuß.
Die 12 Akimotos
Jeden Abend neues gewechseltes Programm.
Japan in Berlin. Die Araber.
Aus dem Reiche des Mikado! Die anerkannt unerreicht dastehenden Dressuren des Direktors Alb. Schumann.
Das glänzendste Ritterschaustück
Schwarz und Weiß
mit sämtlichen Einlagen.

Cirkus Busch.
Heute Mittwoch, den 16. Januar 1900, abends 7½ Uhr: **Elite-Gala-Abend.**
Zum 69. male: **Die Camorra. Die blaue Grotte auf Capri. Die Matweef-Troupe.**
Mr. **Rivalli,** der **Feuerprinz.** Freiheitsdress. von 16 edlen Hengsten.

American-Theater.
Dresdenerstr. 96. Dir.: Emil Schnadt.
Berliner Roulotte oder: **Direktor Striese auf Reisen.**
1. Auftreten: 2½ Meter **Riese Wilkins** 2½ Meter
Anfang 8 Uhr. Vorzugsbillets gültig.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstraße 132.
Nur noch 3 Aufführungen!
Kinder der Hölle.
Anfang 8 Uhr. — Vorzugsbilletts haben Gültigkeit. Im Tunnel von 7 Uhr an **Frei-Konzert.** — Morgen: Dieselbe Vorstellung. — Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: **Das Märchen vom falschen Prinzen.** Kleine Preise. — Sonnabend 8 Uhr: **Leonore,** Schausp.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Nur noch 3 Vorstellungen!
Die Geisha.
Anfang 7½ Uhr.
Donnerstag, 18. Januar: **Damen-Souvenir-Abend.** Zum 400. Male: **Die Geisha.**
Sonnabend, den 20. Januar, zum erstenmal: **Die kleine Excellenz.** Operette in 3 Akt. von Rich. Heuberger.
Sonntag, nachm. 3 Uhr zu halben Preisen: **Boccaccio.**

Metropol-Theater
Behrenstrasse 55/57.
Neue Debüts! Neue Debüts!
Liane de Vries.
Littke Carlsen. Rapoli.
Carmen Rosario.
The Glives. Pauline d'Argent
sowie das vollständig neue **Januar-Programm.**
Um 9 Uhr 30 Minuten die Sensations-Novität
Die verkehrte Welt
mit der reizenden Truppen-Revue.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, an Sonn- und Festtagen 7½ Uhr.

Sonnabend, 20. Januar Zweiter grosser Metropol-Maskenball.
Alles Nähere besagen die Plakate an den Säulen.

Schweizer Garten
Am Königstthor. Am Friedrichshain.
Jeden Sonntag: Ball.
Sonnabend im Februar frei.
Wochentage zu Privatfestlichkeiten.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Mittwoch: Parochialverein.
Donnerstag: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger**
Nach der Soiree: **Tanzkränzchen.**
Zur gefl. Beachtung! Der vielen Vereinsfestlichkeiten wegen finden Vorstellungen von jetzt an nur Sonntags, Montags, Dienstags u. Donnerstags statt; dagegen bleiben Mittwoch, Freitag und Sonnabend zu Festlichkeiten reserviert.

W. Noacks Theater,
Brunnenstraße 16.
Heute Mittwoch, den 17. Januar: **Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.**
Morgen Donnerstag: **Der Boerenkrieg.**

Palast-Theater
früher **Feen-Palast,** Burgstr. 22.
Neu! Neu! Neu!
Cirkus Etardo Ustero!
Niagara-Trio, Kunstradfahrer auf dem 80 Fuß hohen Drahtseil. Felicitas-Truppe, Akrobaten. Latouré, Miniatur-Lachgeister. Bendix, Osadasan, Wardini, Voss, Gebr. Wichmann, Dill usw.
Um 8½ Uhr: Großer Lacherfolg! Das humorvolle Berliner Lebensbild
Leute von heute.
Klebig, Bäckermeister: Dir. W. Fröbel.
Kassenöffn. 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr. Entree 50 Pf. Vorverk. von 11—1 Uhr. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung Tanzkränzchen. Besucher der Vorstellung: Frei-Tanz.

Reichshallen.
Täglich: **Stettiner Sänger.**
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Vorverkauf 40 Pf.

Grossartig. Programm.

ZAHNSCHMERZ hohler Zähne beseitigt sofort Kropp's Zahnwatte (20% Carvacrolwatte) in plomb. Flasche à 50 Pf. zu haben in allen Drogerien. Nimm keine Nachahmungen! KROPP'S HILFT SICHER!

Stoff-Reste
passend zu seinen **Massanzügen** Prima Qualität. 25% Preisermässigung. Folgedessen liefere für 25—45, hochfeine Anzüge nach Maß. Wer selbst Stoff hat, fertige Anzug mit guten Zuthaten **für 20 Mk.**
Ludwig Engel, 80/11
Brunnenstr. 66.

Für 36 Mark
fertige feine **Winter-Paletots** nach Maß, für **30 Mark** hochfeine Anzüge nach Maß, für **8—12 Mark** feine **Hosen** nach Maß. 3469L*
Riesen-Stofflager.
Kronenstr. 14, I, kein Laden.

Maskengarderobe
von **Adolf Runge,**
Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075, empfiehlt den Vereinen seine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage. Großes Lager von Karneval-Anzügen.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Beinkleider 2c. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Schnegelsbergs Festsäle, Hasenheide 21, Jahnstrasse 8.
Inhaber: **Max Schindler.** — Telephon: Amt IV Nr. 1132
Heute: **Großer Ball,** verbunden mit Schlangen- und Apfelsinen-Regen und diversen Ueberraschungen.
Nächsten Sonntag: **Plünderung des Riesen-Weihnachtsbaums,** als Specialität: **Pfannkuchen-Regen.**
Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.
Empfehle den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken 2c. meine Säle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. 3382*

Löst **Frühstücks-Suppen Gemüse- und Kraftsuppen Bouillon-Kapseln Suppen-Würze** **MAGGI** ermöglichen jedermann zu jeder Zeit eine gute sparsame Küche. Zu haben bei **Gustav Bethge,** NW., Stromstr. 39.

van Houtens Cacao
½ Kilo genügt für 100 Tassen
Ein Versuch überzeugt, dass Van Houtens Cacao für den täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist. Er ist nahrhaft, nervenstärkend, wohlschmeckend, leicht verdaulich und stets schnell bereitet. Van Houtens Cacao wird nur in den bekannten Blechbüchsen, niemals lose verkauft, da bei lose ausgewogenem Cacao nichts für die gute Qualität bürgt.

Was ist Sparsamkeit!
in der Wirtschaft, wo kein **Carola-Kaffee** verwendet wird, denn 1 Theelöffel Carola-Kaffee genügt, um sich 2 Tassen vorzüglichen gesundheitlich zuträglichen Kaffees herzustellen. Halb Bohnen- und halb Carola-Kaffee liefert in Stärke und Geschmack ein **ausgezeichnetes Getränk,** trotz dieser Vorzüge kostet ½ Pfund Carola-Kaffee nur **30 Pfg.** Ueberall zu haben. [2634L*

3435L* **Hans Kayser** Görlitzer Bahnhof, Platz 6. Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Knabenanzüge u. **Paletots, Mädchenkleider** u. **-Mäntel** preisw. 3435L* | O. Hoffmann, Veteranenstr. 14.

Falbe, 44. Elsasserstr. 44. Behandlung aller Haut- u. Harnleiden ohne Berufsstörung. Sprechst. 9 morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9—3. Bei Vorzeigung der Verbandskarten 10 Proz. 3454L*

Dr. Simmel Moritzplatz, Haus u. Aschinger 2 Treppen rechts. Specialarzt f. Haut- u. Harnleiden. 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.*

Nur 4 Mark
Reste, sehr groß, zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster, 7—10 Mark. Für 10 Mark f. Cheviot-, auch Kammgarnreste, Paletotreste, Hosenreste, so lange der Vorrat reicht **im Riesenstofflager 14 Kronen-Straße 14, 1 Tr.** Kein Laden. 3469L*

Künstliche Zähne. 3 M. an, vorzüglich, setzt schmerzl. ein. Plombieren, schmerzl. Zahnziehen, Zahnschm. bei. Rep. sof. **Goldstein,** Oranienstr. 123.

Dr. med. Schaper, homöop. Arzt, Specialarzt für **Haut- u. Harnleiden** Frauen-Krankheiten. Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7, Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7—8: Friedrichstrasse 114, I.

Teilzahlung monatlich 10 M. liefert elegante Herrengarderobe n. Maß, Tomporowski, Schneidermstr., Neanderstr. 16, II, an der Annenstr. (Auch bar Kasse billigste Preise.) *

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist im Erscheinen begriffen
Stadthagens Arbeiterrecht u. Führer durch das Bürgerl. Gesetzbuch
In Lieferungen à 20 Pf. durch alle Kolporteure zu beziehen. – Werkstattkolporteure können einen ansehnlichen Nebenverdienst erzielen.

Socialdemokratischer Verein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Am Freitag, den 19. Januar 1900, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Zühlke, Dennewitzstraße 13:

Gr. öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Robert Schmidt** über: „Der deutsche Handel im letzten Jahrzehnt". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. — Gäste (Herren) haben Zutritt.
Der Vorstand.

☞ Vom Weihnachtsvergnügen sind noch die Gewinne Nr. 777 und 244 beim Vorsitzenden W. Ruische, Steinmetzstraße 39, abzuholen. Protokolle werden nur noch bis 1. Februar ausgegeben. 238/2

Socialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 18. Januar, abends 8½ Uhr, im Lokal Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße Nr. 11–12:

☞ General-Versammlung ☜

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Theodor Metzner** über: „Gleiches Recht für alle." 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren. 4. Vereinsangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet 245/1
Der Vorstand.

Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.

Am Freitag, den 19. Januar, nachmittags 5½ Uhr, im Lokal des Kollegen **Wernau**, Schwedterstraße 23/24:

General-Versammlung

Tagesordnung:
1. Vortrag des Rechtsanwalts **Victor Fraenkl** über: „Miete und Mietsrecht". 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Vereinsangelegenheiten. 69/2
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand. J. A.: Ferdinand Ewald.

Droschkenkutscher.

Am Mittwoch, den 17. Januar 1900, abends 9 Uhr, im Lokal der Norddeutschen Brauerei, Chausseestr. 58:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. **Die Arbeitsniederlegung bei dem Fuhrherrn Finger in der Gerichtstraße und deren Folgen.** 3. Die Ankündigung des Zurückziehens der Vergünstigung des Wagenwaschenlassens beim Fuhrherrn **Durst**, Am Nordhafen. 52/1
☞ Die Kollegen werden ersucht, recht rege für den Besuch dieser Versammlung zu agitieren, denn es gilt in derselben, über zwei wichtige Fragen Beschluß zu fassen. **Das Agitations-Komitee.**

Marmor- und Granitarbeiter.

Donnerstag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten", Alexanderstraße 27c:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vierteljahresbericht. 2. Bericht der Schiedskommission über den Streik bei Knorr. 3. Regelung der Unterstützungsfrage. 4. Verschiedenes. [172/1
Um zahlreichen Besuch ersucht **Der Vertrauensmann.**

Achtung! MAURER. Achtung!

(Vertrauensmänner-Centralisation.)

Mittwoch, den 17. Januar 1900, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29:

Oeffentliche Maurer-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht der Lohnkommission. 2. Bericht der Delegierten von der Konferenz der Maurer Deutschlands. 3. Gewerkschaftliches. 131/2
Die Lohnkommission. J. A.: **Fritz Kater.**

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Am Sonnabend, den 20. Januar 1900, in Stecherts Festsälen, Andreasstraße 21:

Grosser Wiener Maskenball

Billets à 50 Pf. sind bei folgenden Komiteemitgliedern zu haben: A. Jänicke, Rixdorf, Reuterstr. 24, Hof 4 Tr.; H. Perge, Rüdersdorferstraße 48, Quergeb. 2 Tr.; G. Bohne, Brunnenstr. 141, H. 2 Tr.; Frau Kohlhardt, Alexandrinenstr. 41, H. 1 Tr.; E. Kornetzki, Fürstenwalderstraße 11, p. 3 Tr.; P. Kubirke, Prenzlauer Allee 204, H. 4 Tr.; F. Braun, Bartelstr. 13, 2 Tr.; Joerg, Große Frankfurterstr. 15, pt.; Kowalczick, Bernauerstr. 79; W. Mohs, Am Oberbaum 2, 1 Tr. sowie in allen bekannten Billetstellen und in unseren Sonntags-Vorträgen. 1696b
Anfang 8½ Uhr. **Das Komitee.**

Achtung, Buchbinder!

Central-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder (E. H.) Verwaltungsstelle Berlin.

Sonnabend, den 20. Januar 1900, in den Gesamträumen von Cohns Festsälen, Beuthstraße 19:

Gr. Wiener Masken-Ball.

Um 12 Uhr: **Demaskierung.** Um 1 Uhr: **Kaffeepause.**
Polonaise mit Ueberraschungen.

☞ Da der Ueberschuß zum Besten kranker ausgesteuerter Mitglieder bestimmt ist, so ist zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen in Anbetracht des guten Zweckes erwünscht. – **Eintrittskarten a 50 Pf.** sind im **Verbandsbureau, Annenstraße 50,** sowie bei den Komiteemitgliedern zu haben. Anfang 8 Uhr. – Abendkasse findet **nicht** statt. 23/4
Das Komitee. J. A.: Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66.

NB. **Die Zahlstellen der Kasse sind an diesem Abend geschlossen.**

Konzerthaus Sanssouci

Kottbuserstrasse 4a.
Am Sonnabend, den 20. Januar 1900:

Gr. Wiener Masken-Ball

der
Berliner Gürtler u. Bronzeure.

Um 12 Uhr vor der Demaskierung:
Prämiierung der 2 elegantesten Damen- u. 2 elegantesten Herrenmasken.
Anfang 9 Uhr. [1823b] **Das Komitee.**

Danksagung. 1831b
Allen Freunden und Bekannten, sowie dem Gesangverein „Eichenkranz" sagen wir unseren herzlichsten Dank für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung unseres unvergeßlichen Sohnes **Franz.** Familie Quilitz.

Danksagung.

Für die zahlreiche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres so jäh dahingeschiedenen Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des Hausdieners

Carl Weiher

sagen wir hiermit allen unseren herzlichen Dank.
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Danksagung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, die an der Beerdigung meines lieben Mannes teilnahmen, sagen unseren herzlichsten Dank.
1819b Witwe **Selge** u. Kindern.

Orts-Krankenkasse der Steindrucker und Lithographen.

Berichtigung. Im gestrigen Inserat muß es heißen: Dienstag, den 23. Januar cr., abends 7½ Uhr Wahl von **182** Vertretern ꝛc. Der Wahlakt beginnt um **8** Uhr und wird um **11** Uhr geschlossen.
M. Stuhlmann,
1825b] Vorsitzender.

Natur-Heilverfahren.

Haut-, Harn- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit., heilt sicher ohne Berufsstörung. [3444b*
R. Wagner, Wallstraße 23. 9-2,5-9, St. 9-2

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Maurer **Otto Wolff** im Alter von 52 Jahren nach längerem Leiden sanft entschlafen ist. 1820b
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. Januar, nachm. 3 Uhr, von der Halle des Neuen Jakobi-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.
Die Angehörigen.

Central-Verband der Maurer Deutschlands

Filiale Berlin II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges treues Mitglied, der Maurer

Otto Wolf

im Alter von 52 Jahren plötzlich verstorben ist. – Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. Januar, nachmittags auf dem Neuen Jakobi-Kirchhof in der Hermannstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
136/6 **Der Vorstand.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler ꝛc.

Ortsverwaltung Berlin B.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied 181/2

Gottlieb Jachmann

am 8. Januar verstorben ist.
Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter.

Ortsverwaltung Berlin B.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied 181/1

Friedrich Manke

am 14. Januar cr. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am 17. Jan., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobi-Kirchhofes aus statt. – Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

General-Versammlung
der **Liepnerschen Kranken- u. Sterbekasse No. 23** am **Mittwoch, den 24. Januar,** abends 8 Uhr, im Saale des **Schützenhauses,** Lintenstraße 5.
Tages-Ordnung: Kassenschreiber-Wahl. – Blau Buch legitimiert.
86/10 **Der Vorstand.**

Frauen-Vortrag

morgen, Donnerstag, abends 8½ Uhr, in den „Konkordia-Sälen", Andreasstr. 64, spricht **Frau Grundmann,** prakt. Naturheilkundige über

Unterleibs-Leiden.

Der Vortrag wird an Lichtbildern erklärt. Für 20 Pf. Eintritt 1 Broschüre.
Berliner Verein für Naturheilverfahren.
Geschäftsstelle im **Kurbad Köpenickerstraße 72.** Nähe der Brückenstraße. Sprechst. 11–2, 6–8. Sonntags 11–12. [3560a

Tuch-Reste

die in unserer Fabrik täglich entstehen, geben, um damit zu räumen, spottbillig ab. Muster davon sofort franco.

Lehmann & Assmy
Tuchfabrik, Spremberg L.

Einzige Tuchfabrik Deutschlands, die ihre Fabrikate direkt an Privatleute versendet. 140/1*

Schneidermeister, welche gern bereit sind, Anzüge anzufertigen, ohne dass der Stoff von denselben entnommen wird, weisen an jedem grösseren Platze nach.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Destillation, gut gehend, Mitte der Stadt, ist wegen Krankheit sofort zu verkaufen. Näheres Gottfried Schulz, Admiralstraße 40, Cigarrenladen. 1784b

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1106b

Möbel, bar und Teilzahlung, billigst. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königsbergerstraße. 287R*

Nußbaummöbel, moderne, elegante, Stube, Küche 225 bis 500 Mark, auch einzelne spottbillig. (Kein Laden) Gartenstraße 32A I, links. [†76*

Vorjährige elegante Herrenpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25–40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Fahrradhändler kaufen sämtliche Zubehör- und Rohteile, sowie Gestelle, gespannte Räder sehr vorteilhaft. Fahrradartikel en gros, jetzt Luckauerstraße 3, Offenberg. 1/2*

Fahrräder. Teilzahlung, mäßige Anzahlung. Lager, vierhundert Fahrräder, Garantie, liefern direkt Privaten. Imperial-Fahrradwerke, Diefenbachstraße 33. [22 R*

Kanarienhähne verkauft Groß, Rückertstraße 12, Charlottenburg. [†87*

Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung. Postkarte. Lindner, Bernauerstraße 75. 1793*

Teppiche mit Farbenfehlern, Engroslager Große Frankfurterstraße 9, parterre. †117*

Reelles Gemüse-, Materialwaren- und Kohlengeschäft preiswert verkäuflich Adalbertstraße 24. †79*

Grünkram-Geschäft, Rolle, Feuerung krankheitshalber billig verkäuflich Rüdersdorferstraße 51. †117

Damenbüsten zur Schneiderei billig. Hilb, Weinbergsweg 13b.

Nähmaschinen, beste Fabrikate, ohne Anzahlung. Postkarte. Fechner, Hussitenstraße 26. †63*

Baustellen, Ruthe 12 Mark, an der Hauptstraße von Birkenwerder nach Bergfelde gelegen, verkauft Blohfeld, Hussitenstraße 21.

Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik. Neuer Abendkursus. Jackson, Alte Jakobstraße 24.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Putzger, Steglitzerstraße 65. [1717b

Masken für Damen und Herren verleiht billig Henke, Dennewitzstraße 1.

Lexica, Bücher jeder Wissenschaft, königliche Pfandscheine, Waren jeder Art, Cigarren, Garderobe fabelhaft hohe Beleihung. Ankauf Grünberg, Rosenthalerstraße 11/12. 80/9*

Augustabad. Köpnickerstraße 60 Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 308R*

Vereinszimmer empfiehlt Lier, Alte Jakobstraße 119. [288K*

Vereinszimmer Simeonstraße 23 Flick. [1R*

Vereinszimmer mit Piano Quandt, Belle-Alliancestraße 74 a. 3K*

Freunden und Bekannten sei mein Ausschank von Weiß- und Bayrisch-Bier empfohlen. Aug. Günther, Frankfurter Allee 16. †90*

Uhren repariert Wilhelm Flade, Uhrmacher, Putbuserstraße 45, II.

Künstliche Zähne 1 Mark. Ganze Ober- und Untergebisse 20 Mark. Teilzahlung. Heinemann, Pallisadenstraße 46. [1828b

Platina, Gold, Bruchgold, Silber, Kupfer, Messing, Zinn, Blei ꝛc., kauft Broh, Wrangelstraße 4. [1826b

Vermietungen.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herren Skalitzerstraße 29, vorn II, Tschitschmann. †104

Möbliert, separat, zwei Herren, 10 Mark, vermietet Howe, Oranienstraße 24, vorn IV. 1803b

Schlafstelle Dresdnerstraße 38 Biercute. 3/2

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Dirigent für Freitag sucht Arbeiter-Gesangverein. Meldung Freitag 9½ Uhr abends bei Höhlke, Oranienstraße 109. †104

Tüchtige Fardigmacher verlangt E. Beer, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 73. [†143

Packer verlangt Schultze, Oranienstraße 185. [1830b

Tüchtige Schwarzdruck-Graveure finden dauernd lohnende Beschäftigung bei R. Auerbach, Grünauerstraße 17. 1822b

Kräftige Träger, 21–24 Mark Lohn für Müllgeschäft sofort gesucht. Röhrecke, Brücken-Allee 31. [1824b

Knopfloch-Maschinen-Näherinnen, Automat, mit Kraftbetrieb, auch zum Lernen, sucht Gromm, Hochmeisterstraße 6, Laden. [†122*

Aufwärterin ohne Anhang verlangt sofort Rigaerstraße 23, Laden.

Arbeiterin auf schwarze Schürzen verlangt Herrchen, Höchststraße 16.

Näherinnen auf Priesenhemden und Spitzenfassung verlangt Genzmer, Oppelnerstraße 48, Hof parterre. [†104

Tüchtige Arbeiterinnen auf Mädchenjacken verlangt Steinitz, Königsbergerstraße 19, II. [†116*

Jackett-Arbeiterinnen verlangt Riewe, Rauenerstraße 21, und Müllerstraße 7a III bei Kramer. 1697b*

Waschhemdblusen. Tüchtige Arbeiterinnen auf Waschhemdblusen, die bei saubersten Ausführung Posten liefern können, finden dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Meldungen unter Vorlage von Probearbeit bei Orgler u. Fidelmann, Kurstraße 47/48 III. 1751b

Blusen. Tüchtige Arbeiterinnen auf bessere konfektionierte Blusen, die bei saubersten Ausführung Posten liefern können, finden dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Meldungen unter Vorlage von Probearbeit bei Orgler u. Fidelmann, Kurstraße 47/48 III. 1750b

Jackett-Arbeiterin, gefleppte und leicht verschnittene Sachen, verlangt Blach, Grüner Weg 12, II. 1779b

Arbeiterin auf Herrenstoff-Hosen sofort Zamory, Langestraße 8. [1806b

Plätterinnen auf geschweifte Umlegekragen und Steckkragen im und außerm Hause. Max Treppe, Schönhauser-Allee 167 a, Fabrikgebäude IV.

Zum Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Farbigmacher u. Versilberer sucht die **Goldleistenfabrik** [100/5
A. Rechtenbach, Stendal.

Tüchtige Manometerbauer, die selbständig auf Plattenfeder- und Bierdruck-Manometer, sowie auch alle Reparaturen gearbeitet haben, finden dauernde gute Stellung. 100/4
Rob. Lange, Leipzig-Reudnitz, Feldstr. 4.

Klempnermeister, tüchtiger, zur Leitung einer größern Werkstatt für Acetylenwerke sofort gesucht. Adressen sub K. 1 an die Exp. d. Bl.

Achtung! Drechsler!
In den Modeisterwarenfabriken von **Habilt u. Comp.,** Elisabeth-Ufer 29, **Goldschmidt u. Comp.,** Ritterstr. 40, **Naffel u. Fleischer,** Brigerstr. 7, haben sämtliche Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten.
Die Ortsverwaltung.

Möbelpolierer!
Seit dem 4. Dezember sind die Kollegen bei **Laborenz,** Rixdorf, Kniesebeckstraße, im Ausstand. Zuzug fernzuhalten bittet 145/5
Der Vorstand des Verbandes.

Verantwortlicher Redacteur: Paul Hohn in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Kommunales.

Auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 18. Januar d. J. sind u. a. folgende Gegenstände gestellt: Vorlagen, betreffend den speciellen Entwurf zum Neubau einer Gemeinde-Doppelschule und eines Straßenreinigungs-Depots auf dem Terrain der ehemaligen Wasserwerke an der Stralauer Allee, die speciellen Entwürfe zum Neubau je einer Gemeinde-Doppelschule in der Rigaerstraße und in der Waldenserstr. 25/26, sowie einer Gemeindeschule in der Waldemarstraße 77 und einer Unterkunftshalle im Friedrichshain, die Wahl der Stadtvv. Eismann, Kyllmann, Herbig, Jacobi, George und Resenow zu Kommunal-Landtags-Abgeordneten bezw. Stellvertretern, die Ferien der höheren Lehranstalten im Jahre 1900, die Enteignung der zur Freilegung der Rohstraße erforderlichen Teile der Grundstücke Rohstraße 11, 12a und 12, die architektonische Ausgestaltung der Spreebrücke im Zuge der Straße „Sigmundshof" — und den Abschluß eines Betriebs-Umwandelungs-Vertrages mit der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn. — Berichterstattung des Ausschusses für Rechnungssachen über die Jahresabschlüsse für das Etatsjahr 1898, betreffend die Stadt-Hauptkasse, die städtischen Wasserwerke, die Haupt-Stiftungskasse, die Verwaltung des Hafens Am Urban und über den Abschluß des Lagerbuchs der Stadtgemeinde für das Etatsjahr 1898. — Berichterstattung über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Herabsetzung des Preises für das Leuchtgas und die Einführung von Gasautomaten. Vorlagen, betreffend das Bauprogramm und den Vorentwurf zum Neubau einer dritten Irrenanstalt zu Buch, das Dankschreiben des k. u. k. östreichischen Botschafters von Szögyenyi-Marich für die von der Stadt Berlin für die Ueberschwemmten in den k. k. Kronlanden bewilligten Hilfsgelder, betreffend die Einsetzung einer Deputation für die städtische Blindenpflege und die gewerbliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder.

Der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Neuwahl des zweiten Bürgermeisters ist wie folgt zusammengesetzt: Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langerhans, Vorsitzender, Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreter Michelet, stellvertretender Vorsitzender, ferner die Stadtverordneten Cassel, Peter, Jacobi, Kyllmann, Ladewig, Meyer, Perls, Rast, Rosenow, Hugo Sachs II, Dr. Schwalbe, Singer, Tollsdorf.

Die ständigen Ausschüsse der Stadtverordneten-Versammlung werden nach den Vorschlägen des betreffenden Ausschusses für das laufende Jahr folgendermaßen zusammengesetzt sein: I. Ausschuß für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten: Wilhelm Gericke (I.), Jordan, Louis Sachs (I.), Ullstein, Dr. Ginsberg, Herzfeld, Jacobi, Kluth, Bamberg, Maas, Mertens, Perls, Schmeitzer, Max Schulz (I.), Tollsdorf. II. Ausschuß zur Begutachtung der Vorlagen wegen Anstellung bezw. Pensionierung von besoldeten Gemeindebeamten und Lehrern: Meyer, Butzke, Dr. Gerstenberg, Kalisch, Iden, Dinse, Dr. Ruge, Dr. Schwalbe, Singer, Solf. III. Ausschuß für Petitionen: Reichnow, Cassel, Bruns, Dr. Friedemann, Friedländer, Emil Gebricke (II.), Heimann, Eckard, Hauer, Rentel, Mertens, Momsen, Plischke, Dr. Preuß, Hugo Sachs (II.). IV. Ausschuß für Rechnungssachen: Friderici, Reichnow, Ali, Borgmann, Drenske, Friedländer, Karl Goldschmidt (I.), Homann, Körte, Liebenow, Lüben, Meißner, Raaz, Reimann, Wienstruck, Wolff, Dr. Glatzel, Gelpke, Koblenzer, Lange. V. Ausschuß zur Vorprüfung der Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen: Meyer, Cassel, Dr. Hermes, Kreitling, Michelet, Dr. Reimann, Hugo Sachs (II.), Spinola, Marggraff, Stadthagen.

Lokales.

Der socialdemokratische Wahlverein für den fünften Reichstags-Wahlkreis hält Donnerstagabend 8½ Uhr im „Rosenthaler Hof", Rosenthalerstr. 11/12, seine Generalversammlung ab, in der Genosse Th. Metzner über „Gleiches Recht für alle" spricht. Außerdem wird vom Vorstand ꝛc. Bericht erstattet.

Die Polizeiverordnung über die gewerbliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder, die am 1. Februar cr. in Kraft treten wird, setzt als Altersgrenze nach unten hin die Vollendung des 9. Lebensjahres fest, während die Stadtverordneten-Versammlung ein Verbot der Kinderarbeit bis zur Vollendung des 10. Lebensjahres empfohlen hatte. Der Magistrat bringt jetzt den Wortlaut der Polizeiverordnung zur Kenntnis der Stadtverordneten-Versammlung. Aus der betreffenden Vorlage geht hervor, daß der Magistrat dem Polizeipräsidium unter Mitteilung des Wunsches der Stadtverordneten erklärt hat, auch er werde der Annahme des 10. Lebensjahres als Altersgrenze zustimmen, wenn das Polizeipräsidium diesen Termin für geeigneter halten sollte. Der Magistrat hat sich also nachträglich auf den Standpunkt gestellt, den die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung mit ihrem Beschluß vom 7. Dezember 1899 eingenommen hat; denn anfänglich wollte er bekanntlich in der Beschränkung der Kinderarbeit weniger weit gehen. Zwar würde die Verordnung auch in der von der Stadtverordneten-Versammlung empfohlenen Fassung ziemlich wirkungslos bleiben, aber es verdient immerhin Anerkennung, daß der Magistrat sich einer gewissen Belehrung zugänglich gezeigt hat. Der Polizeipräsident freilich hat trotzdem an seinem früheren Standpunkt festgehalten. Warum das? Wessen Interesse mag wohl für die die Wünsche der städtischen Behörden nicht berücksichtigende Entscheidung des Polizeipräsidiums ausschlaggebend gewesen sein?

Einen ganz besonderen Platz unter den Veranstaltungen der Berliner Arbeiterschaft nehmen die Stiftungsfeste der Arbeiter-Bildungsschule (Neue Roßstraße 3) ein. Schon seit neun Jahren benutzt die Schule diese Gelegenheit, ihren Mitgliedern und Freunden wirklich Gediegenes zu bieten.

Das diesjährige Stiftungsfest, welches am Sonnabend, den 20. Januar d. J., im Böhmischen Brauhaus stattfindet, verspricht nach dem uns vorliegenden Programm einen künstlerischen Genuß ersten Ranges. Das Neue Berliner Sinfonie-Orchester unter Leitung seines als Komponist bekannten Dirigenten Franz v. Blon, sowie die Vortragsmeisterin Frau Alma Rinckleben-Nachtigal (Deklamation) teilen sich in die Ausführung des sorgfältig zusammengestellten Programms; dasselbe bringt neben Kompositionen von Wagner, Schumann, Rossini und Thomas als Hauptnummer Beethovens herrliche Pastorale Sinfonie, sowie Gedichte von Freiligrath, Fontane, Dehmel und Rinckleben. Die Festrede hält Genosse Wilh. Liebknecht.

Die Vorgänge in der Koch- und Pökelanstalt des Schlachthofes werden voraussichtlich, wie geschrieben wird, ein Strafverfahren gegen den Anstaltspächter Bitterhoff, den Handelsmann Lange, den Gesellen Schumlinski und den Schutzmann zur Folge haben, der bereits vom Amte suspendiert ist. Das Fleisch, das von den beschlagnahmt gewesenen 15 Centnern noch zurückbehalten worden ist, stellt nur einen ganz geringen Teil der ganzen Menge dar; im ganzen sind es rund 19 Kilogramm. Zu den selbstverbrauchenden Abnehmern gehörten auch ärmere Leute von auswärts. Daß diesen mit Rücksicht auf die Fahrkosten, die sie ohnehin schon hatten, im einzelnen Falle mehr als 2½ Kilogramm ausgehändigt wurden, wird nicht allzu schwer ins Gewicht fallen, zumal da solche Leute oft auch für ihre Nachbarn mit deren Wissen einkauften. Etwas anderes ist es mit dem Handel, den Lange betrieben hat. Was die Ueberwachung in gesundheitlicher Beziehung betrifft, so muß man es als einen schlechten Uebelstand bezeichnen, daß Bitterhoff nicht ständig ein Thierarzt zur Seite stand, obwohl er in seiner Pachtsumme 2400 M. für einen Tierarzt mitbezahlt. Trotz dieser Bestimmung der Pachtbedingungen mußte er jedesmal, wenn er Fleisch zerkleinern und weiter verarbeiten lassen wollte, erst einen städtischen Tierarzt vom Schlachthofe rufen lassen. Der so von Fall zu Fall herbeigerufene Arzt hatte dann, da er nicht selten in einer anderen Thätigkeit gestört wurde, oft nicht viel Zeit. Alles mußte für sein Erscheinen schon vorbereitet sein und rasch vor sich gehen. Darunter mag die Sorgfalt der Kontrolle wohl gelitten haben. Vielleicht stellt man jetzt besonders einen Polizei-Tierarzt an, wie es die Polizeiverwaltung schon länger angestrebt hat.

Zu dieser Angelegenheit sendet das Polizeipräsidium der Presse folgendes Schreiben zu:

Ueber „unerhörte Mißstände in der Fleischkochanstalt und Schmelzküche auf dem Berliner Schlachthofe" enthalten die „Allgemeine Fleischer-Zeitung" und nach deren Angaben auch die andern Tageszeitungen Mitteilungen, die teils unzutreffend, teils erheblich übertrieben sind.

Es ist unrichtig, daß sich unter dem bei dem Darmhändler Lange, Hübnerstr. 11, am 11. d. M. beschlagnahmten, aus dem Pökelkeller der Sterilisierungsanstalt herstammenden Fleisch (etwa 900 Kilogramm) auch tuberkulöses Fleisch befunden hat. Es handelte sich vielmehr um schwachsinniges Fleisch, das von der städtischen Fleischschau, als solches beanstandet, zur Pökelung zugelassen, aber zum Teil noch nicht durchgepökelt war. Auf einem solchen Stück wurde nun allerdings bei der genauen Untersuchung im polizeilichen Schlachthause eine Lymphdrüse beim Einschneiden als tuberkulös erkannt. Diese Feststellung allein würde indes zu einer Beanstandung des Fleisches wegen Tuberkulose nicht geführt haben.

Von diesem Vorkommnis abgesehen, hat sich ein Verkehr mit tuberkulösem Fleisch zwischen Lange und dem Pächter der Sterilisierungsanstalt, Bitterhoff, nicht nachweisen lassen.

Liegt hiernach kein Grund vor, daß das Publikum in sanitärer Beziehung beunruhigt wird, so sind dessenungeachtet alle erforderlichen Maßnahmen eingeleitet worden, um die zu Tage getretenen Unregelmäßigkeiten klarzustellen und ihre Wiederholung zu vermeiden. Der beteiligte Polizeibeamte ist seines Postens enthoben und sowohl gegen ihn, wie gegen Bitterhoff, Lange und den beteiligten Gesellen des Bitterhoff das strafrechtliche Verfahren eingeleitet worden.

Die „Große Berliner" und ihre Angestellten. Ein Berichterstatter meldet: Mangel an Betriebspersonal macht sich bei der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft in unliebsamer Weise fühlbar. Die Verwalter der einzelnen Bahnhöfe sind infolgedessen gezwungen, einander auszuhelfen, und Schaffner und Fahrer werden von einem zum andern Bahnhof geliehen. Eine weitere naturgemäße Folge dieses Personalmangels bildet die Thatsache, daß das Betriebspersonal zum Theil auf seine freien Tage verzichten muß und stark überangestrengt wird. Als Ursache dieser auffälligen Erscheinung wird die schlechte Behandlung des Personals durch Vorgesetzte angegeben, welche speciell den jüngeren Beamten die Lust zu dem Dienst verleidet und einen starken Personalwechsel zur Folge hat. Ausdrücke wie „Hackenputzer", „Wagenschmierer" usw., welche älteren und jüngeren Beamten gegenüber benutzt werden, sind natürlich nicht dazu angethan, das Personal für den Dienst zu interessieren. Ein Controleur, welcher darauf aufmerksam machte, daß auf einer bestimmten Linie der Verkehr derartig stark sei, daß statt Ein- Zweispännerwagen gehen müßten, erhielt von dem Vorgesetzten die Antwort: „Wollen Sie die Pferde bezahlen?" Aehnliche Antworten haben auch Kollegen des Controleurs erhalten, welche über die Verkehrsentwicklung Mitteilung erstatteten und die Folge dieser Diensthandhabung ist, daß sich diese Beamten um die Verkehrsverhältnisse absolut nicht mehr bekümmern. Weitere Unzufriedenheit verursacht das Fehlen der Pensionskassen, welche einzurichten die Straßenbahn-Gesellschaft schon seit zwei Jahren laut Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung verpflichtet ist. Als im vergangenen Frühjahr ein Streik des Betriebspersonals im Anzuge war, machte ein Betriebsinspektor folgenden klassischen Ausspruch: „Die Pensionskasse tritt am 1. Januar 1900 todsicher in Kraft. Na, ich will nicht sagen todsicher, aber sicher". Ein Glück, daß der brave Beamte die Aeußerung verbessert hat, denn bis zum heutigen Tage ist von der Pensionskasse noch keine Spur vorhanden.

Warum soll die Große Berliner sich nicht solche Sprünge leisten, wo Magistrat und Stadtverordnetenmehrheit durch das bekannte Entgegenkommen die Gesellschaft förmlich zu ihrem gemeingefährlichen Treiben animieren?

Vom postalischen Groß-Berlin. Ueber den Umfang der Ausdehnung der gemeinsamen Orts-Brieftaxe, deren Bestimmung durch die Postnovelle dem Reichskanzler übertragen ist, sind die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt. Im einzelnen stehen jedoch eine Reihe von Orten bereits fest, die eine gemeinsame Ortstaxe erhalten werden. Es sollen eine gemeinsame Taxe mit Berlin haben und so das künftige postalische Groß-Berlin bilden folgende größere Orte: Charlottenburg, Friedenau, Friedrichsberg, Neu-Weißensee, Pankow, Reinickendorf, Rixdorf, Rummelsburg, Schöneberg, Stralau, Tempelhof und Wilmersdorf. Auch die kleineren, zwischen diesen Orten liegenden Gemeinden, wie Treptow, werden in das postalische Groß-Berlin einbezogen. Steglitz und Groß-Lichterfelde, die ursprünglich zur Ortstaxe von Berlin gezogen werden sollten, sind davon wieder ausgeschlossen worden. Dagegen werden Friedenau, Schöneberg und Wilmersdorf ihrerseits eine gemeinsame Ortsbriefstaxe mit Steglitz erhalten und auch andere kleinere Bezirke, wie Köpenick mit Adlershof ꝛc., sollen gebildet werden. Vom Ober-Postdirektionsbezirk Berlin werden nur kleine Teile, wie Adlershof, Nieder-Schöneweide ꝛc., die in größerer Entfernung von Berlin liegen, nicht zum gemeinsamen Taxbezirk von Berlin gehören. In den gemeinsamen Taxbezirken kostet vom 1. April an ein Brief 5 Pfg., Postkarten und Drucksachen bis zu 50 Gramm 2 Pfg. ꝛc.

Der verstorbene Stadtverordnete Laugenbucher wurde gestern nachmittag von der Georgenkirche aus zur letzten Ruhe bestattet. Der ernsten Feier wohnten als Vertreter des Magistrats die Stadträte Mielenz und Münsterberg bei. Die Stadtverordneten-Versammlung war durch den stellvertretenden Vorsitzenden Michelet und zahlreiche Stadtverordnete vertreten.

Arbeiters Leben und Arbeiters Sterben. Ein Arbeiter, der seinem „Herrn" 21 Jahre lang „treu gedient", und nicht bloß dessen Zufriedenheit, sondern auch dessen Vertrauen erworben hat, fühlt sich Ende Oktober des vorigen Jahres unwohl. Pflichttreu wie er ist, geht er aber zur Arbeit. Da es nicht besser wird, sondern schlimmer, so begiebt er sich Sonnabend, den 28. Oktober, zum Arzt seiner Kasse: der Orts-Krankenkasse der Posamentiere, Seiler, Seidenknopf- und Bandmacher — nicht weit von Berlin. Der Arzt untersucht ihn und schreibt ihm einen Krankenzettel. „Leider an Luftröhrenkatarrh (Rippenfellentzündung) und bescheinigt ihm: „Ist arbeitsunfähig vom 1. November."

Man bemerke das Datum.

Die Untersuchung fand statt und der Schein wurde ausgestellt Sonnabend den 28. Oktober. Die Bezeichnung der Krankheit spricht zur Genüge für den Ernst des Falles. Die Arbeitsunfähigkeit wird trotzdem nicht als bereits vorhanden ausgesprochen. Sie soll erst vom 1. November an bestehen. Zwischen dem 28. Oktober und dem 1. November liegen drei Tage: Sonntag, Montag und Dienstag. Sonntag hatte der Kranke frei, und blieb im Bett. Montag schleppte er sich ins Geschäft. Dienstag desgleichen, obwohl er kaum auf den Beinen stehen konnte. Allein während der Arbeit am Dienstag brach er zusammen. Er wurde nach Hause gebracht und schon am folgenden Morgen erklärte der Arzt den Zustand für hoffnungslos. Einige Minuten nach Mitternacht zwischen Mittwoch und Donnerstag (2. und 3. November) starb er.

Es kann kaum bezweifelt werden, daß der Kranke noch zu retten gewesen wäre, wenn er rechtzeitig als Kranker behandelt worden wäre.

Jetzt ist er tot, und die kinderlose Witwe steht allein in der Welt. Der Herr Arbeitgeber fühlt sich ihr gegenüber durch die 21jährigen „treuen Dienste" seines Arbeiters zu nichts verpflichtet.

Ein Kommentar ist überflüssig.

Der Medizinschein, aus dem näheres zu ersehen ist, steht zur Verfügung. —

Der Polizeilieutenant als Frauenprügler. Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß der Polizeilieutenant Schmitke, Vorstand des 91. Reviers in der Pasewalkerstraße, das Dienstmädchen Emma Jähne, bei seinen Schwiegereltern in Stellung, schwer mißhandelt habe, weil es den ihm von seiner Herrschaft bewilligten Silvesterurlaub um wenige Zeit überschritten habe. Jetzt, nachdem gegen den Lieutenant Strafantrag gestellt worden ist, hat das königliche Polizeipräsidium den Lieutenant Schmitke vom Dienst suspendiert, d. h. es wurde ihm die Verwaltung des genannten Reviers entzogen und er selbst der 3. Hauptmannschaft zur dienstlichen Verwendung zugeteilt. Die Verwaltung des Reviers ist dem Polizeilieutenant Harnack übertragen worden.

Vom Gerüst gestürzt. Der Schlossergeselle Hermann Arndt war gestern abend mit seinem Meister und einem Kollegen im Hause Brückenstr. 11 damit beschäftigt, eine eiserne Stiege aufzustellen. Infolge des Bruches eines Balkens stürzte der Geselle vom Gerüste ab und fiel so unglücklich auf die Eisentreppe auf, daß er einen schweren Schädelbruch davontrug. In hoffnungslosem Zustande wurde der Schwerverletzte in das Krankenhaus Bethanien gebracht.

Falsche Einmarkstücke, die wegen ihrer vorzüglichen Ausführung leicht in den Verkehr gebracht werden, sind in Berlin im Umlauf. Die Falschstücke, die sich weder durch Klang noch Griff und Farbe von den echten Münzen unterscheiden, tragen die Jahreszahl 1899 und das Münzzeichen D.

Der Marinemaler Prof. Eschke ist Montagabend am Schlaganfall gestorben.

Bei der Arbeit wurde gestern nachmittag der 75jährige Karl Otto aus der Dessauerstr. 15 vom Tode überrascht. Er war seit 22 Jahren auf dem Holzplatze von Zimmermann u. Sohn in der Verlängerten Trebbinerstr. 14 beschäftigt. Der alte Mann fühlte sich mittags unwohl, ließ sich aber dennoch nicht abhalten, zur Arbeit zu gehen. Kaum hatte er einige Kloben geschnitten, da brach er plötzlich zusammen und starb an Herzschlag nach wenigen Minuten. Was werden spätere Generationen über eine Kulturepoche sagen, in der ein Arbeiter sich im Grunde glücklich schätzen muß, wenn es ihm vergönnt ist, noch im hohen Greisenalter bis zum letzten Atemzug Mehrwert zu schaffen?

Feuerbericht. Mehrere Löschzüge wurden Montagabend nach der Landsbergerstraße 8 alarmiert. Hier hatte man schon zu Mittag in einem im Dachgeschoß befindlichen Atelier verdächtigen Rauch und Brandgeruch wahrgenommen, ohne jedoch der Ursache auf die Spur kommen zu können. Endlich brachen 9½ Uhr Flammen durch das Dach, die jedoch von der Wehr leicht erstickt wurden. Ein Ofenrohr, das hinter einer Bretterwand lag, hatte diese entzündet und so den Brand verursacht. Kurz darauf gingen Oranienstraße 157 Möbel in Flammen auf, während gleichzeitig Sellerstraße 32 ein Hühnerstall eingeäschert wurde. Kurz nach Mitternacht erfolgte ein Ausrücken nach Landsbergerstraße 54, wo im Lagerkeller einer Drogenhandlung Kisten und Drogen brannten. Bald danach war Adalbertstraße 64 ein kleiner Dachstuhlbrand zu beseitigen. Kaiser Wilhelmstr. 19a war brennendes Müll auf dem Hofe abzulöschen. Gegen Morgen erfolgte ein Alarm nach der Rothenstraße 5. Hier hatte ein Wasserrohrbruch eine Ueberschwemmung des Hauses herbeigeführt. Ein Kellerbrand rief die Wehr nach Mockernstraße 133 und ein kleiner Wohnungsbrand nach Ryke str. 38. Beim Auftauen der Klosetverpackung war vormittags Linienstr. 249 Feuer entstanden, das aber im Keime erstickt werden konnte.

Maranus großer Verkehrsplan von Berlin, der als Beigabe zum Adreßbuch bekannt ist, erschien soeben im Verlage der Liebelschen Buchhandlung, Kurfürstenstr. 18, in besonderer Ausgabe. Diese ist mit besonderen sorgfältigen Erläuterungen sowie mit einem Verzeichnis der Straßen und Sehenswürdigkeiten ausgestattet. Der in einer Größe von 80/100 Centimeter ausgeführte Plan kostet 2 Mark.

Vorträge bekannter Schriftsteller und Künstler werden, wie früher, so auch in diesem Winter vom Verein Berliner Presse zum Besten seiner Unterstützungskassen im Architektenhause veranstaltet. Das Programm ist wie folgt festgesetzt: Donnerstag, den 25. Januar. Dr. Otto von Leixner: Ernst, Humor, Satire in Vers und Prosa. Donnerstag, den 8. Februar. Emil Tschirch: Recitation. Max Laurence: Dichtungen von Ludwig Jacobowski. Donnerstag, den 15. Februar. Dr. Max Halbe: Aus meinen Werken. Wilhelm Hegeler: „Dietrich der Herzensbrecher." Donnerstag, den 1. März. Dr. Julius Lohmeyer: Aus meinen Humoresken. Dr. Julius Stinde: Altes und Neues aus meinen Werken. Donnerstag, den 8. März. Paula Conrad: Deklamation. Helene Böhlau: Vorlesung aus meinen Werken. Otto Sommerstorff: Scherzgedichte. Donnerstag, den 15. März. Dr. Adolf Wilbrandt: Aus eigenen Dichtungen.

Aus den Nachbarorten.

Groß-Lichterfelde. Im Monat März d. J. finden in Groß-Lichterfelde die ordentlichen Kommunalwahlen statt. Die Liste der Wahlberechtigten liegt bis 30. Januar im Rathause, Zimmer Nr. 8 von 8—3 Uhr zur Einsichtnahme aus.

Es ergeht hiermit an die Wähler der 3. Klasse die dringende Aufforderung, durch Einsichtnahme der Liste sich davon zu überzeugen, ob sie in derselben aufgeführt sind. Wer von den Parteigenossen absolut verhindert ist, die Wählerliste einsehen zu können, wende sich an den Gastwirt O. Pogel, Chausseestraße 104 oder an K. Wenzel, Lankwitzerstr. 6 I, und stelle denselben eine Legitimation zur Verfügung. Dieselben werden alsdann die Einsichtnahme der Liste veranlassen.

Friedrichshagen. Nach der vom 15. bis 30. Januar im Gemeindebureau zur Einsicht ausliegenden Wählerliste beträgt die Zahl der wahlberechtigten Gemeindemitglieder 2144 gegen 1731 Wahlberechtigte im Jahre 1898. Von diesen entfallen auf die erste Klasse 60, auf die zweite 276 und auf die dritte Klasse 1808 Wähler gegen 60, 248 und 1423 im Jahre 1898.

Schöneberg. Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr, findet bei Obst, Grunewaldstraße 110, eine Versammlung des Vereins zur Genossenschaftsgründung statt behufs Stellungnahme zur „Eingetragenen Genossenschaft".

Johannisthal. Zu der heutigen Versammlung bei Seuftleben, wo die Gemeinderatswahl auf der Tagesordnung steht, ist zahlreiches Erscheinen notwendig.

Gegen das Charlottenburger Hochbahnprojekt, nach welchem die Hinabführung der Hochbahn zur Unterpflasterbahn auf dem Rollendorfplatze erfolgen soll, sind während der gesetzlich vorgeschriebenen und gestern beendeten 14tägigen öffentlichen Auslegung 42 Einsprüche erhoben worden, darunter auch vom Schöneberger Magistrat und dem Haus- und Grundbesitzer-Verein zu Schöneberg.

Ein nobler Warenhausbesitzer. Der große Brand in Rixdorf wird voraussichtlich noch ein Nachspiel vor dem bürgerlichen Richter haben. Der Warenhausbesitzer Aron verhandelte gestern mit seinen Angestellten wegen ihrer Schadloshaltung. Er will den Ver-

käuferinnen ihr Gehalt bis zum Ende dieses Monats zahlen, sie verlangen jedoch das Gehalt bis zum Ablauf der kaufmännischen Kündigungsfrist und wollen nur insoweit darauf verzichten, als sie früher wieder eine Anstellung finden. Einige fordern auch Ersatz für die ihnen verbrannten Sachen und wollen, da Aron diesen zu leisten sich weigert, auch dieserhalb den Klageweg beschreiten.

Schöneberg. Die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich am 15. Januar mit der Anstellung eines Stadtbaumeisters. In ausgedehnter Debatte wurde die Frage der Qualifikation eines solchen Beamten beraten. Während der Stadtv. Kutznitzki die Anstellung einer Hilfskraft für 3000 M. haben wollte, verlangten die Magistratsmitglieder einen Regierungsbaumeister als erste Kraft, die man auch entsprechend bezahlen müsse. In einer gemischten Deputation soll eine Verständigung herbeigeführt werden. Nunmehr verlas der erste Bürgermeister ein Schreiben des Justizministers, welches die Bitte enthielt, daß die von Berliner Blättern gebrachte Darstellung über die Verhandlungen der Verlegung des Amtsgerichts als unzutreffend berichtigt werden möge. Der Bürgermeister erklärte, daß die in der Vorlage enthaltenen Bedingungen den Thatsachen entsprechen. Jedoch könne er weitere Mitteilungen nur in geheimer Sitzung machen. Die Abhaltung einer solchen Sitzung wurde denn auch beschlossen. Der Voranschlag für die Ausgaben der städtischen Sparkasse wurde wie folgt festgesetzt: Persönliche Ausgaben 5537,50 M., sächliche Ausgaben 4300 M., insgemein 462,50 M., einmalige Ausgaben 1000 M., in Summa 11 300 M. Weiter wurde die Herstellung einer Abschließung der Siegfriedstraße an der Bahnböschung im Betrage von 5500 M. beschlossen. Bei dieser Gelegenheit wurde angeregt, die viel gefährlichere Chernskerstraße gleichfalls abzuschließen, was vom Magistrat auch zugesagt wurde. Zum Armenvorsteher für den 16. Bezirk wurde der Rentier A. Müller, Hohenstaufenstraße 79, gewählt. Sodann beschloß die Versammlung, die unentgeltliche Hergabe eines Kirchbauplatzes, dem Verlangen des Konsistoriums gemäß, grundbuchlich in folgender Form sicher zu stellen: Von der Stadtgemeinde Schöneberg ist die Verpflichtung zu übernehmen, in der Mitte des Platzes F einen ausreichenden Kirchbauplatz von wenigstens 100 Quadratruten der Kirchengemeinde unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und aufzulassen.

Spandau. Parteigenossen! Laut Beschluß der Generalversammlung des Socialdemokratischen Arbeitervereins werden die Aemter der Vertrauensleute, Lokalkommission und Zeitungskommission, nachdem der § 8 des Vereinsgesetzes gefallen ist, von unsrer Partei am Orte nicht mehr neubesetzt, vielmehr sollen in Zukunft sämtliche örtlichen Partei-Obliegenheiten von dem Vorstande des Socialdemokratischen Arbeitervereins besorgt werden. Man wende sich deshalb zukünftig in Partei-Angelegenheiten unseres Ortes nur an den Vereinsvorstand, welcher aus den Genossen Schröer, Scholz, Ducksch, Pieper, Rieger und Schwarzer besteht; dieselben haben die Leitung der Parteigeschäfte am Ort in die Hand genommen. Parteigenossen! Eure Sache ist es, die neugewählte Parteileitung auf das thatkräftigste zu unterstützen; in der fleißigen Agitation für unsere Presse, unsere Organisation und überhaupt für unsere Sache dürft Ihr nicht erlahmen. Nur so wird es unsrer örtlichen Parteileitung möglich sein, Ersprießliches zu leisten. Mehr als bisher muß in Zukunft das Gewicht darauf gelegt werden, daß ein jeder Parteigenosse auch der politischen Organisation angehört!

Ein Kautionsschwindler Petrowsky, der als „Theaterdirektor Martini" seinem Handwerk oblag, ist gestern in seiner Wohnung, Rixdorf, Bergstraße 78, verhaftet worden.

Gerichts-Zeitung.

Einem großen Warenlager glich gestern der Sitzungssaal der zweiten Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Vier große Ballen mit Waren allerlei Art, vorwiegend aber Konfektionsstoffen, waren dort aufgestapelt, um als Ueberführungsstücke in einem umfangreichen Diebstahls- und Hehlerei-Prozesse zu dienen. Als Angeklagte waren zur Stelle: 1. der Portier Paul Dumsch; 2. dessen Ehefrau Luise Dumsch; 3. der Arbeiter Max Henk; 4. der Hausdiener Hermann Lange; 5. der Arbeiter Ad. Hoffmann; 6. der Hausdiener Albert Henk; 7. der Handelsmann Wilhelm Reuter; 8. der Handelsmann Franz Schrinner; 9. die Plätterin Auguste Eidert. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Kux; die Verteidigung führten Justizrat Dr. Sello, Rechtsanwälte Dr. Schwindt, Stod, Jaroczynski, Davidsohn und Story. Die Verhandlung wurde vom Landgerichts-Direktor Käller geleitet. — Der Angeklagte Dumsch hat sich eines ganz besonderen Vertrauensbruches schuldig gemacht. Er war seit dem Jahre 1897 Portier in dem Hause Leipzigerstraße 82, in dessen oberen Geschossen die Konfektionsfirma Fischbein u. Mendel ihre Geschäftsräume inne hat. Bei der letzteren war der Angeklagte Alb. Henk als Hausdiener angestellt. Dumsch lernte nun den Bruder des Henk, den Angeklagten Max Henk kennen und ließ sich von diesem überreden, ihm zur Ausführung von Diebstählen freien Zutritt zum Hause zu gewähren. Und so erschien denn Max Henk häufig nach Schluß des Geschäfts von Fischbein u. Mendel auf der Bildfläche, öffnete mittels Nachschlüssels die Lagerräume und stahl dort nach Herzenslust Konfektionsstoffe, Stickereien, seidene Bänder u. dgl. Nachzuweisen sind ihm solche Diebstähle an Waren im Werte von 1200 M. Damit ist aber seine Thätigkeit sicherlich noch lange nicht erschöpft, vielmehr sind an verschiedenen Stellen größere Posten von Waren aufgetaucht, die die Firma als aus ihren Beständen herrührend erkannt hat. Ein Teil der gestohlenen Sachen ist in den Besitz des Dumsch übergegangen. Er hat während der Diebstähle den Aufpasser gespielt und in jedem einzelnen Falle für diesen Liebesdienst ein Geschenk erhalten. Die Anklage legt ihm und seiner Frau außerdem zu Last, auch von dem Angeklagten Alb. Henk gestohlene Sachen angenommen zu haben, freilich bestreitet Albert Henk seinerseits jede unredliche Handlung. — Der Angeklagte Lange war bei der Firma Weismann u. Diehm als Hausdiener beschäftigt und hat dort gleichfalls recht umfangreiche Diebstähle an Stoffen, fertigen Kleidungsstücken, Bändern u. dergl. ausgeführt. Bei ihm ist ein großer Posten Waren mit Beschlag belegt worden, ebenso ein Sparkassenbuch über 700 M., welches nach Ansicht der Anklage einen kleinen Teil der Erträgnisse aus dem Verkauf gestohlener Waren darstellt. — Der Angekl. Hoffmann war in der Weinhandlung von Mickley u. Thormann als Kellerarbeiter angestellt und hat sich dort eine Anzahl von Flaschen Wein angeeignet. Er will von Dumsch zu diesen Diebstählen überredet worden sein. Bei den übrigen Angeklagten handelte es sich um Hehlerei, die zum Teil von der Staatsanwaltschaft als eine gewerbs- und gewohnheitsmäßige angesehen wurde. Da die Angeklagten nur zum Teil geständig waren, bedurfte es einer umfangreichen Beweisführung, zu welcher 32 Zeugen vorgeladen waren. Das Urteil, welches erst am Mittwoch gesprochen wird, werden wir mitteilen.

Um eine rechtsgültige Entscheidung in einer bisher strittigen Frage herbeizuführen, hat der Vorsitzende des Deutschen Tierschutz-Vereins, Generalmajor v. Köring, eine Uebertretung herbeiführen lassen, die in allen gerichtlichen Instanzen erörtert werden soll. Der Deutsche Thierschutz-Verein vertritt die Ansicht, daß die Polizeiverordnung, wonach es verboten ist, Hunde auf der Straße ohne Maulkorb umherlaufen zu lassen, dann keine Anwendung finden kann, wenn ein maulkorbloser Hund an der Leine geführt wird. Generalmajor v. Köring veranlaßte an einem Oktobertage des vorigen Jahres seine Bureaugehilfin, Fräulein Wulff, mit einem an der Leine geführten maulkorblosen Hunde auf der Straße spazieren zu gehen. Es währte denn auch nicht lange, bis ein Schutzmann die Dame aufschrieb. Dieselbe erhielt ein Strafmandat über 2 Mark. Darauf wurde Rechtsanwalt Dr. Julius Jacobsohn mit der Durchführung der Sache beauftragt. Das Schöffengericht verwarf den eingelegten Einspruch. Gestern wurde die Sache vor der Berufungsinstanz verhandelt. Der Staatsanwalt bezeichnete die Auffassung des Tierschutz-Vereins als irrig. Er beantragte die Verwerfung der Berufung. Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts an und erkannte nach seinem Antrage. Jetzt soll das Kammergericht in Anspruch genommen werden.

Grobe Vermutreuungen eines Angestellten gegen seine Arbeitgeber kamen bei der Verhandlung einer Anklage zur Sprache, die gestern den Reisenden Max Vogel unter der Beschuldigung des Diebstahls, der Urkundenfälschung und des Betrugs vor die 9. Strafkammer des Landgerichts I führte. Neben ihm hatten sich der Handelsmann Otto Binder und die separierte Amanda Ruthenberg geborene Müller wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Hehlerei zu verantworten. Der Angeklagte Vogel war fast zwei Jahre lang in der Silberwarenfabrik von Pausch u. Pohl in der Ritterstraße als Reisender thätig. Er hat aus dem Silberwarenlager der Fabrik, welches in Zimmern der Wohnung seines Chefs in großen unverschlossenen Schiebeschränken untergebracht war, und zu dem er als Angestellter ungehinderten Zutritt hatte, sich nach und nach Waren im Gesamtwerte von etwa 10000 M. widerrechtlich angeeignet. Einen Teil dieser gestohlenen Waren hat er bei einem Pfandleiher versetzt bezw. verkauft, ein anderer Teil ist noch in seiner Wohnung vorgefunden und mit Beschlag belegt worden. Den Hauptteil aber haben die Angeklagten Binder und Frau Ruthenberg verkauft. Vogel hat ferner in zahlreichen Fällen Silberwaren-Muster, die ihm zum Vorzeigen bei den Kunden übergeben worden waren, sich zugeeignet. Nach Entdeckung seiner Strafthaten ist er flüchtig geworden, später in der Schweiz ergriffen und von dort ausgeliefert worden. Binder und die Ruthenberg, die seit Jahren einen gemeinsamen Haushalt führen, haben mit ihm in ausgedehnter Geschäftsverbindung gestanden und die gestohlenen und unterschlagenen Sachen an den Mann gebracht. Das Urteil lautete gegen Vogel auf eine Gefängnisstrafe von drei Jahren sowie fünfjährigen Ehrverlust. Die Angeklagten Binder und Frau Ruthenberg wurden freigesprochen, da die belastenden Umstände nicht für ausreichend zu erachten seien.

Versammlungen.

Die Masseure, Masseusen, Krankenwärter und Heildiener waren für Montagabend zu einer Versammlung in den „Arminhallen" eingeladen worden, um in Berlin die Gründung einer Berufsorganisation zu erstreben. Der Referent zu diesem Gegenstand der Tagesordnung, Ramm aus Hamburg, erläuterte in seinem Referat Zweck und Ziele des bereits seit zwei Jahren bestehenden Verbandes obengenannter Berufsangehörigen. Gleichzeitig schilderte er die Uebelstände und Schwindeleien, die mit der „Ausbildung" und „Stellenvermittelung" von Privatpersonen und sogenannten Instituten getrieben werden, vielfach nur zum Zweck, der Prostitution unter dem Deckmantel der Krankenpflege Vorschub zu leisten. Andererseits soll der schlechten Bezahlung vorgebeugt werden.

Wie zu erwarten, entspann sich eine recht lebhafte Besprechung in der aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzten Versammlung. Einige Redner, insbesondere Herr Dr. Jakobsohn, verlangten eine strenge Durchführung der staatlichen Kontrolle bezw. des Befähigungsnachweis unter ärztlicher Leitung, um das Publikum vor Schaden und Schwindeleien zu bewahren. Ein Redner wollte überhaupt von den „Hamburger Socialisten" nichts wissen, da man „für Macht und Recht" und „für Kaiser und Reich" eintreten müsse. Von mehreren andern Rednern wurde aber eine scharfe Kritik an den Aerzten und ihrer Bevormundung geübt, sowie auch namentlich darauf hingewiesen, daß die sociale Lage und Aufbesserung der Lebenshaltung in Verbindung mit tüchtiger Ausbildung der Mitglieder Hauptzweck des Verbandes sei! Die Krankenkassen-Verbände und deren Vorstände müssen ebenfalls zu besserer Bezahlung veranlaßt werden, als es gegenwärtig geschieht.

Trotz lebhafter Unterbrechung seitens einiger Teilnehmer gelangte ein Antrag zur Annahme, für Berlin die Gründung eines Zweigvereins des Hamburger Verbandes zu bewerkstelligen.

Bauarbeiterschutz. Am Sonntag, den 14. Januar, fand in Cohns Festsälen die erste Konferenz von Vertretern der Bauarbeiterschutz-Kommissionen der Provinz Brandenburg statt. 20 Orte waren vertreten.

Der Vertreter der Centralkommission für Bauarbeiterschutz, Heinke-Hamburg, berührte in seiner ziemlich zweistündigen Rede alle die Forderungen, welche sich die organisierte Bauarbeiterschaft zur Erreichung eines wirklich ausgiebigen Bauarbeiterschutzes als Ziel gesteckt habe.

Nach einer längeren Diskussion wurde folgende vom Referenten Heinke vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen:

„Die Konferenz beschließt:

a) die Gründung einer Landeskommission für Bauarbeiterschutz für die Provinz Brandenburg;

b) die Landeskommission hat die Agitation gemeinsam mit der Centralkommission zu leiten und das Material zum Zwecke einer weiteren Aktion zusammen zu tragen;

c) die Lokalkommissionen in den Orten der Provinz sind verpflichtet, die Landeskommission agitatorisch und nach Maßgabe der Verhältnisse auch finanziell zu unterstützen;

d) die Landeskommission wird gebildet aus der Lokalkommission von Berlin, beziehungsweise die Befugnisse der Landeskommission werden der Lokalkommission übertragen;

e) die Landeskommission hat alle Vierteljahr einen kurzen Bericht über ihre Thätigkeit in der Presse zu geben.

Die in der Buchbinderei und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am 9. d. M. ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken der verstorbenen Kollegen Max Richter und Bodeck und der Kollegin Frau Neumann durch Erheben von den Plätzen. Hierauf hielt Jahn einen beifällig aufgenommenen Vortrag.

Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit der Aushilfsarbeit im Zeitungswesen. Bär bemerkte hierzu: Von verschiedenen hier erscheinenden Zeitungen werden des öfteren arbeitslose Kollegen zum Einstecken von Zeitungen vom Arbeitsnachweis verlangt. Andere Zeitungen, wie der „Lokal-Anzeiger", die „Deutsche Warte", beschäftigen gleichfalls hauptsächlich des Nachts vom Sonnabend zum Sonntag Buchbinder zum Einstecken, die jedoch nicht vom Arbeitsnachweis verlangt, sondern aus den Kreisen der arbeitenden Kollegen gesucht werden. Leider haben sich hierzu auch immer Kollegen gefunden, welche trotz erfolgter Vermahnung dieses uns schädigende Verhalten weiter betrieben haben. Redner wirft die Frage auf, wie sich die Versammlung diesem Treiben organisierter Kollegen gegenüberstelle. Von sämtlichen Rednern wird diese Nachtarbeit derjenigen Kollegen, welche in einem Arbeitsverhältnis stehen, sehr verurteilt. Beschlossen wird, wiederkehrendenfalls nach erteilter öffentlicher Rüge und Bekanntgabe solcher Kollegen, diese, falls dies nichts helfe, nach § 6b des Statuts auszuschließen. Die Abrechnung vom Herbstvergnügen weist folgende Zahlen auf: Einnahme 594,60 M., Ausgabe 318,60 M., mithin Ueberschuß 276,40 M. Im Anschluß hieran wird vor einem Buchbinder Jaranisch, welcher Billets unterschlagen und sonstige Betrügereien verübt hat, gewarnt. Nachdem noch vom Vorsitzenden darauf hingewiesen worden ist, daß am 17. April hierselbst der Verbandstag, und am 23. Januar die ordentliche Generalversammlung stattfindet, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Korbmacher beschäftigten sich am 11. Januar mit der Lohnbewegung. Nachdem vom Vorsitzenden berichtet war, daß die Meister es abgelehnt hätten, mit den Mitgliedern der Ortsverwaltung und der Werkstatt-Kontrollkommission zu verhandeln, wurde in der darauf stattfindenden Debatte der Antrag angenommen, den Lohntarif am 13. Januar 1900 den Arbeitgebern vorzulegen und deren Entschluß am Sonntag oder Montag in einer Versammlung entgegenzunehmen. Infolge dieses Antrages fand am 14. Januar eine Versammlung in Lichtenberg statt, in der die Vertrauensmänner berichteten, daß sämtliche Arbeitgeber die Lohnforderung ablehnten. Hierauf haben ca. 80 Arbeiter der Grünbranche die Arbeit niedergelegt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer rc. hielt am Sonntag eine gut besuchte Versammlung in Kellers Festsälen ab. Vor Beginn der Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Mitglieds Torack in üblicher Weise. Der von Garbe erstattete Kassenbericht ergiebt eine Jahreseinnahme von insgesamt 22 673,59 M. bei einer Ausgabe von 11 644,71 M.; die Einnahme vom letzten Quartal 1899 betrug 14 277,98 M., die Ausgabe 3249,10 M., so daß ein Bestand von insgesamt 11 028,88 M. verbleibt. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung: Bericht der Delegierten von der Konferenz der Maurer Deutschlands, sowie der Bericht seitens der Lohnkommission, werden für die nächste öffentliche Versammlung; desgleichen die Wahl sämtlicher Hilfskassierer für die kommende Generalversammlung zurückgestellt. Der dritte Gegenstand der Tagesordnung: die einheitliche Gestaltung der öffentlichen sowie der Vereinsorganisation wurde von Kater begründet und erläutert, unter Bezugnahme auf die im „Vorwärts" mitgeteilte Erklärung der socialdemokratischen Reichstags-Fraktion. Redner empfahl nachstehende Resolution: „In Erwägung: Da der § 8 des Vereinsgesetzes aufgehoben und dadurch den politischen Vereinen es gestattet ist, gegenseitig in Verbindung zu treten, beschließt die außerordentliche Generalversammlung: 1. Der erste Vertrauensmann der Maurer-Deutschlands übernimmt mit dem Vorstand des Vereins die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten und vertritt auch die Interessen der Berliner Maurer in der Achtzehner-Kommission. 2. Der Kassierer des Vereins übernimmt zu gleicher Zeit die Kassengeschäfte der Oeffentlichkeit und hat über beide Fonds getrennt Buch zu führen. 3. Die Versammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorstand sowie eine Agitationskommission, welche zu gleicher Zeit mit dem ersten Vertrauensmann den Ausschuß bilden. Die Wahl findet alljährlich im Januar statt. 4. Ferner wählt die Versammlung 4 Revisoren, deren Wahl ebenfalls auf ein Jahr gilt. Dieselben haben die Vereinskasse, den Streikfonds sowie die Beitragssammler wenn möglich alle Monate unverhofft einmal zu revidieren. 5. In den Zahlstellen, welche ca. 100 Mitglieder haben, werden die Vereinshilfskassierer verpflichtet, die Entgegennahme der Beiträge zum Streikfonds mit zu übernehmen."

Die weitere Besprechung sowie die Beschlußfassung über diese Resolution wurde bis zur öffentlichen Versammlung, die am Mittwoch, den 17. Januar, in Kellers Festsälen stattfindet, zurückgestellt. Unter „Vereinsangelegenheiten" wurden zwei bedürftigen Mitgliedern zusammen 60 M. als Unterstützung gewährt. Kater berichtete noch über die Verhandlungen über die letzte Sitzung der Achtzehner-Kommission, indem er namentlich darauf hinwies, daß eine Anzahl Unternehmer es versuchen, den Maurern neue und schlechtere Lohnbedingungen bezw. Beschränkungen aufzuerlegen, als sie im vorigen Jahre vereinbart sind. Unter dem Beifall der Versammlung forderte Redner alle Maurer auf, kein Schriftstück und dergleichen zu unterschreiben, wodurch dieselben den Unternehmern gegenüber auf ihr erlangtes Recht verzichten.

Schöneberg. Im Klubhause tagte am Montag eine sehr zahlreich besuchte Versammlung, in welcher Stellung zu den bevorstehenden Gewerbegerichtswahlen genommen werden sollte. An Stelle des am Erscheinen verhinderten Genossen Zubeil hatte Schubert das Referat übernommen. In der sehr regen Diskussion wurde allseitig betont, daß man dafür zu sorgen habe, daß der Stimmenzuwachs der wachsenden Bevölkerung entspreche, nicht wie früher, zurückbleibe. Darauf wurden die dreizehn aus den verschiedensten Berufen entnommenen Kandidaten aufgestellt. Die Wahl selbst findet am Sonnabend, den 20. Januar, von 4–8 Uhr, im Lindenpark, Hauptstr. 16, statt.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann — Alexandrinenstr. 26, Gartenhaus — ist geöffnet: wochentäglich von 5½–10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9–1 und von 3–6 Uhr.

Verein selbständiger Fensterputzer. Abends 8 Uhr: Außerordentliche Sitzung bei Herrn Liebert, Wallstraße 32–34.

Vermischtes.

In der Stearinfabrik von Volmar in Offenbach am Main brach morgens gegen ½5 Uhr infolge Kurzschlusses der elektrischen Leitung Großfeuer aus, das in kurzer Zeit zwei Gebäude mit den darin befindlichen Kochereien und reichem Rohmaterial zerstörte. Der entstandene Schaden wird auf 80–100 000 M. geschätzt.

Unglücksfälle in Steinbrüchen. Wie man dem „B. Tgbl." meldet, wurden im Arnoldschen Steinbruch bei Riesa durch plötzliches Niedergehen von Steinmassen drei Arbeiter verschüttet; zwei sind tot, einer schwer verletzt. — Wie weiter berichtet wird, sind im Buchberg-Steinbruch bei Glashütte durch vorzeitige Explosion eines Sprengschusses zwei Arbeiter tödlich, mehrere schwer verletzt.

Ein Sittenbild aus Wiener Offizierskreisen. Wegen Sittlichkeitsverbrechens wurde in Wien der 28jährige Freiherr Emil von Levetzow verhaftet. Er war bis vor kurzem Jurist und versuchte sich später als Schriftsteller. Seine Sittlichkeitsdelikte wurden durch die Verhaftung eines desertierten Husaren, Namens Moritz Schill, aufgedeckt. Derselbe desertierte seiner Zeit, weil die Sache ruchbar zu werden drohte. Freiherr von Levetzow wollte den Skandal vermeiden und veranlaßte Schill zur Desertion. Er gab ihm Civilkleider und unterstützte ihn materiell ausgiebig. Doch Schill ist trotz der werkthätigen Hilfe, die ihm Levetzow lieh, bald aufgegriffen und dem Wiener Garnisonsgericht in Untersuchungshaft gegeben worden. Bei Schill fand man Briefe, die mit Levetzow unterzeichnet und für diesen höchst kompromittierend waren. Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung des Barons fand man außerdem Briefschaften, aus deren Inhalt auch die Existenz einer weiteren Reihe von Mitschuldigen hervorging.

Ein furchtbarer Raubmord wurde in Tomsk verübt. Der Pelzhändler Alexejew wurde lebensgefährlich verwundet, zwei in seiner Wohnung befindliche Frauen ermordet. In den letzten neun Tagen sind in Tomsk nicht weniger als 14 Morde passiert. Die Polizei verfügt über zu geringe Geldmittel, um den Einwohnern genügende Sicherheit bieten zu können.

In Konstantinopel hat die Kälte eine für dortige Verhältnisse unbekannte Höhe erreicht. Es wurden gestern 6 Grad Kälte verzeichnet. Viele Eingeborene sind erfroren.

Das bei Neufundland gescheiterte Schiff ist wahrscheinlich der französische Kabeldampfer „François Arago". Er hatte 120 Mann Besatzung. Viele Leichen wurden angeschwemmt.

Witterungsübersicht vom 16. Januar 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer auf 0 red.	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometer auf 0 red.	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	753	SSO	5	Schnee	−9	Haparanda	759	SSO	6	Schnee	−9
Hamburg	751	SW	1	Nebel	−1	Petersburg	771	SSO	3	wolkenl.	−12
Berlin	754	SO	2	Schnee	−7	Cork	749	WNW	4	halb bed.	7
Wiesbaden	754	SO	1	Dunst	−2	Aberdeen	743	SW	3	wolkig	2
München	760	S	4	Schnee	−3	Paris	—	—	—	—	—
Wien	762	Still	0	Nebel	−8						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 17. Januar 1900.

Zunächst wärmer, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden; nachher aufklarend und etwas kälter.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.